



Landtag von Baden-Württemberg

74. Sitzung

15. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 17. Juli 2013 • Haus des Landtags

Beginn: 10:01 Uhr

Mittagspause: 13:28 bis 14:32 Uhr

Schluss: 16:59 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	4425	Abg. Winfried Mack CDU	4451
Umbesetzungen im Präsidium und in verschiedenen Ausschüssen	4425, 4498	Abg. Muhterem Aras GRÜNE	4453
1. Aktuelle Debatte – Baden-württembergische Interessen schützen – die richtige Balance zwischen Sicherheit und Freiheitsrechten finden – beantragt von der Fraktion der SPD	4425	Abg. Klaus Maier SPD	4455
Abg. Nikolaos Sakellariou SPD	4425, 4433	Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP	4456
Abg. Bernd Hitzler CDU	4427, 4433	Staatssekretär Ingo Rust	4457
Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE	4428	Beschluss	4460
Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP	4429	4. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Förderung des Klimaschutzes in Baden-Württemberg – Drucksache 15/3465	
Minister Reinhold Gall	4431	Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft – Drucksache 15/3607	4461
Abg. Alexander Salomon GRÜNE	4434	Abg. Ulrich Lusche CDU	4461
2. Aktuelle Debatte – Rechnungshofdenkschrift 2013 – Warnung vor Nichtstun und Treibenlassen! – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP	4435	Abg. Daniel Renkonen GRÜNE	4462
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP	4435, 4447	Abg. Johannes Stober SPD	4463
Abg. Manfred Hollenbach CDU	4437	Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP	4464
Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE	4440, 4448	Minister Franz Untersteller	4465
Abg. Klaus Maier SPD	4442, 4450	Beschluss	4468
Minister Dr. Nils Schmid	4443	5. Regierungsbefragung	
3. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Verankerung der Schuldenbremse des Grundgesetzes in der Landesverfassung (Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Baden-Württemberg, zur Ausführung von Artikel 84 und 84 a der Verfassung und zur Änderung der Landeshaushaltsordnung) – Drucksache 15/3239		5.1 Polizeireform/Interessenbekundungsverfahren	4468
Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 15/3774	4451	Abg. Thomas Blenke CDU	4468, 4470
		MinDir Dr. Herbert Zinell	4469, 4470
		Abg. Claus Schmiedel SPD	4470
		5.2 Staatsvertrag mit dem Landesverband Sinti und Roma	4470
		Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE	4470, 4471
		Ministerin Silke Krebs	4471

5.3 **Wohnungspolitisches Maßnahmenpaket 2013**

a) Zweckentfremdungsverbotsgesetz (Regierungsentwurf) und

b) Verordnung der Landesregierung zu § 172 Absatz 1 BauGB (Umwandlungsverordnung) 4472

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP . . . 4472, 4473
 Minister Dr. Nils Schmid 4472, 4473
 Abg. Winfried Mack CDU 4473

5.4 **Qualität der Badegewässer in Baden-Württemberg** 4474

Abg. Rainer Hinderer SPD 4474
 Ministerin Katrin Altpeter 4474
 Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP 4474

6. Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – **Nutzen starre Vorgaben einer landesweiten Neuordnung der Schulstandorte?** – Drucksache 15/2188 (geänderte Fassung) 4474

Abg. Sabine Kurtz CDU 4474
 Abg. Sandra Boser GRÜNE 4476
 Abg. Klaus Käppeler SPD 4478
 Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP 4480
 Minister Andreas Stoch 4481
 Beschluss 4483

7. Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – **Kostengefahr Gemeinschaftsschule** – Drucksache 15/2699 (geänderte Fassung) 4483

Abg. Georg Wacker CDU 4483, 4490
 Abg. Sandra Boser GRÜNE 4485
 Abg. Gerhard Kleinböck SPD 4486
 Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP 4487
 Minister Andreas Stoch 4489
 Beschluss 4490

8. Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz – **Jugend auf dem Land in Baden-Württemberg** – Drucksache 15/2928 (geänderte Fassung) 4490

Abg. Paul Locherer CDU 4491
 Abg. Manfred Lucha GRÜNE 4493
 Abg. Florian Wahl SPD 4494
 Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 4495
 Ministerin Katrin Altpeter 4496
 Beschluss 4497

Nächste Sitzung 4497

Anlage
 Vorschlag der Fraktion der FDP/DVP – Umbesetzungen im Präsidium und in verschiedenen Ausschüssen 4498

Protokoll

über die 74. Sitzung vom 17. Juli 2013

Beginn: 10:01 Uhr

Präsident Guido Wolf: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 74. Sitzung des 15. Landtags von Baden-Württemberg.

Urlaub für heute habe ich Herrn Abg. Schneider erteilt.

Krankgemeldet sind Herr Kollege Glück und Herr Kollege Rombach.

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt haben sich bis 15:30 Uhr Herr Minister Bonde und ab 14:00 Uhr Herr Minister Gall.

Meine Damen und Herren, auf Ihren Tischen finden Sie einen Vorschlag der Fraktion der FDP/DVP für Umbesetzungen im Präsidium und in verschiedenen Ausschüssen (*Anlage*). – Ich stelle fest, dass Sie den vorgeschlagenen Umbesetzungen zustimmen.

Eine Zusammenstellung der **E i n g ä n g e** liegt Ihnen ebenfalls vor. Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen den Überweisungsvorschlägen zu. – Es ist so beschlossen.

*

Im Eingang befinden sich:

1. Mitteilung der Landesregierung vom 27. Juni 2013 – Finanzplan des Landes Baden-Württemberg gem. § 18 Absatz 10 Landeshaushaltsordnung für die Jahre 2013 bis 2020 (Stand: Juni 2013) – Drucksache 15/3692

Überweisung an den Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft

2. Mitteilung des Rechnungshofs vom 11. Juli 2013 – Beratende Äußerung „Die Musikhochschulen in Baden-Württemberg“ – Drucksache 15/3777

Überweisung an den Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst und federführend an den Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft

*

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Baden-württembergische Interessen schützen – die richtige Balance zwischen Sicherheit und Freiheitsrechten finden – beantragt von der Fraktion der SPD

Die Gesamtredezeit für die Aktuelle Debatte beträgt 40 Minuten. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen so-

wie für die Redner in der zweiten Runde gilt jeweils eine Redezeit von fünf Minuten. Ich bitte die Regierung, sich ebenfalls an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

Ich bitte, gemäß § 60 Absatz 4 der Geschäftsordnung die Debatte in freier Rede zu führen.

Für die SPD-Fraktion spricht der Kollege Sakellariou.

(Abg. Walter Heiler SPD: Da fängt der Tag gut an! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Die haben alle Angst, sie werden abgehört!)

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Guten Morgen, Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Zurufe: Guten Morgen!)

Schön, Sie alle nach dem Sommerfest der SPD wieder vollzählig anzutreffen.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Bei der Aktuellen Debatte, die wir gleich zu Beginn führen, geht es um „die richtige Balance zwischen Sicherheit und Freiheitsrechten“. Der Anlass sind das Spähprogramm des US-Geheimdienstes NSA und die Veröffentlichungen des Herrn Snowden, der derzeit auf dem Flughafen in Moskau fest sitzt. Wir wollen in dieser Aktuellen Debatte beleuchten, ob die Balance zwischen den beiden angesprochenen Staatszielen, die miteinander konkurrieren, noch gewahrt ist.

Das eine Staatsziel lautet, die Sicherheit der Bevölkerung und deren körperliche Unversehrtheit zu garantieren. Das beinhaltet den Schutz vor Kriminalität, den Schutz vor Anschlägen,

(Zuruf: Nein!)

den Schutz davor, Opfer von Verbrechen und Kriminalität zu werden, sowie die Vermeidung und Verhinderung von Terroranschlägen. Hierbei handelt es sich nicht nur um ein Problem der USA seit dem 11. September 2001 oder den vor Kurzem erfolgten Anschlägen in Boston. Vielmehr haben auch wir, die Bundesrepublik Deutschland, wegen der in den vergangenen Jahren erfolgten NSU-Terrorakte ein Problem an dieser Stelle. Ich möchte mir erlauben, zu erwähnen, dass es, was die Frage der Aufklärung der NSU-Verbrechen angeht, immer wieder einmal Vorwürfe gab, wonach der Staat nicht genug Informationen und nicht gut genug koordinierte Informationen über dieses Terrornetzwerk in Deutschland hatte.

Das andere Staatsziel ist der Schutz der Privatsphäre und ist das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung, das

(Nikolaos Sakellariou)

das Bundesverfassungsgericht im Jahr 1983 im Urteil zur Volkszählung als Ausdruck des allgemeinen Persönlichkeitsrechts mit Verfassungsrang mit der höchstmöglichen Ausprägung der Menschenwürde, verschriftlicht in Artikel 8 der Charta der Grundrechte der EU, festgestellt hat.

Das sind die beiden Staatsziele, die miteinander konkurrieren.

Seit dem 1. Juni wissen wir, dass der amerikanische Geheimdienst monatlich eine halbe Milliarde Datensätze, Telefonate, E-Mails abspeichert und kontrolliert und – was auch erstaunlich war – in keinem anderen Land der Welt so aktiv agiert wie in der Bundesrepublik Deutschland.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Das sind natürlich Daten und Fakten, die uns zu denken geben müssen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Was weiß der Innenminister davon?)

Das sind Dinge, die uns zu denken geben müssen, denn wir wissen es seit dem 1. Juni dieses Jahres.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Der „Spiegel“ berichtet heute etwas anderes!)

Jetzt stellt sich die Frage, ob ein Rechtsverstoß vorliegt. Dazu muss man zunächst natürlich sagen – das ist der erste Eindruck –: Ja, es liegt ein Rechtsverstoß vor. Aber wir müssen schauen, auf welchen Servern diese Daten liegen. Wenn diese Daten in Amerika liegen, dann muss man zunächst einmal prüfen, ob gegen amerikanisches Recht verstoßen wurde. Die Amerikaner haben ein völlig anderes Verständnis von Datensicherheit und vom Datensammeln. Dort ist es erlaubt, quasi alles anzusammeln, und die Frage der Auswertung wird dann letztlich restriktiver gehandhabt. Wir haben erst dann ein Problem, wenn Daten, die in Deutschland gespeichert werden, von amerikanischen Geheimdiensten ausgespäht oder gesammelt werden.

Im Rahmen der Vorbereitung auf diese Debatte sind mir Rechtsgrundlagen aufgefallen, von denen ich gar nichts mehr wusste. Ich wusste z. B. nicht, dass es die „Feindstaatenregelung“ noch gibt, nach der Feind ist, wer im Zweiten Weltkrieg auf der Gegenseite der Unterzeichner dieser Charta gewesen ist, und das war nun einmal Deutschland. Diese Feindstaatenregelung bewirkt, dass solche Feindstaaten Maßnahmen, die infolge des Zweiten Weltkriegs und in Bezug auf diesen Feindstaat ergriffen werden, dulden müssen.

Es ist auch so – was ich auch nicht wusste –, dass heute noch Besatzungsrecht fortwirkt. Aus dem Überleitungsvertrag von 1953 gilt Besatzungsrecht noch fort, und danach bleiben gewisse Maßnahmen bis heute in Kraft. Deutschland hat bis heute keine rechtliche Möglichkeit, sich dagegen durch Klagen zu wehren. Denn Klagen von Deutschland gegen internationale Organisationen oder ausländische Regierungen werden nicht zugelassen.

Mit Verlaub: Wenn diese Debatte etwas Gutes hat, dann vielleicht, dass wir einmal an diese Fragen herangehen und dieses fortwirkende Besatzungsrecht einmal überprüfen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Wir Baden-Württemberger!)

– Nein. Es ist eine deutsche Debatte, die sich natürlich auch auf Baden-Württemberger auswirkt, denn auch unsere Daten sind in dieser Form, sage ich einmal, ausgespäht worden. Auch die Baden-Württemberger haben das Recht auf informationelle Selbstbestimmung und darauf, dass in Deutschland die Regeln auch von befreundeten Staaten eingehalten werden.

Denn Einigkeit besteht natürlich darin, dass bei Vorliegen einer konkreten Gefahr und unter bestimmten Voraussetzungen ein Eingreifen in die Privatsphäre selbstverständlich zulässig ist und zulässig sein muss. Aber nicht akzeptabel wäre es, wenn ein befreundeter Staat im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland Straftaten begehen würde. Das wäre nicht akzeptabel. Da setzt unsere Kritik an.

Ich erinnere daran, dass, seit die ersten Veröffentlichungen darüber erfolgt sind, inzwischen sechs Wochen ins Land gegangen sind, wir jedoch bis heute nicht mehr wissen als damals. Wir sind keinen Deut schlauer.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Weil es ein guter amerikanischer Geheimdienst ist!)

„Die Welt“ hat gestern über Innenminister Friedrich geschrieben:

(Zuruf von der CDU: Jetzt bleiben Sie doch beim Thema!)

Von seiner Reise nach Washington brachte er nur Brosamen an neuen Informationen mit.

Tut mir leid: So geht das nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Abg. Karl Zimmermann CDU: Vielleicht weiß der Innenminister mehr!)

Denn eines ist klar:

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Wieso berichtet heute der „Spiegel“, SPD-Bundestagsabgeordnete hätten es gewusst?)

Es muss dringend geklärt werden,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sie sollten für den Bundestag kandidieren!)

welche deutschen Bürger abgehört worden sind – oder welche baden-württembergischen. Das kann ich auch erwähnen, wenn Ihnen das lieber ist.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Welche baden-württembergischen Bürger sind abgehört worden?

Wir wissen, dass inzwischen auch Behörden in Europa und Deutschland verwandt wurden. Es tut mir leid: Die Frage zu stellen, welche Behörden in Deutschland und in Baden-Württemberg abgehört worden sind, ist völlig legitim. Vor allem

(Nikolaos Sakellariou)

ist zu fragen: Auf welcher rechtlichen Grundlage und nach welchen Maßstäben ist dies geschehen? Mit Verlaub, diese Fragen müssen gestellt werden. Wenn innerhalb von sechs Wochen bis heute keine Antwort darauf gegeben wurde, dann ist das etwas, was einem Sorge machen muss. Das tut mir leid. Das ist keine Kleinigkeit.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nein!)

Es geht um grundrechtsgleiche Rechte, und es gibt so etwas wie einen Amtseid. Ich muss sagen: In diesem Zusammenhang ist, mit Verlaub, zu Recht daran erinnert worden, dass es hier Grundrechte zu schützen gilt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Ferner fehlt es auch noch an der Aufklärung – wenn uns entgegengehalten wird, dass die Balance zwischen Sicherheit und Freiheitsrechten aufgegeben werden musste, um Anschläge zu verhindern, dann interessiert uns das schon –: Wie viele Anschläge sind tatsächlich verhindert worden? Die Informationen, die wir jetzt bekommen haben, sind, mit Verlaub, wirklich nicht geeignet – –

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Von wem reden Sie? Vom baden-württembergischen Innenminister, oder von wem?)

– Ich rede vom Bundesinnenminister.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Er ist nicht zuständig! – Gegenruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD: Für Kirchheim nicht! – Gegenruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Auch nicht für Esslingen!)

– Der Bundesinnenminister ist auch zuständig für die Daten der Menschen in Baden-Württemberg. Vor allem kann es nicht sein, dass, wenn so gravierend eingegriffen wird, auf die Fragen, welche Anschläge verhindert worden sind, wie hoch die Zahl der Anschläge ist, die verhindert worden sind, und vor allem, wann das war – vor zehn oder vor 20 Jahren? –, keine angemessenen Antworten gegeben werden.

(Abg. Matthias Pröfrock CDU: Woher wissen Sie denn das?)

– Weil wir bis heute keine Antworten haben. Die Aufklärung muss jetzt endlich beginnen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zurufe von der CDU – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Für die CDU-Fraktion spricht Kollege Hitzler.

Abg. Bernd Hitzler CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! „Baden-württembergische Interessen schützen ...“, das ist das Thema der heutigen Debatte. Aber man hat schon gemerkt: Es gab hier im Saal einen Hauch von Bundestagswahlkampf.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der CDU: Genau!)

Ein gewisses Armutszeugnis ist das schon.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Das ist ein Sturm im Sektglas! – Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

– Herr Drexler, regen Sie sich ab.

Man sollte hier auch nicht die Leute verunsichern.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Was?)

Das muss man auch einmal deutlich sagen. Herr Kollege Sakellariou, zumindest hinsichtlich Ihrer rechtlichen Ausführungen gebe ich Ihnen recht. Da gelten noch alte Bedingungen und alte Verträge, deren Gültigkeit man gar nicht auf den ersten Blick erkennen kann. Deshalb bin ich Ihnen sehr dankbar, dass Sie das sehr klar und sachlich angesprochen haben.

Wir wissen: Zwischen der Freiheit der Bürger und den Sicherheitsinteressen des Staates gibt es einen ganz schmalen Grat. Wir haben hier ja auch schon gute Debatten geführt, wenn der Landesdatenschutzbeauftragte gekommen ist, und sehr sachlich diskutiert. Wir haben in unserem Bundesland hier bisher im Konsens eine gute Arbeit gemacht. Das muss man auch einmal sagen.

Aber wir haben heute so große technische Möglichkeiten, dass sich ein riesiges Problem ergibt. Wenn ich mein Handy einschalte oder ins Internet gehe, sehe ich: Fast jeden Monat oder gar jeden Tag gibt es irgendeine Lumperei. Es wird mitgeteilt, die Visa-Karte sei gesperrt worden und man müsse die Daten bekannt geben. Oder es wird wieder einmal mitgeteilt, ich hätte eine Million im Lotto gewonnen und müsse nur meine Kontonummer angeben.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Was, du auch?)

All dies gibt es heute. Im Internet gibt es inzwischen eine gewaltige Kriminalität. Deshalb muss man dem Staat auch die Möglichkeit geben, dagegen vorzugehen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Karl Zimmermann CDU: Sehr gut!)

Was das Abhören durch die Amerikaner anlangt, kann man sagen: Das kann man natürlich nicht alles gutheißen. Andererseits muss man aber auch sagen: Die Anschläge in Amerika haben dieses Land in Mark und Bein getroffen. Das war etwas Unvorstellbares. Deshalb muss man dafür, dass es zu diesen Abhörmaßnahmen gekommen ist, zumindest ein gewisses Verständnis haben.

Im Übrigen muss ich sagen: Das, was derzeit teilweise in Berlin läuft – schwere Vorwürfe gegen die Bundeskanzlerin –, ist unangemessen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Unerträglich! – Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Wir hatten, als die umfangreichen Abhörmaßnahmen begannen – das wissen Sie genau –, eine rot-grüne Bundesregierung, einen der SPD angehörenden Innenminister und zahlreiche nahestehende Behördenleiter.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Woher wissen Sie denn das?)

(Bernd Hitzler)

Seien Sie deshalb also vorsichtig mit Attacken gegen die Bundeskanzlerin.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nein! Es geht um Aufklärung, egal, wer an der Regierung ist!)

Das bringt Ihnen überhaupt nichts.

(Beifall bei der CDU)

Jetzt kommen wir einmal zu der Frage: Was kann das Land Baden-Württemberg zu dieser Debatte beitragen?

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Es wäre richtig gewesen, heute zu fragen: Was für Erkenntnisse haben Sie? Welche Erkenntnisse hat das Landesamt für Verfassungsschutz?

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Welche haben Sie?)

Hat die zuständige Behörde in den USA Erkenntnisse? Wie war es damals mit der Sauerlandgruppe? Gab es Informationen aus den USA, die einen Anschlag verhindert haben? Herr Minister, wissen Sie, ob es in Baden-Württemberg Firmen gibt, die ausspioniert wurden? Es wäre Ihre Aufgabe, all dies hier darzulegen. Haben Sie die Landesbehörden im globalen Wettbewerb für diese Sachlage ertüchtigt? Was ist geschehen? Was können Sie zur Aufklärung beitragen? Das sind Themen für den baden-württembergischen Landtag.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf: So ist es! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sie tragen gar nichts dazu bei!)

Sie haben Regierungsverantwortung. Nehmen Sie sie wahr – zum Wohle dieses Landes!

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Bravo! – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion GRÜNE spricht Kollege Sckerl.

Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Hitzler, diese Landesregierung wird nach Kräften aufklären,

(Abg. Peter Hauk CDU: Woher wissen Sie denn das?)

wie betroffen Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen in Baden-Württemberg sind. Aber es gibt eine Voraussetzung: Ihre Regierung in Berlin muss endlich liefern, meine Damen und Herren von CDU und FDP/DVP.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Über was reden wir denn? Wir reden doch nicht über Kavaliersdelikte. Wir reden auch nicht über den Sturm im Sektglas, Herr Kollege Zimmermann.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Sie verhöhnen doch die Sorgen von Millionen Bürgerinnen und Bürgern.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir reden doch – das ist nach dem, was Herr Snowden und andere vorgetragen haben, anzunehmen – von dem größten bisher bekannt gewordenen Lauschangriff von Geheimdiensten befreundeter westlicher Staaten auf die Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land und vielleicht auch auf Institutionen der Europäischen Union, auf die Bundesregierung und vielleicht auch auf das Land Baden-Württemberg. Das ist so ungeheuerlich, dass es in vollem Umfang aufgeklärt werden muss. Aufklärung ist das Gebot der Stunde.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf: Richtig! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Seit wann spricht die SPD davon?)

Wissen Sie, Herr Hitzler: Man kann über den 11. September 2001 und die Folgen reden, als wir alle unter hohem Handlungsdruck standen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Stehen Sie jetzt nicht mehr darunter?)

Aber ich sage Ihnen auch: Jede Regierung, die aktuell im Amt ist, ist für ihr Handeln verantwortlich. Jetzt haben Sie die Verantwortung. Sie haben die Verantwortung in Berlin, nicht wir. Sie müssen für die Bürgerinnen und Bürger Aufklärung liefern.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Und dafür müssen Sie Auskunft geben!)

Es kann Ihnen doch nicht egal sein, dass in Deutschland jeden Tag 15 Millionen Telefongespräche abgehört und bis zu zehn Millionen Internetverbindungen abgespeichert werden. Von einem Schutz der persönlichen Sphäre, vom Schutz vertraulicher Firmendaten und von Innovationskenntnissen kann nicht mehr die Rede sein. All das sind offensichtlich Tatsachen. Das ist der entscheidende Punkt. Ihre Regierung muss jetzt liefern. Die Kanzlerin soll es zur Chefsache machen, anstatt in Urlaub zu gehen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sehr gut! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Eines brauchen wir definitiv nicht, meine Damen und Herren: Wir brauchen keinen Innenminister, der mit großer Ankündigung in die USA reist, mit leeren Taschen zurückkommt und Ergebnisadressen an die USA abgibt. Wir brauchen keinen Minister für Ergebnisadressen, wir brauchen einen Minister, der sich an die Seite der Bürger stellt und diesen Skandal aufklärt. Darum geht es in diesen Tagen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl Zimmermann CDU: Wir brauchen einen Minister, der Polizeireformen macht! Jawohl! – Gegenrufe von der SPD)

Wir wollen wissen, was an diesen Behauptungen, die Ausspähaktion mit dem Programm PRISM habe dazu beigetragen, Terroranschläge zu verhindern, dran ist. Man muss mehr als skeptisch sein und Fragezeichen setzen, nachdem es zuerst 50, dann 45, dann fünf Erfolge gewesen sein sollen. Mittlerweile weiß ich nicht genau, wie viele es gewesen sein sollen. Dazu sage ich Ihnen in aller Deutlichkeit: Den Preis der

(Hans-Ulrich Sckerl)

kompletten Überwachung unserer Privatsphäre sind wir nicht zu zahlen bereit, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Es gibt bereits Fälle in Baden-Württemberg, es gibt baden-württembergische Firmen, die konkrete Sorgen haben. Es gibt Bürgerinnen und Bürger aus Baden-Württemberg, denen es bei der Einreise in die USA passiert ist, dass sie mit ihrem gesamten E-Mail-Verkehr konfrontiert worden sind.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Es besteht also Anlass, dass wir uns hier im Landtag damit beschäftigen und diesen Fragen nachgehen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Woher kennen Sie die denn?)

– Diese Bürger haben sich gemeldet. Sie waren im Fernsehen zu sehen; sie haben sich gemeldet. Es besteht also Handlungsbedarf.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Der Einzige, der schweigt, ist Herr Steinmeier!)

Die Fakten müssen auf den Tisch. Wir brauchen eine Neujustierung von Freiheitsrechten und Sicherheitsinteressen des Staates.

Wir haben auch im Land Handlungsbedarf. Ich nenne Ihnen nur ein Beispiel. Der Kollege Salomon wird in der zweiten Runde eine ganze Reihe von Beispielen und Handlungsmöglichkeiten aufzählen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Ehrlich?)

Wir haben im Land mit der Firma Vodafone einen Generalvertrag über Mobilfunkleistungen. Wenn Sie die Berichte lesen, dann sehen Sie, dass diese Firma immer mit an erster Stelle derjenigen genannt wird, die den Geheimdiensten Daten liefern. Wir wollen wissen: Sind unsere Daten, auch die Daten des Landtags von Baden-Württemberg, die über diese Firma kommuniziert werden, sicher? Sind sie geschützt? Das müssen wir aufklären.

(Zuruf des Abg. Matthias Präfrock CDU)

Dazu müssen Antworten aus Berlin kommen. Dann wird das in Stuttgart weiter umgesetzt.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Das ist der Handlungsbedarf auch hier im Landtag von Baden-Württemberg.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion der FDP/DVP spricht Kollege Dr. Goll.

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir führen eine Aktuelle Debatte zu einem höchst aktuellen Thema. Insofern finde ich es auch in Ordnung, dass die Debatte beantragt wurde.

Ich muss auch sagen, dass die Rede des Kollegen Sakellariou noch ganz vernünftig war. Sie hat sich insofern von den Tönen Ihres Kanzlerkandidaten, der meines Erachtens wieder einmal an der falschen Stelle den Mund weit aufreißt, durchaus angenehm abgehoben. Denn dieses Thema, über das wir heute sprechen, ist nicht irgendwo vom Himmel gefallen. Es eignet sich auch nicht dazu, dass sich die einen sozusagen im arglosen Stand der Unschuld gerieren, so, wie es leider der Kollege Sckerl hinzudrehen versucht hat. Angesichts der Vergangenheit Ihrer Partei war das ein ziemlich tollkühnes Unterfangen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Wir von der FDP/DVP haben einen Antrag zu PRISM eingebracht und haben auch eine Stellungnahme bekommen. Sie kam gestern oder vorgestern. Darin hat die Landesregierung gesagt, sie wisse eigentlich nicht, was da passiert. Ich muss sagen: Das glaube ich vielleicht gerade noch, obwohl ich schon meine, dass in den Ländern auch Erkenntnisse zu der Tätigkeit amerikanischer und britischer Geheimdienste vorhanden sind.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Hatten Sie denn welche?)

Aber was die Bundesebene anbelangt, glaube ich, können wir schon sagen: Die Bundesregierungen der letzten 20 Jahre, sage ich jetzt einmal, haben entweder gewusst oder sie hätten es wissen können bzw. wissen müssen.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Hatten Sie welche? – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Auch rot-grüne!)

Das gilt vor allem für die Regierung, lieber Herr Salomon, die nach dem 11. September 2001 Verantwortung trug. Nach dem 11. September 2001 wurden die Möglichkeiten – –

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Es ist doch völlig unbestritten – ich will das jetzt nicht mehr kommentieren –, dass zwei Punkte, die auf dieser Seite des Hauses eigentlich ein bisschen zur Bescheidenheit mahnen sollten, völlig außer Zweifel stehen. Zum einen: Die Möglichkeiten, Daten zu sammeln, sind nach dem 11. September auch in der Bundesrepublik unter einer rot-grünen Regierung geradezu explosiv erweitert worden.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Feststellung Nummer 2: Die jetzige Bundesregierung ist die erste, die diesen ganzen Bestand einmal überprüft hat und die Frage gestellt hat: Brauchen wir das eigentlich alles?

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Und das Ergebnis war, Herr Kollege: Wir brauchen es!)

Es war die Rede vom Sauerlandkomplex. Es stand in der Zeitung, woher wir die Informationen zum Sauerlandkomplex bekommen haben, nämlich vom amerikanischen Geheim-

(Dr. Ulrich Goll)

dienst. Das stand in der Zeitung. Hat jemand eigentlich einmal gefragt, ob die die Daten hätten haben sollen oder dürfen? Konnte man seit diesem Zeitpunkt eigentlich glauben, dass sie jetzt nur gerade da tätig sind und an anderer Stelle nicht? Wir verdanken den Schutz vor den kriminellen Islamisten im Sauerland letzten Endes dem amerikanischen Geheimdienst. Das ist einfach so, und das muss man zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Das muss auch eine Rolle spielen bei dem zweiten Stichwort, das ich ansprechen möchte. Ich habe vorhin gesagt, der Kanzlerkandidat mache den Mund ziemlich weit auf, was die Bundesregierung alles machen und anstellen soll. Ich kann verstehen, dass man sich über diesen Komplex aufregt und manch einer dies als eine Riesensauerei bezeichnet.

Ich rate jedoch, mit den Füßen auf dem Boden zu bleiben und zu erkennen, dass wir bei den Amerikanern nicht sehr weit kommen werden.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Kollege Professor Dr. Goll, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Schmiedel?

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Ja.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Vielen Dank, Herr Kollege Goll. – Ich möchte Sie fragen: Was halten Sie denn von der Äußerung der Bundesjustizministerin, dass man Strafanzeigen gegenüber amerikanischen Mitarbeitern der NSA prüfen müsse?

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Verzeihung, diese Äußerung ist eine schiere Selbstverständlichkeit. Wir dulden keine Straftaten auf deutschem Boden. Das ist doch völlig klar.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das ist doch prophylaktisch!)

Die Gegenfrage: Was machen wir denn, wenn die Amerikaner nach amerikanischem Recht praktisch alle großen Anbieter überprüfen können und dadurch natürlich an die Kommunikation in Europa und Deutschland herankommen? Das hat doch gar nichts mit dem zu tun, was Frau Leutheusser-Schnarrenberger sagt.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Doch!)

Die Amerikaner machen das, weil sie eine andere Vorstellung als wir von der Balance zwischen Freiheit und Sicherheit haben. Diese andere Vorstellung haben die Briten übrigens auch. Das ist deutlich spürbar. Man überlege einmal, wie viele Kameras in England hängen.

Hinzu kommt das Trauma des 11. Septembers der Amerikaner, das Herr Hitzler auch angesprochen hat. Das war doch eine absolute Ausnahmesituation. Ich habe immer gesagt: Wenn in einer deutschen Großstadt 3 000 Menschen unter Trümmern gelegen hätten, wäre die Diskussion bei uns auch völlig anders verlaufen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig!)

Man muss nüchtern zur Kenntnis nehmen, dass der Anschlag am 11. September gedanklich in Hamburg-Harburg vorbereitet worden ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Matthias Pröfrock CDU: So ist es!)

Peinlich, peinlich. Insofern ist all das, was bisher gelaufen ist, im Wesentlichen auf deutschem Boden vorbereitet worden. Deshalb sagen die Amerikaner natürlich: Das Sicherste ist es, wenn wir es selbst überwachen.

Insofern rate ich dringend, mit den Amerikanern zwar über eine vernünftige Begrenzung zu reden, dies aber in aller Freundschaft zu tun. Es darf nicht sein, dass wir uns ein Stück weit zurücklehnen, noble und sehr akademische Diskussionen führen und gleichzeitig die Amerikaner die Drecksarbeit machen lassen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Lieber Herr Sckerl, Sie haben von Millionen Bürgern gesprochen, die sich Sorgen machen. Ich glaube aber, Millionen Bürger machen sich vor allem über die Gefahr Sorgen, dass morgen oder übermorgen bei uns islamistisch motivierte Anschläge verübt werden, die viele Menschenleben kosten, und niemand vorher aufgepasst hat.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Jetzt stellen Sie aber unseren Sicherheitsbehörden ein schlechtes Zeugnis aus!)

Insofern ist es das Beste, sich mit den Amerikanern auf eine vernünftige Regelung zu einigen, aber auch bei uns eine vernünftige Regelung zur Vorratsdatenspeicherung wieder einzuführen. Insbesondere sollten wir dabei mit den Füßen auf dem Boden bleiben und schauen, wie wir uns am besten schützen, ohne eine scheinheilige Diskussion zu führen und ohne mit dem Finger auf andere zu zeigen.

Meine dritte Bemerkung mag vielleicht überraschen. Jeder macht sich so seine Gedanken über diesen Komplex und die Folgen. Ich frage mich, ob man das Internet überhaupt schützen kann. Glaubt noch jemand, dass wir das Internet schützen können? Ehrlich gesagt, gehe ich mittlerweile davon aus, dass das Internet ein öffentlicher Bereich ist. Ich kann mich genauso gut an den Eckensee stellen und laut rufen, was ich sagen will.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Da sind Sie aber sofort in einer psychiatrischen Anstalt, wenn Sie es am See machen! – Zurufe der Abg. Karl Zimmermann und Helmut Walter Rüeck CDU)

– Das wird wahrscheinlich weniger zur Kenntnis genommen als mein E-Mail-Verkehr, lieber Herr Drexler.

Man muss sich fragen, ob wir bei solchen Diskussionen nicht an einer Wende stehen. Ich rede nicht dem Niedergang des Internets das Wort. Es wächst aber die Erkenntnis, dass es im Internet keine wirkliche Privatheit gibt. Außerdem gibt es wahrscheinlich keine zuverlässige Möglichkeit, den Kernbe-

(Dr. Ulrich Goll)

reich privater Lebensgestaltung im Internet zu schützen. Das ist meine Überzeugung.

Jetzt stellt sich die Frage, welche Konsequenzen daraus zu ziehen sind. Privat kann man dem eher ausweichen. Im privaten Bereich werden manche jungen Leute künftig darüber nachdenken, was sie im Internet preisgeben, wenn sie genau wissen, dass kein wirklicher Schutz im Internet möglich ist.

Schwieriger ist diese Frage für die Betriebe und Unternehmen im Land. Auch da gehen wir, glaube ich, einem Zeitalter entgegen, in dem man nach internetfernen Lösungen suchen wird, die man noch einigermaßen schützen kann. Darin wird eine große Herausforderung liegen. Denn wir müssen davon ausgehen, dass die ganzen Datenbestände, um die es geht, auch fleißig für Industriespionage genutzt werden. Das ist dann noch einmal etwas anderes.

Es geht also um zwei Aspekte: Ändere ich mein privates Verhalten? Das kann jeder. Wie schützt man insbesondere die Daten der mittelständischen Wirtschaft? Dort sehe ich die Herausforderungen der Zukunft. Wir sollten uns ihnen gemeinsam stellen.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Präsident Guido Wolf: Für die Landesregierung spricht Herr Innenminister Gall.

Innenminister Reinhold Gall: Herr Präsident, werte Kolleginnen, werte Kollegen! Ich habe mich ein bisschen über die Schärfe der Diskussion gewundert.

(Zuruf von der CDU: Sckerl! – Abg. Peter Hauk CDU: Die hat der Herr Sckerl reingebracht!)

– Ich schaue da jetzt eher einmal die Opposition an. –

(Zuruf von der SPD: Die sogenannte Opposition! – Zurufe von der CDU und der FDP/DVP)

Denn ich bin der Überzeugung, dass es auch in diesem Haus ein breites Einverständnis gibt, dass bestimmte Dinge schlicht und ergreifend nicht gehen.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Dazu werde ich ein paar Ausführungen machen.

Wir haben in diesen Tagen – auch in vielen Diskussionen mit Bürgerinnen und Bürgern des Landes – wieder deutlich gemerkt, dass über Chancen und Risiken des Internets, der globalen Vernetzung heftig diskutiert wird. Während in der Vergangenheit häufig die Chancen im Vordergrund standen, stehen jetzt eher die Risiken im Mittelpunkt der Diskussion. Vielen Menschen wird angesichts der Vorkommnisse, die es offensichtlich gab, bewusst, dass Mitteilungen, die man sendet, nicht ausschließlich beim Sender und beim Empfänger bleiben, sondern dass – selbst wenn man über das Internet mit der Nachbarschaft kommuniziert – andere daran teilhaben können, in welcher Form auch immer.

(Zuruf des Abg. Alexander Salomon GRÜNE)

Wir wissen natürlich – Herr Goll, Sie haben darauf einen Schwerpunkt gelegt –, dass insbesondere Straftäter die Möglichkeiten, die bestehen, nutzen. Es hat, glaube ich, auch niemanden so richtig überrascht, dass diese Möglichkeiten auch von Geheimdiensten genutzt werden.

Dabei bestehen natürlich unterschiedliche Zuständigkeiten. Das sollten wir bei den Diskussionen nicht vergessen. Bei dieser Diskussion und bei dem Thema, das Anlass für diese Diskussion war, waren in erster Linie die internationalen Verbindungen gemeint. Da liegen die Zuständigkeiten nun einmal eindeutig beim Bundesamt für Verfassungsschutz, das heißt beim Bundesinnenminister, und, was den Bundesnachrichtendienst anlangt, beim Bundeskanzleramt – um das einmal ganz deutlich zu sagen.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: So ist es! – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Weil danach gefragt wurde, will ich Ihnen sagen: Wir haben bislang – Stand heute Morgen – trotz Nachfrage keine Informationen des Bundesinnenministeriums erhalten.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Aha!)

Gleichwohl halte ich – das will ich ausdrücklich sagen – die heutige Debatte für angemessen. Ich halte es für richtig, dass wir darüber diskutieren. Denn es will doch niemand ernsthaft ausschließen, dass auch baden-württembergische Bürgerinnen und Bürger sowie baden-württembergische Unternehmen von diesen Datenabgriffen und von der eventuellen Verwertung der dadurch gewonnenen Informationen betroffen sein könnten.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Was tun Sie dafür? – Gegenruf von den Grünen: Dagegen! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Dafür hoffentlich gar nichts! Dagegen! – Weitere Zurufe)

Es wird im Prinzip sehr deutlich, dass wir es tatsächlich mit einer Erosion von Privatsphäre in einer Dimension und in einem Umfang zu tun haben, die wir bisher nicht vermutet hätten. Ich jedenfalls habe diese Dimension und diesen Umfang nicht vermutet.

Ich will die Gelegenheit schon nutzen, um deutlich zu sagen: Jeder hat natürlich auch selbst Möglichkeiten, dem entgegenzuwirken, Herr Kollege Zimmermann, wenn man die Frage stellt: Was tut man, wer tut etwas dagegen? Deshalb ist diese Diskussion auch wichtig. Ich will deutlich machen, dass die Menschen darüber nachdenken müssen: Was kann ich selbst, was können wir, was können die Wirtschaftsunternehmen des Landes dazu beitragen?

Herr Hitzler, Sie haben sich auch auf Landesbehörden bezogen. Wir beschäftigen uns wohlgerne – das will ich ausdrücklich sagen – nicht erst seit zwei Jahren mit dem Thema der IT-Infrastruktur unseres Landes. Da gibt es ständig etwas zu tun, und da positionieren wir uns besser, beispielsweise durch die Konzentrierung der IT zukünftig in unserem Haus, im Innenministerium Baden-Württemberg, wo die komplette IT-Architektur zusammengefasst wird. Wir messen auch der Beauftragung eines CIO, weil wir uns gerade dem Themen-

(Minister Reinhold Gall)

bereich „Schutz der staatlichen Infrastruktur“ widmen, einen hohen Stellenwert bei.

Wir wissen es, glaube ich, alle: Das Internet vergisst wirklich nichts. Andererseits – auch das will ich deutlich sagen – gibt es keine Rechtfertigung zur Aushöhlung der Privatsphäre durch das weltweite anlasslose Abhören, Speichern, Absaugen und Verknüpfen von Daten, wie es offensichtlich geschehen ist.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, das, was ich für die Privatsphäre genannt habe, gilt natürlich in besonderem Maß auch für die Wirtschaft unseres Landes. Das macht uns in erheblichem Maß Sorge, gerade weil baden-württembergische Unternehmen weltweit führend sind, was Technologie und Innovation angeht. Baden-württembergische Hochschulen sind in der anwendungsorientierten Forschung tätig. Auch das ist eine kritische Infrastruktur für uns. Deshalb ist es natürlich von großem Interesse, zu erfahren, ob beispielsweise Daten von Unternehmen aus dem Fahrzeugbau und aus dem Maschinenbau durch Industriespionage abgegriffen worden sind.

Hierfür gibt es Ansätze. Wir haben darüber nicht erst in diesem Zusammenhang Erkenntnisse. Sie haben zur Kenntnis genommen, dass vor wenigen Wochen im Bereich der Spionage eine Verurteilung eines russischen Spionenehepaars stattgefunden hat, welches über zwei Jahrzehnte hinweg entsprechende Daten auch aus baden-württembergischen Unternehmen abgesaugt und nach Russland transportiert hat. Wir alle wissen, meine Damen und Herren: Gerade Kriminelle nutzen natürlich die Möglichkeiten der globalen, internationalen Vernetzung des Internets. Deshalb hat Cyberkriminalität – ich will es wirklich so sagen – Hochkonjunktur; Cyberkriminalität boomt.

Von Herrn Kollegen Zimmermann wurde gefragt, was wir vonseiten des Landes dagegen tun. Wir, unsere Sicherheitsbehörden, widmen diesem Aufgabenfeld eine hohe Aufmerksamkeit. Wir setzen auch neue Schwerpunkte. Die Eckpunkte dabei sind Investitionen in Technik, das heißt in das Verhindern und das Dahinterkommen, wo entsprechende Ausspähungen stattfinden. Wir haben in unseren Sicherheitsbehörden die Fortbildung deutlich ausgeweitet. Wir haben beispielsweise im Bereich des Landeskriminalamts IT-Spezialisten eingestellt, und wir haben eine neue Fachabteilung – das habe ich bei anderer Gelegenheit schon ausgeführt – beim LKA installiert. Dort haben wir jetzt die Fachkompetenz von immerhin 70 Ermittlern – von IT-Experten und Ingenieuren – zusammenggeführt, um professionell und kompetent auch gegen Cyberkriminalität vorgehen zu können.

Mit unserer Polizeireform – das will ich heute schon anfügen –, über die wir morgen hier debattieren werden,

(Abg. Thomas Blenke CDU: Ich habe es gewusst, dass das kommt!)

wird Baden-Württemberg das erste Bundesland in Deutschland sein, das sich flächendeckend dem Thema Cyberkriminalität widmet, indem wir zur Bekämpfung dieser Kriminalität bei den Kriminalpolizeidirektionen die sogenannte Krimi-

nalinspektion K 5 einrichten werden; damit sind Spezialisten in der Fläche des Landes tätig. Wohlgemerkt: Wir sind damit bundesweit die Ersten.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Meine Damen und Herren, deshalb bitte ich bei der Diskussion darum, dass wir nicht alles vermischen, was vermischt werden kann.

An anderer Stelle diskutieren wir – zu Recht, will ich ausdrücklich sagen –: Was darf der Staat, und wie balancieren wir Sicherheit einerseits sowie Bürger- und Freiheitsrechte andererseits sorgfältig aus? Wie tarieren wir diesen zum Teil wirklich engen und schmalen Grat aus? Das halte ich für wichtig. Aber demgegenüber sind anlasslose und uferlose Datenerhebungen durch Sicherheitsbehörden – durch unsere und durch die im Ausland –, wie wir sie zur Kenntnis nehmen mussten, völlig inakzeptabel. Das will ich eindeutig sagen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Die Vorgänge um PRISM und Tempora zeigen, dass unsere Forderungen – wir sind uns, glaube ich, jedenfalls hier sehr weit einig – nach eindeutigen und präzisen Ermächtigungs- und Ermittlungsgrundlagen für die Datenverarbeitung gerade der öffentlichen Stellen unerlässlich sind, und daran arbeiten wir. Andernfalls droht, dass die Erosion, wie Sie, Herr Dr. Goll, angedeutet haben, völlig ausufernd.

Ich bin froh darüber und dankbar, dass sich das Parlament insgesamt sehr darum bemüht, dass wir die Überwachungsmechanismen, die Kontrollmechanismen der Legislative stärken, damit hier nicht das passiert, was in den Vereinigten Staaten und offensichtlich auch in Großbritannien passiert ist. Ich will das ausdrücklich unterstreichen: Eine flächendeckende Überwachung der Kommunikation aller Bürger, meine Damen und Herren, so, wie sie in den USA offensichtlich betrieben wird, darf es auch im Interesse der inneren Sicherheit meines Erachtens nicht geben. Der Zweck heiligt nicht die Mittel.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wenn man den Berichten über die Überwachungsprogramme der angelsächsischen Geheimdienste Glauben schenken darf, ist festzustellen, dass diese weit über ein akzeptables Maß hinausgehen. Hier kann man in der Tat von einer Totalüberwachung sprechen, die nichts mit den rechtsstaatlichen Prinzipien unseres Landes gemein hat.

Im Übrigen sollten wir dies, so meine ich, in diesem vereinten Europa auch von unseren europäischen Partnern einfordern dürfen. Deshalb gilt es, klare Ansagen in Richtung Großbritannien zu richten.

Zunächst ist es die Aufgabe der Bundesregierung, für die notwendige Aufklärung zu sorgen. Wir können das nicht; dazu sind wir nicht in der Lage. Es ist auch – Stand heute – noch nicht unsere Aufgabe; es wird dann zu unserer Aufgabe, wenn die Bundesregierung die Aufklärung entsprechend betreibt und Ansätze für die Ermittlung und Aufklärung in Baden-Württemberg deutlich werden.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

(Minister Reinhold Gall)

Meine Damen und Herren, diesen Anspruch haben die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes. Er ist auch nur legitim. Die Aufgabe des Staates ist es nämlich, die Grundrechte der Bürger zu schützen. Im vorliegenden Fall sind die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes offensichtlich verletzt worden.

Wenn die Grundrechte in Gefahr sind, dann gilt es, alle Maßnahmen für deren Schutz zu ergreifen. Ich habe angedeutet, inwieweit dies die Innenverwaltung anlangt. Ich habe angedeutet, dass wir, wenn es um den Schutz der Wirtschaftsunternehmen in Baden-Württemberg geht, Ansprechpartner sind. Wir bieten Hilfe an. Dies gilt übrigens auch für das Landesamt für Verfassungsschutz und das Landeskriminalamt.

In Deutschland gilt zwar der Grundsatz, dass die Wirtschaft ihre IT-Infrastruktur selbst schützt; gleichwohl stehen wir als Partner zur Verfügung, geben Hinweise und sind durchaus mehr als aufgeschlossen, zu kooperieren.

Ich erwarte von der Bundesregierung – wie gesagt, im Interesse der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes, auch im Interesse der heimischen Wirtschaft –, dass sie alles tut, um das Vertrauen in unsere Partner nach Möglichkeit wiederherzustellen und den ungehinderten Informations- und Wissensabfluss aus unserem Land zu verhindern. Denn nur dann werden die Menschen zum Schutz ihrer eigenen Sicherheit bereit sein, dem Staat und den Sicherheitsbehörden entsprechende Mechanismen an die Hand zu geben. Wenn die Bürgerinnen und Bürger das Gefühl haben, dass es diese Grenzen, diese Sicherheit nicht mehr gibt, dann werden sie auch uns, den staatlichen Institutionen, kein Vertrauen mehr schenken. Deshalb ist die Aufklärung seitens der Bundesregierung dringend erforderlich.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Präsident Guido Wolf: Für die SPD-Fraktion spricht noch einmal Herr Abg. Sakellariou.

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde, dieser Tag hat sich gelohnt. Die Aktuelle Debatte war wichtig und gut. Die Argumente sind auf den Tisch gekommen

(Vereinzelte Heiterkeit – Abg. Edith Sitzmann GRÜ-NE: Man soll den Tag nicht vor dem Abend loben! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Der Tag hat sich schon jetzt gelohnt! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Wenn wir jetzt zuhören, wird sich die Debatte schon gelohnt haben! – Unruhe)

– schon jetzt, genau, wegen dieser Aktuellen Debatte –; denn das, was wir heute unter diesem ersten Punkt der Tagesordnung besprochen haben, wird in Baden-Württemberg auch an den Küchentischen besprochen, zwischen Eltern und Kindern, zwischen Schülern und Lehrern.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Hört ihr das auch ab? – Anhaltende Unruhe)

Insofern ist es wichtig, dieses Thema zu behandeln. Wir müssen unser Verhalten ändern.

Die Debatte hat übrigens nichts mit Wahlkampf zu tun. Vielmehr muss der Bundesinnenminister – wie auch der Landesinnenminister – diesen Balanceakt aushalten, weil er nicht nur Innenminister, sondern zugleich auch Verfassungsminister ist. Er muss die beiden genannten Ziele in einer Person in Übereinstimmung bringen.

Die Beurteilung, lieber Kollege Hitzler, der rot-grünen Jahre und des damaligen Umgangs mit dem Internet

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: War berechtigt!)

– ja – war vielleicht etwas voreilig. Denn zwischen 1998 und heute hat beim Internet eine explosionsartige Entwicklung stattgefunden. Damit haben sich auch die Verhältnisse geändert. Die Bundeskanzlerin spricht im Zusammenhang mit den aktuellen Vorfällen davon, dass das Internet im Jahr 2013 „Neuland“ sei. Daran wird deutlich, dass sich hier wirklich einiges getan hat.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ja!)

Deswegen sind die Maßstäbe vom Jahr 2000 im Jahr 2013 nicht mehr unbedingt anwendbar, da die Entwicklung einfach explosionsartig vorangegangen ist. Es ist richtig: Wenn die NSA Daten über die Sauerlandgruppe geliefert hat, dann müssen wir auch prüfen, auf welchem Weg dies geschah.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Man gibt noch Rauchzeichen!)

Sind dies tatsächlich Daten, die in der Cloud in Amerika gelandet sind und so abgegriffen wurden, oder nicht? Aus den Erkenntnissen müssen wir auch ermittlungstaktische Vorteile für die Zukunft erzielen können. Dies ist vernünftig und dient zur Vermeidung von Straftaten und Terrorakten.

Eins ist aber klar: Flächendeckende Überwachung ist mit unserer Rechtskultur nicht in Übereinstimmung zu bringen. Dies hat auch etwas mit unserer Geschichte zu tun, sowohl mit der Geschichte des Dritten Reiches als auch mit der Geschichte der DDR. Diese sind Teil unserer Geschichte und unseres Rechtssystems. Deswegen sind die Menschen zu Recht kritisch, wenn sie großflächig überwacht werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Präsident Guido Wolf: Für die CDU-Fraktion spricht Kollege Hitzler.

Abg. Bernd Hitzler CDU: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Was müssen verantwortungsvolle Politiker tun? Zum einen müssen sie die Freiheit ihrer Bürger sichern und zum anderen auch für die Sicherheit sorgen. Das ist unsere Aufgabe. Das sollten wir am besten gemeinsam tun. Ich gehe davon aus, dass die Bundesregierung und die Kanzlerin alles tun, um Schaden von unserem Volk zu nehmen,

(Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

wie auch die Vorgängerregierungen dies getan haben.

Was brauchen wir in Europa? Eine Datenschutzverordnung. Deutschland hat in Europa das beste Datenschutzrecht.

(Beifall der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

(Bernd Hitzler)

Dieses auf andere Länder zu übertragen wäre eine wichtige Aufgabe für uns. International wäre sicherlich ein Datenschutzabkommen erforderlich. Die Amerikaner sind unsere Freunde. Unter Freunden darf man sicher auch einmal Klartext reden. Aber dann muss man hier gemeinsam ein Datenschutzabkommen vereinbaren. Das wäre, glaube ich, für uns alle, für uns Demokraten, eine Zukunftsaufgabe. Dann erreichen wir auch das Beste für unser Volk.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Präsident Guido Wolf: Für die FDP/DVP-Fraktion spricht Kollege Salomon.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das nehmen Sie aber zurück!)

– Für die Fraktion GRÜNE. Entschuldigung. Ich nehme es zurück und behaupte, dass er von der Fraktion GRÜNE ist. Bitte schön.

Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Vielen Dank. – Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Leider muss ich Ihnen jetzt wirklich einmal sagen, dass Sie bundespolitisch 67 Zwerge darstellen. Es wurde bereits mehrfach darüber gesprochen, dass Sie nicht verstehen, wo die Diskussion hingeht.

(Abg. Peter Hauk CDU: Was war das? – Abg. Volker Schebesta CDU: Sind Sie Schneewittchen, oder was?)

– 67 Zwerge. Ich kann es für Sie auch noch fünfmal wiederholen. Sie tun so, als hätten Sie mit dem Thema gar nichts zu tun, als wäre das eine rein bundespolitische Aufgabe.

(Abg. Peter Hauk CDU: Arroganter Schnösel! Das tue ich mir nicht an!)

Es geht doch um den größten Lauschangriffskandal in Deutschland.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Gehen Sie auf eine Benimmenschule, um die Grundlagen zu lernen! – Abg. Peter Hauk CDU: Arroganter Schnösel!)

– Jetzt echauffieren Sie sich doch nicht so. Sie müssen mit der Wahrheit leben. Sie geben sich als Koalition der Relativierer und Verharmloser. Das haben Sie jetzt gezeigt, indem Sie argumentieren, es sei nicht so schlimm, man wisse noch nichts.

Das eigentliche Problem besteht darin, dass die Kanzlerin von Neuland redet, wenn es um das Internet geht. Es geht jedoch nicht um Neuland, sondern um einen integralen Bestandteil unseres Lebens. Das müssen Sie endlich einmal anerkennen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Im Grundsatz unterhalten wir uns über das Verhältnis von Sicherheit und Freiheit. Es geht auch um die Sicherheit der Internetnutzerinnen und -nutzer. Es geht nicht darum, nur zu sagen: Der Staat muss Sicherheit herstellen. An dieser Stelle verweist Bundesinnenminister Friedrich dann darauf, dass Datenschutz Aufgabe des Einzelnen oder der Einzelnen sei. Nein,

das ist er nicht. Datenschutz ist Aufgabe von uns allen, er ist Aufgabe der Politik. Es geht darum, in diesem Bereich Regeln zu erstellen, um die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land und auch in Baden-Württemberg zu schützen.

(Beifall bei den Grünen)

Wie Kollege Sakellariou bereits angesprochen hat, war die Entwicklung des Internets von 1998 bis heute exorbitant. Wenn man sich nur anschaut, welche Internetdienste sich entwickelt haben, dann ist es nicht legitim, zu sagen: Bis 2005 hätte man in der rot-grünen Koalition auf Bundesebene schon alles wissen können. Die großen Internetdienste und die großen Anbieter haben sich erst später so entwickelt.

Das Problem muss jetzt angegangen werden, weil es heute aktuell ist. Es hilft nicht, das Problem abzuschieben. Der Innenminister in Baden-Württemberg bemüht sich um Aufklärung. Jetzt geht es darum, dass der Bundesinnenminister für Aufklärung sorgt und nicht nur Dienstreisen nach Amerika unternimmt und in dieser Angelegenheit unverrichteter Dinge von dort zurückkehrt.

(Beifall bei den Grünen)

Aber jetzt zu den konkreten Vorschlägen, zu dem, was wir uns in diesem Bereich vorstellen. Es geht doch jetzt darum, das Datenschutzabkommen zwischen der EU und den USA, „Safe Harbor“, zu überarbeiten und dieses Abkommen vielleicht sogar auszusetzen, bis es zu einem neuen Abkommen kommt. Es geht daneben darum, das SWIFT-Abkommen zu den Zahlungsverkehrsdaten und die verschiedenen Fluggastdatenabkommen zu überprüfen und zu schauen, welche datenschutzrechtlichen Bedenken dort vorgebracht werden – all diese Bedenken sind protokolliert –, um dann sagen zu können, was abgeändert werden kann. Dies trifft auch für den Fall des Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaftsabkommens, auch unter dem Namen „Freihandelsabkommen“ bekannt, zu. Dort muss die Verhandlung so lange ausgesetzt werden, bis wir Antworten haben auf die Fragen: Was ist denn passiert?

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das wäre eher ein Fall für den Europaminister!)

Was hat die NSA mit unseren Daten gemacht? Was wurde weitergegeben? Bis dahin müssen das Abkommen und die Verhandlungen über ein Nachfolgeabkommen ausgesetzt werden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Abg. Winfried Mack CDU: Herr Präsident, Schluss der Debatte!)

Darüber hinaus muss es im Rahmen der EU-Datenschutzverordnung, zu der wir schon viel getan haben, endlich dazu kommen, dass Daten, die hier erhoben, die hier erzeugt werden, innerhalb der EU bleiben. Wir brauchen ein Klagerecht, eine Klagemöglichkeit für Nutzerinnen und Nutzer, wenn deren Daten missbraucht werden. Es muss strafbewehrt sein, wenn Unternehmen die Daten von Kundinnen und Kunden an Staaten weitergeben, die nicht von der Rechtsstaatlichkeit geprägt sind, die die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union auszeichnet. Dies muss sich auch in der EU-Datenschutzverordnung widerspiegeln.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

(Alexander Salomon)

Zum Abschluss ist es, glaube ich, auch noch einmal wichtig, grundlegend zu sagen – vor dem Europäischen Gerichtshof hat die mündliche Verhandlung zur Vorratsdatenspeicherung stattgefunden –: Auch die EU-Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung muss, gerade im Lichte dieses Skandals, noch einmal genau betrachtet werden. Es muss genau untersucht werden, was dort abgeändert werden kann.

Auch wir sind daran interessiert, dass Sicherheit und Freiheit gegeneinander abgewogen werden. Wir möchten aber nicht, dass Tür und Tor für Geheimdienste anderer Staaten geöffnet werden, die dann nur noch auf Bestandsdaten, auf Daten, die von uns erhoben werden, zugreifen müssen, sodass wir quasi zum Gehilfen für andere Staaten werden.

Die Kanzlerin hat die Möglichkeit,

(Zuruf des Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU)

mit ihrem Innenminister und ihrer Justizministerin – am Donnerstag und Freitag findet der Informelle Rat auf EU-Ebene statt – ein Zeichen zu setzen. Es reicht nicht, nur Interviews zu geben, sondern es geht auch darum, dass die Kanzlerin den Bürgerinnen und Bürgern noch vor der Wahl sagt, was sie denn letztlich tun will.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Volker Schebesta CDU: Das war jetzt die Rede eines Riesen, oder was?

– Abg. Karl Zimmermann CDU: Das war jetzt aber keine salomonische Rede!)

Präsident Guido Wolf: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet.

(Abg. Winfried Mack CDU: Gott sei Dank!)

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Aktuelle Debatte – Rechnungshofdenkschrift 2013 – Warnung vor Nichtstun und Treibenlassen! – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP

Die Gesamtredezeit beträgt 40 Minuten; die Fraktionen haben jeweils eine Redezeit von zehn Minuten. Ich bitte die Regierung, sich ebenfalls an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

Mit Blick auf § 60 Absatz 4 der Geschäftsordnung bitte ich, die Debatte in freier Rede zu führen.

Das Wort für die Fraktion der FDP/DVP hat der Kollege Dr. Rülke.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Rechnungshof hat in der vergangenen Woche seine Denkschrift vorgelegt, und er hat sich im Rahmen dieses Berichts, Herr Präsident Munding, auch mit der jährlichen Zwischenbilanz zur Schuldenbremse auseinandergesetzt, nämlich mit dem Finanzplan 2020, den die Landesregierung laut Rechnungshof zwar termingerecht vorgelegt habe, der aber nicht hinlänglich präzise sei. Das war eine freundliche Formulierung, Herr Präsident Munding. Im Grunde heißt das: In diesem Finanzbericht zum Jahr 2020 steht nichts drin.

(Lachen des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Sie haben ihn nicht gelesen!)

Damit haben Sie das Prinzip der Haushaltsklarheit missachtet, meine Damen und Herren von der Landesregierung.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Claus Schmiedel SPD: Das steht doch alles im Haushalt!)

Sie sagen dem Land und dem Landtag zwar, bis wann wie viel gespart werden muss, aber Sie sagen nicht, wie.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Was?)

Es gibt keine klar identifizierbaren Sparanstrengungen.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Wo sind denn Ihre Aussagen?)

Es gibt keine klar identifizierbaren Wege zur Einhaltung der Schuldenbremse.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Aber Sie haben das!)

Was fehlt, ist die Konkretheit, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Herr Munding sagt: Die Landesregierung muss sagen, wann und wie konkret gespart werden soll.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das wird doch gesagt! – Staatssekretär Ingo Rust: Haushalt!)

Genau das tun Sie nicht, meine Damen und Herren.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Natürlich! 800 Millionen €! Im Doppelhaushalt!)

Das sind alles Scheindebatten. – 800 Millionen €, Herr Schmiedel: Zu diesen 800 Millionen € gehören beispielsweise die 120 Millionen € Ausschüttung der Landesbank Baden-Württemberg. Das nennen Sie Sparen. Da lachen doch die Hühner, Herr Schmiedel.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Wo es Ankündigungen gibt, sind diese Ankündigungen höchst unkonkret. Der Finanzminister hat unlängst angekündigt, er wolle 5 000 Stellen in der Landesverwaltung einsparen. Bislang weiß aber kein Mensch, wo diese 5 000 Stellen, die abgebaut werden sollen, angesiedelt sind.

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Wenn Sie den Abbau von 11 600 Lehrerstellen plus 5 000 Stellen in der sonstigen Verwaltung tatsächlich umsetzen würden, dann hätten Sie immerhin gut die Hälfte des vom Rechnungshof geforderten Abbaus von 30 000 Stellen erreicht. Aber hinsichtlich einer konkreten Ansage herrscht Fehlanzeige.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Bei Ihnen!)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Vielleicht glauben Sie, Herr Minister Schmid, dass Beamtenstellen durch Autosuggestion verschwinden. Aber das wird so nicht funktionieren. Sie müssen klipp und klar sagen, wo Sie diese Sparanstrengungen vornehmen wollen.

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Dasselbe Maß an Realitätsverweigerung gilt für Ihre Annahmen zur Entwicklung der Beamtenbesoldung. Sie gehen von einer durchschnittlichen Steigerungsrate der Gehälter von 1,8 % aus. Aber allein schon durch die Auswirkungen Ihres eigenen Haushaltsbegleitgesetzes wird klar, dass es deutlich mehr wird,

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Bei Ihnen waren es 1,5 %!)

dass man mindestens von 2,5 % ausgehen muss.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Warum hatten Sie nur 1,5 % eingestellt?)

Das ist ein erhebliches Maß an Realitätsverweigerung, das Sie hier an den Tag legen. Diese Realitätsverweigerung geht sogar noch weiter. Die Realitätsverweigerung bei Ihnen geht so weit, dass Sie ernsthaft glauben, Herr Steinbrück werde Bundeskanzler,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

und davon ausgehen, dass dann die Steuern erhöht werden. In Ihrer mittelfristigen Finanzplanung gehen Sie von Steuermehreinnahmen von 400 Millionen € durch Steuererhöhungen einer rot-grünen Bundesregierung aus.

Herr Finanzminister, Realitätsverweigerung, wohin man blickt. Ich habe allmählich den Eindruck, Sie haben sich nur als Finanzminister verkleidet. Sie, Herr Schmid, eignen sich als Finanzminister ungefähr so, wie der Hauptmann von Köpenick als Verteidigungsminister. Das ist die Realität in diesem Land Baden-Württemberg.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Unruhe bei der SPD)

Beim Ministerpräsidenten sieht es nicht besser aus. Der Ministerpräsident wurde in den letzten Wochen nicht müde, zu erklären, die Opposition müsse sagen, wo gespart werden solle. Es ist schon eine bemerkenswerte Äußerung, die Opposition sei für das Sparen zuständig.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Sie haben das immer gemacht!)

Ich erinnere mich noch gut daran, Herr Ministerpräsident Kretschmann, dass Sie sich vor einigen Wochen, als wir hier über den Nationalpark diskutiert haben, vor den Landtag von Baden-Württemberg gestellt und erklärt haben: „Ich bin derjenige, der vom Wähler legitimiert ist. Die Wählerinnen und Wähler des Landes Baden-Württemberg haben dieser meiner Regierung die Verantwortung für das Land Baden-Württemberg übertragen,

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Das ist auch gut so!)

und deshalb bin ich der, der diese Verantwortung ausübt.“ Aber beim Sparen zeigen Sie plötzlich auf die Opposition, Herr Ministerpräsident. Sie verstehen offensichtlich Ihren Wählerauftrag so, dass für das Geldausgeben die Regierung zuständig ist, aber für das Sparen die Opposition. Das funktioniert aber nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Sie werden auch nicht müde, immer wieder zu behaupten, die Opposition mache keine Sparvorschläge.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Nein! Neue Ausgabenvorschläge macht sie! – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Außer Hochschulgebühren!)

Ich kann es nur immer wieder wiederholen. Studiengebühren:

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Das ist das Einzige!)

Wer von der Opposition hat gesagt, Sie müssten die Studiengebühren abschaffen?

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Die Bürger!)

Polizeireform: Wer aus der Opposition fordert diesen Unsinn an Polizeireform?

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Die Polizei fordert sie!)

Nationalpark: Wer aus der Opposition zwingt Sie, einen Nationalpark einzurichten?

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Auf Pump! – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Die FDP in Baden-Baden! – Gegenruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Es gibt diese Sparvorschläge. Es ist aber leider so, dass diese „Regierung des Gehörtwerdens“ immer dann, wenn die Opposition einen Sparvorschlag macht, ihr Hörgerät ausschaltet.

(Abg. Walter Heiler SPD: Zu Recht!)

Das ist die Realität in Baden-Württemberg, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Was ist Ihr Sparvorschlag, Herr Kollege?)

Den Vogel abgeschossen hat kürzlich der Fraktionsvorsitzende Schmiedel.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das ist ein guter Schütze!)

Herr Schmiedel hat erklärt,

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Was ist Ihr Sparvorschlag, Herr Kollege?)

oberste Priorität sei es, da zu sparen, wo es kein Bürger merkt.

(Heiterkeit bei der FDP/DVP und der CDU)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Er hat aber nicht gesagt, wo.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Doch! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Da, wo es keiner merkt! – Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Ich fasse zusammen: Ein Finanzminister, der Steuererhöhungen einplant, die es gar nicht gibt, ein Ministerpräsident, der erklärt, sparen müsse die Opposition, und ein Fraktionsvorsitzender, der sagt: „Wir sparen da, wo es keiner merkt“ – was seid denn ihr für eine Regierung?

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

Ich habe den Eindruck, Sie verwechseln unser Land Baden-Württemberg mit Mitteleuropa oder Taka-Tuka-Land oder irgend so etwas. Wir sind doch nicht in einer Traumwelt, wir sind nicht beim Herrn der Ringe, meine Damen und Herren. Von Ihrer Pippi-Strumpf-Mentalität nach dem Prinzip „Wir machen uns Baden-Württemberg und den Landeshaushalt, wie es uns gefällt“ könnte sogar Astrid Lindgren noch etwas lernen, wenn man Ihre Politik betrachtet, meine Damen und Herren.

(Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

Wir erwarten von dieser Landesregierung eine konstruktive Auseinandersetzung mit den Vorschlägen des Rechnungshofs.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Diese Regierung beseitigt Ihnen den Scherbenhaufen, den Sie hinterlassen haben, verstehen Sie?)

Wir erwarten von Ihnen, dass das, was der Rechnungshof einfordert, nämlich sich mit seinen Vorschlägen auseinanderzusetzen, den Finanzplan 2020 zu konkretisieren, auch eingelöst wird. Wir sind sehr gespannt, Herr Minister und gegebenenfalls auch Herr Ministerpräsident, von Ihnen endlich einmal etwas Konkretes in diesem Haus zu hören.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Präsident Guido Wolf: Für die CDU-Fraktion spricht Kollege Hollenbach.

Abg. Manfred Hollenbach CDU: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! „Rechnungshofdenkschrift 2013 – Warnung vor Nichtstun und Treibenlassen!“ hat die FDP/DVP diese Aktuelle Debatte überschrieben. Ich habe mich gefragt: „Warnung vor Nichtstun und Treibenlassen“, ist das nun ein Warnruf, oder ist es nur eine forsche, eine provozierende Behauptung? Herr Dr. Rülke, Sie haben gerade bestätigt: Sie haben darunter wohl beides verstanden.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP nickt. – Zuruf von der SPD: Missverstanden!)

Sie wollten wachrütteln, Sie wollten warnen. – Doch, ganz bestimmt hat er einiges verstanden.

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE – Gegenruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wenn ihr es nicht versteht, ist es nicht so schlimm!)

Er hat wohl den Bericht gelesen,

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Aber verstanden hat er ihn nicht!)

denn das, was uns der Rechnungshof mit der Denkschrift 2013 vorlegt, enthält schon einige Klarheiten und Wahrheiten. Jeder, der sich in unserem Land mit der Finanzpolitik auseinandersetzt, findet sich durch diese Denkschrift wirklich bestätigt.

Ich möchte deshalb dem Rechnungshof, Ihnen, Herr Präsident Munding, und Ihren Kolleginnen und Kollegen, für diese verständliche und deutliche Darstellung der Situation danken. Sie haben auch die Schwachpunkte und die Mängel unserer Finanzpolitik hier im Land dargestellt.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Vor allem die Stärken!)

Die Darstellung ist auch eine gute Übersicht für diejenigen, die sich vielleicht neu mit der Finanzpolitik dieses Landes befassen oder sie noch nicht so lange verfolgen wie andere.

Sie haben in der Denkschrift einige wirklich bemerkenswerte Sätze – obwohl man sagen kann: Allgemeinplätze – niedergeschrieben, die aber doch von Bedeutung sind. Ich darf aus Ihrem Vorwort zitieren:

Die Steuereinnahmen bewegen sich vor allem dank des stabilen Arbeitsmarkts weiterhin auf hohem Niveau. Andererseits tun sich in der mittelfristigen Finanzplanung des Landes enorme Deckungslücken auf, und der Doppelhaushalt 2013/2014 sieht ... eine hohe Neuverschuldung vor. Während einige Länder anfangen, Schulden zurückzuzahlen, und die Kommunen in Baden-Württemberg zu den reichsten Kommunen Deutschlands zählen, wird die Verschuldung des Landes in den kommenden Jahren voraussichtlich spürbar ansteigen.

Das ist nicht nur ein Warnruf, sondern das ist meines Erachtens schon eine Alarmglocke, die hier geläutet wird. Daraus müssen auch Konsequenzen gezogen werden. Nur: Wie die Konsequenzen aussehen, dazu hört man nichts.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Wenn ich die finanzpolitischen Debatten der letzten Monate oder, man kann schon sagen, der vergangenen zwei Jahre Revue passieren lasse, dann höre ich ständig Klagen. Gebetsmühenhaft wird hier erzählt, wie schlecht die Finanzsituation und vielleicht auch noch die gesamte Situation in unserem Land sei. Aber es kommt kein Vorschlag, was geändert werden soll, wie man diese Situation verändern soll.

Ich will gar nicht bestreiten, dass die Kreditsumme, die das Land in den vergangenen 40 Jahren – und noch weiter zurückliegend – angesammelt hat, durchaus keine freudige Tatsache ist. Das ist eine Hypothek,

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Die Erblast!)

mit der wir eben leben müssen und die wir abtragen müssen. Aber man muss auch einmal fragen: Wieso ist dieser Schuldenstand entstanden?

(Manfred Hollenbach)

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Wer hat denn die Schulden gemacht?)

– Das hat die Regierung gemacht, die jeweils die Verantwortung getragen hat. Da waren nicht nur CDU-Leute dabei. Es war die FDP/DVP, und es war auch teilweise die SPD dabei.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Umso schlimmer! Noch schlimmer!)

Aber warum wurden Kredite aufgenommen?

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Es sind doch Werte geschaffen worden! Vor allem in der Hochschulbildung!)

Wir haben Werte geschaffen, wir haben eine Infrastruktur geschaffen, auf die wir wirklich stolz sein können und auf der Sie aufbauen können. Deshalb läuft es in unserem Land auch im Jahr 2013 noch gut, weil nicht Sie die Basis gelegt haben, sondern andere.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Dafür haben wir Geld gebraucht.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Einen Schuldenberg, den Sie uns hinterlassen haben! – Gegenruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Wenn Sie die Rechnungshofdenkschrift genau lesen, sehen auch Sie, dass wir uns im Vergleich zu den anderen Bundesländern nicht unbedingt verstecken müssen.

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Auf Seite 37 können Sie, Herr Sckerl, einmal nachlesen, wie hoch die Verschuldung in Baden-Württemberg ist. Vergleichen Sie die Verschuldung in Baden-Württemberg einmal mit der in anderen Ländern wie beispielsweise in Rheinland-Pfalz,

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Nordrhein-Westfalen!)

in Nordrhein-Westfalen oder im Saarland.

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Baden-Württemberg hat weniger als 4 000 € Schulden pro Einwohner, während das Saarland über 12 000 € Schulden pro Einwohner hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Aber ohne Pensionsverpflichtungen!)

– Das Thema Pensionsverpflichtungen ist genauso eine Leier. Das war eine Systemfrage,

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Das ist keine Leier!)

die vor vielen Jahren gestellt und entschieden wurde.

In der Rechnungshofdenkschrift steht auch, dass inzwischen 1,5 oder 1,7 Milliarden € Rücklagen angesammelt wurden.

Die haben nicht Sie angesammelt, sondern das wurde durch Gesetze bewirkt, die vor einigen Jahren geschaffen wurden.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Bei 70 Milliarden € Bedarf!)

– Ich möchte jetzt kein Zwiegespräch mit Ihnen führen. Nur so viel: 70 Milliarden € sind eine genauso gegriffene Zahl wie andere. Wir machen jedes Jahr eine Haushaltsplanung – vielleicht auch eine zweijährige –, ferner gibt es eine mittelfristige Finanzplanung, und in all diesen Planungen müssen natürlich die in diesem Zeitraum entstehenden Aufwendungen dargestellt werden.

Ich möchte noch einen dritten Grund nennen, warum die Verschuldung so ist, wie sie ist:

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Die Verschuldung wäre noch wesentlich höher, wenn die unzähligen Anträge, die in der Vergangenheit gestellt worden sind,

(Lachen des Abg. Claus Schmiedel SPD)

auch nur teilweise in die Tat umgesetzt worden wären.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE meldet sich. – Glocke des Präsidenten)

Ich kann Ihnen nur sagen: Dieses Gejammer entspricht dem, was Herr Schmiedel vielleicht als „Heulsusetage“ abtut.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Kollege Hollenbach, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Rösler?

Abg. Manfred Hollenbach CDU: Natürlich.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Vielen Dank, Kollege Hollenbach, dafür, dass Sie die Frage zulassen.

Stimmen Sie mit mir überein und bestätigen Sie,

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Nein!)

dass die Anträge der Landtagsfraktion der Grünen in den letzten zehn Jahren und darüber hinaus im Gesamtpaket – darauf haben wir immer fein geachtet –

(Abg. Volker Schebesta CDU: Einen Klässenteiler von 25 haben Sie beantragt!)

in jedem Jahr und in jedem Doppelhaushalt eine geringere Verschuldung verursacht hätten, wenn sie zum Zuge gekommen wären, als die Vorschläge, die von der Regierung, die immer von der CDU geführt wurde, kamen?

(Unruhe)

Also: Sind Sie bereit, dies zur Kenntnis zu nehmen und damit Ihre Aussage bezüglich unserer Fraktion, was unnötige Anträge angeht, zurückzunehmen?

Abg. Manfred Hollenbach CDU: Ich glaube nicht, dass Sie in der Lage sind, den Zeitraum von zehn Jahren jetzt exakt darzustellen –

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

genauso wenig wie ich. Ich kann es nicht zurücknehmen, weil ich in Erinnerung habe – mein Gedächtnis hat mich bisher nie verlassen –,

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Lachen bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

dass immer wieder kostenwirksame Anträge gestellt wurden. Wenn man dies einmal etwas detaillierter untersucht, wird man dies bestätigt finden.

Ich vermisse ein Konzept. Das hat Herr Dr. Rülke auch gesagt. Es gibt jetzt diesen Finanzplan Stand Juni 2013. Was ist darin zu sehen? Herr Dr. Rülke hat gesagt, darin stehe nichts. Doch, darin steht einiges. Sie haben es ja selbst dargestellt. Darin steht z. B., dass die jetzige Regierung davon ausgeht, dass wir, ausgehend von den hohen Steuereinnahmen, die wir momentan haben – diese sind um 3 Milliarden € höher als noch vor zwei Jahren und liegen bei 30 Milliarden € –, jedes Jahr 1 Milliarde € Steuern mehr einnehmen werden, resultierend aus der Entwicklung der Wirtschaftskraft des Landes Baden-Württemberg. Das ist Punkt 1.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aber zum Sparen steht nichts drin!)

Wer von so etwas ausgeht, kennt meines Erachtens die Realitäten nicht. In der Wirtschaft gibt es ein Auf und Ab. Ich erinnere an die Nachrichten von heute Morgen – das kann man schon seit einigen Wochen hören –: Bosch vereinbart nun – ich will jetzt nicht von Kurzarbeit sprechen – eine reduzierte Arbeitszeit. Ich kenne Standorte von Großbetrieben in Baden-Württemberg, bei denen durch die entsprechenden Kommunen die Gewerbesteuerveranlagung schon zurückgenommen wurde. Da müssen Gemeinden schon heute Nachtragspläne beschließen, die von reduzierten Steuereinnahmen ausgehen. Sie hingegen gehen davon aus, dass in den nächsten sieben Jahren pro Jahr 1 Milliarde € mehr eingenommen werden. Das ist Realitätsverweigerung oder realitätsfremd.

(Beifall bei der CDU)

Aber damit nicht genug, Sie planen noch 400 Millionen € zusätzliche Steuereinnahmen ab 2015 ein, weil Sie davon ausgehen, dass Steuererhöhungen beschlossen werden, dass der Spitzensteuersatz erhöht wird, dass vor allem eine Vermögensabgabe, eine Vermögensteuer und eine höhere Erbschaftsteuer kommen. 400 Millionen € – das muss man den Bürgern dieses Landes sagen –, erwarten Sie

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Abzocke!)

und planen Sie in Ihren Finanzplan ein,

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Das stimmt doch gar nicht!)

obwohl es bis jetzt noch keine gesetzliche Grundlage dafür gibt. Ich hoffe, dass die meisten Menschen in diesem Land auch erwarten, dass dieses Vorhaben nie in die Realität umgesetzt wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Auf der anderen Seite muss ich schon sagen: Es ist nicht nur mutig, sondern auch keck, ganz offen in die Finanzplanung aufzunehmen und davon auszugehen, dass Steuerrechtsänderungen künftig zusätzlich 400 Millionen € pro Jahr in die Steuereinkassen des Landes bringen.

(Zurufe von der CDU)

Ich bin der festen Überzeugung: Auf dieser Basis kann langfristig das Ziel, ohne Aufnahme von Schulden einen Haushalt auszugleichen, nicht erreicht werden. Der Rechnungshof hat mutige Vorschläge gemacht, die einen gangbaren Weg aufzeigen.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Nämlich? – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Welche Vorschläge sind mutig? – Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Wo sind Ihre Anträge dazu?)

Der Rechnungshof hat es aber nicht in die Tat umzusetzen, sondern das ist Sache der Regierung. Auf deren Vorschläge warten wir, meine Damen und Herren,

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

damit Wahrheit und Klarheit auf den Tisch kommen. Bis jetzt höre ich nur Gejammer.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sie jammern doch gerade!)

– Nein, ich jammere nicht. Ich will nur darstellen, wie schwierig Finanzpolitik ist. Aber dieser Schwierigkeit stellen Sie sich nicht. Ich höre eigentlich nur das Schweigen im Walde.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Muhterem Aras GRÜNE: So ein Quatsch!)

Noch einen Satz möchte ich aus dem Vorwort der Denkschrift zitieren – das ist für mich eine Tatsache, die schon immer zu wenig beachtet wird –:

Die finanziellen Probleme des Landes Baden-Württemberg sind in erster Linie nicht bei den Einnahmen zu suchen,

– nicht mit Steuererhöhungen –

sondern auf der Ausgabenseite.

Um diese – die Ausgabenseite – müssen Sie sich bitte einmal kümmern.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Da warten wir auf Ihre Vorschläge!)

In diesem Sinn ist die Überschrift dieses Tagesordnungspunkts ein Warnruf, und ich hoffe, er wird gehört.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion GRÜNE spricht Herr Kollege Dr. Rösler.

Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Dem Rechnungshof sei von mir – sowohl als Abgeordneter der Grünen als auch als stellvertretendem Vorsitzenden des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Dank gesagt für seine profunde Arbeit. Der Rechnungshof selbst würdigt die Kooperation mit dem Finanz- und Wirtschaftsausschuss mit folgenden Worten:

Die sachkundige und intensive Behandlung der Denkschrift im Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft war für uns insgesamt sehr ermutigend.

Ich darf Ihnen versichern, Herr Präsident Munding, und glaube, nicht nur für mich und meine Fraktion, sondern parteiübergreifend für den gesamten Ausschuss sprechen zu dürfen: Auch in Zukunft wird uns diese intensive und ernsthafte Auseinandersetzung ein wichtiges Anliegen sein.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Man muss es nur umsetzen!)

Nichtstun und Treibenlassen, so titulierte die FDP/DVP diese Debatte. Ich danke der FDP/DVP für diese Steilvorlage.

(Zuruf von der CDU: Danke für Ihre freie Rede!)

Der Rechnungshof schreibt in seiner Denkschrift 2013 gleich zu Beginn:

Die Ursachen der Verschuldung sind vielfältig. In ihrer Entstehung reichen sie weiter zurück als nur die letzten zwei Jahre.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Aha!)

Ich habe in älteren Denkschriften recherchiert, ob es wohl Warnungen des Rechnungshofs vor neuen Schulden, Nichtstun und Treibenlassen schon früher gab. Siehe da, schon 2002

(Abg. Peter Hauk CDU: Da müssen Sie aber weit zurück!)

schrrieb der Rechnungshof:

Angesichts des erreichten Schuldenstands von rund 66 Milliarden DM

– Herr Hauk, Sie waren damals schon in Regierungsverantwortung als Regierungsabgeordneter –

(Abg. Peter Hauk CDU: „Regierungsabgeordneter“!)

ist der finanzielle Handlungsspielraum des Landes durch den immensen Schuldendienst bereits jetzt nicht unerheblich eingeengt. Hinzu kommen weitere Einschränkungen durch jetzt schon absehbare künftige Steigerungen der Pensionsverpflichtungen.

2002 gab es eine eindeutige Warnung vor Nichtstun und Treibenlassen an CDU und FDP/DVP.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Müdes Klatschen!)

Leider haben Sie dennoch weiter nichts getan, werte Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP/DVP.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das hat man Ihnen schön aufgeschrieben!)

Denn bereits 2003 schreibt der Rechnungshof – Zitat –:

Nach dem schon im Vorjahr erheblich gewachsenen Kreditbedarf ist die Neuverschuldung im Jahr 2002 wiederum beträchtlich angestiegen. Deshalb ist absehbar, dass die künftigen Haushalte des Landes durch den ... aufgrund 35 Milliarden € angewachsenen Schuldenberg mehr und mehr belastet werden.

Wieder und wieder warnt der Rechnungshof vor den steigenden Lasten der Verschuldung.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Die CDU ist taub!)

Wieder und wieder schaut die damalige Regierungskoalition von CDU und FDP/DVP weg. Wieder und wieder steigen Verschuldung, Schuldendienst und ungedeckte Pensionsverpflichtungen. Ich erspare mir die Zitate aus den folgenden Denkschriften.

(Abg. Peter Hauk CDU: Lesen Sie ruhig weiter! Sie sollten schon weiterlesen! – Zuruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU)

Sie sind ein ernüchterndes Protokoll darüber, wie Jahr für Jahr der Schuldenberg von CDU und FDP/DVP angewachsen ist.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: 2008 und 2009 wird ausgelassen!)

Nach dem Ende der Regierungszeit 2011 – ich ziehe Bilanz – standen wir bei über 43 Milliarden € Schulden und – noch viel gravierender, Kollege Hollenbach – bei etwa 68 Milliarden € ungedeckten Anrechten auf Pensionen. Der Grund dafür waren Nichtstun und Treibenlassen in der Ära Schwarz-Gelb.

(Abg. Peter Hauk CDU: Da kommt nicht einmal Beifall aus der eigenen Fraktion! – Heiterkeit bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Bei den fünf Leuten, die noch da sind! – Abg. Volker Schebesta CDU: Das ist eben so, wenn man abliest! Da kommt keine Begeisterung auf! – Gegenruf des Abg. Claus Schmiedel SPD: Wo soll man denn da klatschen? Das ist ja eine Schande! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Mit der neuen Regierung hat sich der Kurs geändert. Nichtstun und Treibenlassen sind vorbei. Ich komme gleich sehr konkret dazu. Wir haben nämlich seit der Regierungsübernahme 2011 keinen Cent neue Schulden gemacht – bis heute, Juli 2013.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Zurufe von der CDU)

Herr Rülke, die von der FDP/DVP aufgestellte Schuldenuhr geht deswegen völlig falsch. Sie geht nach dem Kreditrahmen und nicht nach der tatsächlichen Kreditaufnahme.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Dann gebt doch die Schuldenrechte zurück!)

(Dr. Markus Rösler)

Das ist so, als wenn Sie bei der Sparkasse einen Disporahmen über 10 000 € haben. Wenn Sie den nicht in Anspruch nehmen,

(Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

haben Sie auch keine 10 000 € Schulden. Stellen Sie Ihre Schuldenuhr doch einmal um.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ihr würdet bei der Sparkasse ja gar keinen Dispo bekommen!)

Sie hat jetzt um 11:00 Uhr auf 45,2 Milliarden € gezeigt.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Wir bekommen ja gar nicht mit, wenn ihr die nutzen würdet!)

Tatsächlich sind wir bei 43,3 Milliarden € Schulden – knapp 2 Milliarden € zu viel auf Ihrer Schuldenuhr. Sie sollten sie dringend einmal zur Reparatur bringen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Legen Sie doch Ihr Manuskript einmal zur Seite!)

Keine Landesregierung zuvor hat den Weg zur strukturellen Neuverschuldung so konsequent beschritten. Ich belege Ihnen das: erstens, zweitens, drittens.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Steht das so betont auf dem Zettel? – Abg. Peter Hauk CDU: „Zur strukturellen Neuverschuldung“! Das ist wahr!)

– Das habe ich selbst geschrieben, lieber Kollege.

Erstens: Für den Gesamthaushalt des Landes beschreibt der Finanzplan –

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Richtig ablesen!)

Herr Hollenbach, darauf sind Sie ja eingegangen – einen verbindlichen Abbaupfad für den Gesamthaushalt

(Abg. Peter Hauk CDU: Wo ist denn der?)

von 2015 bis 2020 mit konkreten Zahlen.

Zweitens: Für die einzelnen Ressorts beschreiben die Orientierungspläne, die zum Zweiten Nachtrag 2013 vorgelegt werden,

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das ist doch keine Aktuelle Debatte!)

ab dem Haushalt 2014,

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Reden Sie doch langsamer, sonst verrutschen Sie noch in der Zeile!)

wie die künftigen Abbauschritte zu leisten sind.

Drittens: Noch nicht eingesetzte Einsparungen der Vorjahre nutzen wir zur Absicherung des Abbaupfads.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Die armen Stenografen!)

Zur Absicherung – außerdem – für den Fall, dass es zu Steuermindereinnahmen kommen sollte,

(Abg. Peter Hauk CDU: Sie hätten auch die Rede zu Protokoll geben können!)

und, wenn möglich, zur Senkung der Nettokreditaufnahme

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wie ist es denn mit der freien Rede?)

dient eine Rücklage aus Überschüssen der Vorjahre.

Meine Damen und Herren, dieses Verfahren ist die optimale Kombination von Weitsicht und Absicherung, Herr Hauk. Es ist die optimale Kombination von Strategie und schwäbischer Hausfrau.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Frei vorgetragen wäre jetzt geklatscht worden!)

Wir treffen die Einsparentscheidungen auch zeitnah. Wir haben nämlich, Kollege Rülke, 11 600 Stellen eben in die Umsetzung gebracht, die von Ihnen als k.w.-Vermerke beschlossen, aber nicht umgesetzt wurden,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wie viele sind davon schon weg?)

2013 1 000 Stellen – das monieren Sie – und 2014 1 200 Stellen bei den Lehrern. Sie monieren das. Das Schöne – oder das Traurige – daran ist, dass Sie auf der einen Seite sagen: „Wir wollen mehr sparen und schneller sparen“ und sich dann, wenn es ums Sparen geht, auf die Straße stellen und öffentlich dagegen sind.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Das läuft alles schon bei uns.

Ich sage jetzt einmal: Die schwarz-gelbe Tigerente hatte gern Nichtstun und Treibenlassen.

(Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

Die grün-rote Ente schwimmt auch einmal gegen den Strom, auch dann, wenn es unbequem ist. Dazu stehen wir, weil wir das müssen und weil wir hinstehen können.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Was habt ihr denn jetzt vor?)

Am Sonntag bei der Beamtendemonstration – wenn ich einmal einen Tag aus der Woche von Herrn Rülke nehme – sind Sie für die volle Übertragung des Tarifabschlusses, wollen Geld wie Heu mehr ausgeben. Das hätte uns allein in dieser Legislaturperiode 1 Milliarde € mehr gekostet. Da sind Sie für 1 Milliarde € Mehrkosten. Am Montag stehen Sie hin und verlangen eine schnellere Konsolidierung des Landeshaushalts. Ich habe es durchgerechnet: Das macht 1,06 Milliarden €, die Sie weniger ausgeben wollen. Was wollen Sie denn jetzt? 1 Milliarde € Mehrausgaben oder 1 Milliarde € sparen?

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE und Abg. Wolfgang Drexler SPD: Beides!)

(Dr. Markus Rösler)

Das ist ein Widerspruch in sich. Da kann ich Ihnen nur zuzurufen: Quidquid agis, prudenter agas et respice finem! Überlegen Sie, was am Ende dabei herauskommt. Die Öffentlichkeit wird Ihnen das nicht mehr glauben.

(Abg. Winfried Mack CDU: Si tacuisses, philosophus mansisses! – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

– Ich habe auch das große Latinum. Deshalb verstehe ich das auch.

Ich kann Ihnen nur sagen, werter Kollege Rülke: Sie kritisieren an einem Tag sämtliche Einsparvorschläge von uns, und am nächsten Tag fordern Sie, dass wir mehr einsparen sollen. Das ist unglaublich. Das ist doppelzünftig. Mit dieser Doppelzünftigigkeit werden Sie in der Öffentlichkeit nicht weiter durchkommen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Präsident Guido Wolf: Für die SPD-Fraktion spricht der Kollege Maier.

Abg. Klaus Maier SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die SPD-Fraktion ist dem Rechnungshof dankbar dafür, dass er in der Denkschrift 2013 zahlreiche Vorschläge im Großen und im Kleinen gemacht hat, wie man im Landeshaushalt sparsamer und effizienter mit Steuergeldern umgehen kann.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sie setzen sie aber nicht um!)

Bei der Konsolidierung des Landeshaushalts ist uns der Rechnungshof ein wichtiger Berater und Mahner. Die Hinweise, in den Konsolidierungsbemühungen nicht nachzulassen, nehmen wir ernst. Die Konsolidierung ist jedoch eine Herkulesaufgabe, die Ausdauer und Hartnäckigkeit, aber auch Fingerspitzengefühl und eine realistische Einschätzung des Machbaren erfordert.

In diese Richtung haben wir schon einiges unternommen, wie z. B. die Vorlage des Finanzplans 2020. Sie kritisieren das. Diese Regierung hat erstmals einen Finanzplan 2020, also einen Plan, der über die mittelfristige Finanzplanung hinausgeht, aufgestellt. In diesem Plan werden Sparziele sowie Ziele mit Blick auf die Einnahmen und Ausgaben beschrieben. Das hat es zuvor noch nicht gegeben. Darin enthalten ist z. B. auch ein Abbaupfad usw.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Papier ist geduldig! Vorschläge bringen!)

Das sind Schritte hin zur Konsolidierung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Herrn Schmiedel wird vorgehalten, er mache Vorschläge, die die Bürger nicht spüren sollen. Diese gibt es,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Die Vorschläge oder die Bürger?)

und diese sind auch im Finanzplan enthalten. Diese betreffen z. B. die IT. Sie haben sich jahrelang nicht an das Thema IT herangetraut. Wir gehen dieses Thema an und sparen in diesem Bereich.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Claus Schmiedel SPD: 100 Millionen €!)

– 100 Millionen €, aufsteigend, strukturell.

(Abg. Peter Hauk CDU: Ist das alles?)

– Wir bringen dann alles bei der Diskussion über den Finanzplan im September.

Die zentrale Botschaft des Rechnungshofs ist eine Forderung nach weiteren Einschnitten im Personalbereich. Der Rechnungshof stellt uns das dritte Stellenabbaukonzept in Folge auf die Füße. Das tut weh. Es sollen 11 600 Lehrerstellen gestrichen werden. Außerdem sollen weitere 8 000 Beamtenstellen gestrichen werden. Insgesamt soll die Verwaltung um 30 000 Stellen verschlankt werden.

Ich frage mich natürlich auch – Herr Munding, die Frage geht auch an Sie –: Warum nicht früher? Wann sind denn diese Stellen geschaffen worden? Wer tat nichts in der Vergangenheit? Wer ließ es treiben?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Schwarz-Gelb! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Wer hat denn Lehrerstellen gefordert? Das waren doch Sie!)

CDU und FDP/DVP greifen das jetzt genüsslich auf. Dabei scheinen sie zu übersehen, dass dieser Stellenzuwachs eine Altlast der Vorgängerregierung ist. In der Rechnungshofdenkschrift wird das detailliert dargestellt. Es sind 5 515 Stellen neu geschaffen worden, davon über 3 600 allein in der Qualitätsoffensive Bildung und über 2 300 im Bereich der Hochschulen. Letzteres betraf das Ausbauprogramm „Hochschule 2012“.

Vergleicht man diesen Stellenzuwachs mit den bei der Regierungsbildung geschaffenen 116 neuen Stellen, denen ein Stelleneinsparprogramm von 147 Stellen gegenübersteht, dann muss man fragen: Wer betreibt eine solide Finanzpolitik, und wer hat Stellen im Übermaß geschaffen?

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Interessant sind auch die Anmerkungen zu den k.w.-Vermerken. Der Rechnungshof stellt fest, dass zwischen 2008 und 2014 zwischen 11 000 und 17 000 k.w.-Vermerke geschaffen wurden. Diese Zahl zeigt, dass die Vorgängerregierung eine schwere Last vererbt hat. Allein im Kulturbereich gab es 8 500 k.w.-Stellen, und – das bestätigt der Rechnungshof – erst die neue Landesregierung hat sich dieses Themas angenommen und will 11 600 Stellen abbauen.

Das geht aber nicht sofort und auf Knopfdruck. Der Doppelhaushalt 2013/2014 markiert jedoch einen Einstieg in den schrittweisen Abbau dieser Stellen. Meine Damen und Herren von der Opposition, das ist auch ein Teil des Finanzplans 2020, wie wir damit umgehen. Wir haben uns getraut, wir ha-

(Klaus Maier)

ben das gemacht, obwohl schwierige politische Diskussionen anstanden. Sie haben sich damals nicht herangetraut.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Die SPD-Fraktion steht aber auch dazu, dass man in manchen Bereichen – z. B. bei der Polizei – einen Stellenaufbau vornehmen muss.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ministerien!)

Die Einstellung von 400 Polizeianwärtern war richtig,

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Zentralstellen der Ministerien!)

um dem demografischen Wandel zu begegnen. Für ganz wichtig halten wir einen Stellenaufbau in der Steuerverwaltung.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

500 weitere Steuerprüfer und 500 weitere Ausbildungsplätze sichern dem Land Steuereinnahmen in einer vielfachen Höhe der dafür aufgewendeten Personalkosten. Diese bessere personelle Ausstattung der Steuerverwaltung nach einem jahrelangen Personalabbau hat im Übrigen auch der Rechnungshof in vielen einzelnen Denkschriftbeiträgen angemahnt und erwähnt.

Herr Rechnungshofpräsident Munding hat darauf hingewiesen, dass Personalreduzierungen nicht von heute auf morgen gelingen. Auch die Reduzierung des Defizits gelingt nicht von heute auf morgen. Dafür brauchen wir einen Konsolidierungspfad. Dieser Pfad ist steinig, er kostet uns schwere Diskussionen. Die grün-rote Landesregierung ist aber gewillt, diesen Pfad zu begehen.

Weitere Sparmaßnahmen und Konsolidierungsmaßnahmen werden im Zweiten Nachtrag zum Doppelhaushalt 2013/2014 angestrebt. Wir sind gespannt, wer uns dann dabei unterstützt. Denn bei allen Sparmaßnahmen, die wir bisher vorgeschlagen haben – vor allem im Personalbereich –, vermisste ich natürlich die Unterstützung.

Für die SPD-Fraktion kann ich feststellen, dass wir die Arbeit des Rechnungshofs schätzen und uns in diesem und voraussichtlich auch noch im kommenden Jahr intensiv und mit der gebotenen Sorgfalt im Finanz- und Wirtschaftsausschuss mit den Vorschlägen des Rechnungshofs auseinandersetzen. Wir gehen die Probleme an. Wir konsolidieren den Haushalt.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wann? – Gegenruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Schon begonnen! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Wann und wie?)

Wir machen das mit Weitsicht und Fingerspitzengefühl.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Präsident Guido Wolf: Für die Landesregierung spricht der Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid.

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal zu den Fakten. Diese Landesregierung hat in den knapp zweieinhalb Jahren ihrer Regierungszeit noch nicht einen Euro neue Schulden gemacht.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Lachen der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Wenn man 4 Milliarden € mehr einnimmt! – Weitere Zurufe)

2011 stand die Null, 2012 stand die Null,

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Sie sollen bei Mehreinnahmen Schulden abbauen! Das ist das Thema!)

und auch im Jahr 2013 haben wir dem schwarz-gelben Schuldenberg bis zum heutigen Tag keinen einzigen Euro hinzugefügt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Claus Schmiedel SPD: Jetzt, Herr Rülke!)

Angesichts der schweren Erblast, die Sie uns hinterlassen haben, ist das keine Selbstverständlichkeit.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Jesses! Vor allem, wenn man neue Stellen schafft! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Das ist die halbe Wahrheit, Herr Minister! – Weitere Zurufe von der CDU und der FDP/DVP)

Bei einem strukturellen Defizit von 2,5 Milliarden €,

(Abg. Peter Hauk CDU: Das müssen Sie uns einmal vorrechnen! – Gegenruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Landesrechnungshof! Strukturelles Defizit!)

das uns die Herren Mappus, Rülke und Hauk vererbt haben, kann es allerdings nicht bleiben. Das weiß jeder. Aber wir haben einen klaren Weg in eine Zukunft ohne neue Schulden eingeschlagen mit dem Ziel, bis zum Jahr 2020 entlang der Verfassung einen strukturell ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Während die Opposition große Reden schwingt, haben wir längst gehandelt.

(Zuruf von der CDU: Das ist auch Ihre Aufgabe!)

Allerdings, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen von der Opposition: Wenn Sie einfordern, dass die Nullneuerschuldung vor 2020 erreicht werden soll, müssen Sie liefern, nicht wir. Da ist bei Ihnen Fehlangeize.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Lachen der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch und Karl-Wilhelm Röhm CDU – Abg. Peter Hauk CDU: Entschuldigung, wir haben seit 2008 Nullneuerschuldung! Das ist doch Ihr Problem!)

Wir handeln. Wir schließen die Deckungslücke Stück für Stück bis 2020. Dafür machen wir Vorschläge. Nein, wir machen nicht nur Vorschläge, sondern wir haben schon gehandelt.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wir setzen um!)

(Minister Dr. Nils Schmid)

Wenn Sie allerdings mehr wollen, wenn Sie schon 2016 oder gar sofort die Nullneuerschuldung erreichen wollen, dann müssen Sie als Opposition Vorschläge machen. Das ist dann Ihre Aufgabe.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es! Genau!)

Wir haben allein in den ersten zweieinhalb Jahren unserer Regierungszeit die Weichen dafür gestellt, dass wir das strukturelle Defizit durch konkrete Maßnahmen, die bis 2020 wirksam werden, um 900 Millionen € vermindern.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Taschenspielertrick!)

Damit haben wir nach zweieinhalb Jahren schon eine beträchtliche Wegstrecke zurückgelegt. Ich finde, das ist eine reife Leistung dieser Regierung.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Deshalb bin ich etwas verwundert, dass ausgerechnet die „Fraktion der Verbalsparer“ die Aktuelle Debatte zu diesem Thema beantragt hat. Ich kann Ihnen dazu nur gratulieren. Denn ich freue mich jedes Mal, den Unterschied zwischen Ihrer und unserer Politik aufzuzeigen: Sie sparen verbal, wir sparen real. Deshalb ist es gut, dass wir regieren und Sie in der Opposition sind.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Schauen wir uns doch einmal an, was real hinter Ihren großen Worten des Sparens steckt. Man merkt schnell: Mit Ausnahme – das gestehe ich Ihnen zu – der Wiedereinführung von Studiengebühren haben Sie nichts in der Tasche.

Beispiel Beamtenbesoldung:

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Polizeiform! Nationalpark!)

Herr Rülke, zunächst haben Sie per Pressemitteilung am 15. März die frohe Botschaft verlauten lassen, man möge den Tarifabschluss für die Angestellten des öffentlichen Dienstes ohne Abstriche auf die Beamten übertragen. Dann, im Laufe der Gesetzesberatungen in der letzten Woche, haben Sie gesagt: Na ja, man könnte die Verschiebung der Anpassung mitmachen, aber dafür sollte man die befristete Absenkung der Eingangsbesoldung zurücknehmen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Genau! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Klare Linie!)

Jetzt sage ich Ihnen: Erstens ist das alles andere als eine klare Linie, und zweitens würden Sie eine der wesentlichen strukturell wirkenden Einsparmaßnahmen zurücknehmen, um eine Verschiebung durchzuführen. Was das mit realem Sparen zu tun haben soll, müssen Sie uns noch erklären.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Bravo! – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Rülke?

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Immer gern.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Minister, Sie sprachen gerade von einer befristeten Maßnahme. Ist diese Maßnahme jetzt befristet oder strukturell?

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Herr Dr. Rülke, Sie sind Mitglied des Finanz- und Wirtschaftsausschusses, wissen also: Die Eingangsbesoldung wird, befristet auf drei Jahre, für jeden neu eingestellten Beamten auf Dauer abgesenkt.

(Zuruf von der SPD: Das war ein solcher Blattschuss!)

Das ist die Beschlusslage. Sie haben genau diese Beschlussfassung abgelehnt und sich damit nicht in die Verantwortung für das Sparen begeben.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Claus Schmiedel SPD: Und auch beim Beamtenbund dagegen gewettert! – Abg. Peter Hauk CDU: Warum sprechen Sie dann von „strukturell“? – Gegenruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Weil es dauerhaft ist!)

Wir erläutern es Ihnen gern noch einmal: Jeder neu eingestellte Beamte muss, befristet auf drei Jahre, eine Absenkung der Eingangsbesoldung hinnehmen. Das gilt auf Dauer. Deshalb ist es ein struktureller Einsparbeitrag, den Sie abgelehnt haben, weil Sie sich aus der Verantwortung für dieses Land stellen, meine sehr verehrten Damen und Herren von CDU und FDP/DVP.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Zweites Beispiel: Stelleneinsparungen. Wieder große Worte, man müsse die Nullneuerschuldung schon vor 2020 erreichen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Gerade haben Sie sich gebrüstet, Sie machten keine Schulden!)

Aber wenn es konkret wird, nämlich beim Auslaufenlassen von Lehrerstellen, dann, liebe FDP/DVP, sprechen Sie, wie am 29. April dieses Jahres, von „massiver Streichung“ oder, wie am 18. April dieses Jahres, von „unmäßiger Sparwut der Koalition“. Ja, was wollen Sie denn? Wollen Sie sparen oder nicht?

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Doppelzüngig!)

Jetzt komme ich zu den Fakten, die dankenswerterweise der Rechnungshof, Herr Munding, in seiner Denkschrift aufgeführt hat, nämlich zu der Frage: Wie sieht es mit dem Vollzug von k.w.-Vermerken aus? Wie ist der Personalabbau seit 2008 vorangeschritten? Tatsache ist – das ist zu Recht festgestellt worden –: Im Vergleich zu 2008 ist die Zahl der k.w.-Vermerke im Landeshaushalt um 6 000 auf 17 000 gestiegen. Das hat etwas damit zu tun, dass Sie sich jahrelang vor der Verantwortung gedrückt haben, k.w.-Vermerke zu vollziehen, meine sehr verehrten Damen und Herren von CDU und FDP/DVP.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Glocke der Präsidentin)

Stelly. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Hauk?

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Jetzt nicht, weil ich gerade etwas erläutere. – Sie haben über 8 000 Lehrerstellen mit einem k.w.-Vermerk versehen, den Vollzug aber immer weiter hinausgeschoben – in der letzten Fassung Ihrer Finanzplanung sogar bis 2014.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE zu CDU und FDP/
DVP: Und jetzt kritisieren, wenn wir es machen!)

Sie haben außerdem die Qualitätsoffensive Bildung angefangen und diese nicht durchfinanziert. Das führt rechnerisch dazu, dass man im Laufe der nächsten Jahre noch einmal über 3 000 Lehrerstellen wegfallen lassen muss, um die strukturelle Lücke, die Sie zu verantworten haben, zu schließen. Insofern ist klar: Wir haben den Personalstellenabbau angepackt, während Sie diese Aufgabe immer wieder auf die lange Bank geschoben haben, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Der Gipfel waren die Haushaltsberatungen 2012, in denen Sie von der CDU sogar noch mehr Lehrerstellen beantragt haben, obwohl es allmählich eine demografische Rendite gibt und wir zumindest einen Teil dieser Rendite für den Landeshaushalt abschöpfen können.

Sie sehen also: Zum zentralen Punkt „Reduktion der Ausgaben für Personal“ – auf das Personal entfallen immerhin über 40 % der Ausgaben im Landeshaushalt – haben Sie keinen einzigen konkreten Beitrag geleistet. Jede Maßnahme, die wir angeboten und beschlossen haben, haben Sie abgelehnt. Damit ist klar, wer hier verbal und wer hier real spart, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Jetzt komme ich zur zweiten Aussage, die mit der Denkschrift des Rechnungshofs sehr stark verbunden wird – auch medial –, nämlich zur Modellrechnung. Die Modellrechnung besagt, dass man 30 000 Stellen streichen müsste, um das strukturelle Defizit im Landeshaushalt rechnerisch auszugleichen. Ich sage Ihnen ganz offen: Das ist eine Modellrechnung. Sie hilft uns in der praktischen Politik nicht wirklich weiter. Denn eines ist klar: 30 000 Stellen werden wir bis 2020 in diesem Landeshaushalt nicht streichen können, ohne massive Eingriffe im Bereich der inneren Sicherheit, der Justiz, der Hochschulen, der Schulen und der allgemeinen Verwaltung vorzunehmen. Deshalb habe ich mich gewundert, dass Sie, Herr Kollege Hollenbach, in diesem Zusammenhang von einem gangbaren Weg gesprochen haben.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

Wie wollen Sie, sehr verehrte Damen und Herren von der CDU, 30 000 Stellen bis 2020 streichen?

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Sehr gut! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Genau!)

Legen Sie Vorschläge vor. Ich sage Ihnen: Das ist nicht realistisch.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Deshalb haben wir, z. B. im Bereich der Lehrer, schwierige Entscheidungen getroffen, die wir Schritt für Schritt bis 2020 in den einzelnen Haushalten umsetzen werden. Das sind schon sehr mutige Entscheidungen. Wir werden uns weiterhin den Personalbereich, die Personalkosten anschauen müssen.

Aber genauso klar ist: Angesichts des Leistungsumfangs und der guten Leistung in der öffentlichen Verwaltung werden wir die Konsolidierung des Haushalts nicht nur auf der Ausgabe-seite durchführen können. Das ist ein klares Bekenntnis dieser Landesregierung: Wir werden auch mehr Einnahmen brauchen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Thomas Poreski GRÜNE)

An einer Schlüsselzahl für den Landeshaushalt kann man das wunderbar festmachen, und zwar an der Steuerquote. Obwohl wir in der Tat ein erfreuliches Anwachsen der Steuereinnahmen haben

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Erfreulich!)

– ein sehr erfreuliches Anwachsen –, ist die Steuerquote für den Landeshaushalt immer noch unter dem Niveau von vor der Krise,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Weil Sie so viel ausgeben!)

weil die Ausgaben – Stichwort Personal- und Pensionsausgaben – besonders hoch sind. Im Verhältnis dazu sind die Ausgaben für einen Nationalpark Nordschwarzwald relativ gering.

(Staatssekretär Ingo Rust: Die sind noch gar nicht drin!)

Deshalb besteht bei den öffentlichen Haushalten in Deutschland angesichts der Fülle von Aufgaben, die wir in den Bereichen Bildung, Betreuung, Infrastruktur, Wissenschaft und Forschung zu Recht einfordern, das Problem einer strukturellen Unterfinanzierung.

Deshalb sage ich Ihnen an dieser Stelle: Keine neue Bundesregierung, kein Bundesrat wird in den nächsten Jahren umhinkommen, einige Steuern – insbesondere diejenigen betreffend, die über ein hohes Einkommen verfügen – zu erhöhen. Das ist die Wahrheit. Andernfalls werden Sie sich wieder in Schulden flüchten müssen. Genau das wollen wir nicht.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sie machen doch welche! – Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Ihre Wahrheit!)

Herr Kollege Hollenbach hat beklagt, wir würden in unseren Planungen für die nächsten Jahre einen Zuwachs der Steuereinnahmen um 1 Milliarde € unterstellen. Diese Planungen entspringen nicht einem wirren Einfall der grün-roten Landesregierung,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Steuerschätzung!)

(Minister Dr. Nils Schmid)

sondern basieren auf der Steuerschätzung. Diese Zahlen stammen von Herrn Schäuble;

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es, Herr Hollenbach!)

er unterstellt diese Zahlen auch in seiner mittelfristigen Finanzplanung. Unabhängige Steuerschätzer gehen von diesen Zahlen aus. Deshalb sind die Zahlen nicht angreifbar, es sei denn, Sie finden, dass Herr Schäuble seine Finanzplanung auf Sand gebaut habe.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD
– Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es! – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Kößler?

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Ja.

Abg. Joachim Kößler CDU: Herr Minister, kennen Sie das Laffer-Theorem? Es gibt einen Punkt, ab dem bei einer Erhöhung des Steuersatzes die Steuereinnahmen geringer werden.

(Zuruf von der SPD: Davon sind wir noch kilometerweit entfernt!)

Genau das ist die Grundauseinandersetzung, die wir haben. Sie glauben, durch eine Erhöhung des Steuersatzes erhalten Sie mehr Einnahmen. Wir glauben, dass es einen Punkt gibt, an dem man Steuern nicht erhöhen darf, weil damit das Steueraufkommen sinkt. Das ist unsere Grundauseinandersetzung.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Also 20 000 Leute entlassen!)

Wir fordern Sie auch im Interesse des Mittelstands in Baden-Württemberg auf, noch einmal zu überlegen, ob es der richtige Weg ist, Steuersätze insgesamt zu erhöhen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Insgesamt machen wir doch gar nicht!)

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Herr Kollege Kößler, ich gebe Ihnen ausdrücklich recht: Das Laffer-Theorem ist Glaubenssache.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Arthur Laffer, ein Ökonom, der nicht aus dem Mainstream der Wirtschaftswissenschaften stammt, hat Herrn Präsident Reagan auf einer Serviette diese berühmte Kurve aufgezeigt und gesagt: „Es gibt irgendwann einen Scheitelpunkt, an dem diese Effekte kippen.“ Bislang gibt es aber keinen empirischen Nachweis dafür, dass zumindest in Deutschland dieser Punkt erreicht wäre.

(Abg. Winfried Mack CDU: Wollen Sie es ausprobieren? – Abg. Karl Zimmermann CDU: Noch mehr Steuern erhöhen!)

Insofern können Sie das glauben. Ich sage Ihnen: Die Empirie und die Fakten in Deutschland sprechen dagegen. Das will ich mit einem Beispiel unterstreichen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Jetzt haben Sie sich verraten!)

Bei der Einkommensteuer gab es eine Steuererhöhung:

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

In Deutschland wurde für besonders hohe Einkommen ein zusätzlicher Steuersatz eingeführt. Dieser wurde gemeinsam vereinbart – ich meine sogar, in der Großen Koalition. Tatsache ist: Dieser gilt immer noch, auch unter der von CDU/CSU und FDP geführten Bundesregierung. Die Effekte dieser Steuererhöhung waren nicht so, dass sich das Steueraufkommen rückläufig entwickelt hätte. Insofern ist zumindest für Deutschland das Glaubenstheorem von Herrn Laffer widerlegt und keine Grundlage für eine vernünftige Steuerpolitik.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Haushaltskonsolidierung braucht in der Tat Einnamewachstum. Das Beste ist, dass dieses aus dem Wirtschaftswachstum generiert wird.

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: So ist es!)

Daher lautet auch die Prognose der Steuerschätzer, dass die Wirtschaft weiter wachsen wird und die Steuereinnahmen entsprechend zunehmen werden.

Wir brauchen aber auch das Element einer Steuererhöhung für die hohen Einkommen in Deutschland. Wir gehen mit Maß und Mitte vor.

(Abg. Winfried Mack CDU: Das glaubt Ihnen kein Mensch!)

Die Landesregierung unterstützt insbesondere die Erhöhung des Spitzensteuersatzes und des Kapitalertragsteuersatzes. Das haben wir im Bundesrat dokumentiert.

(Abg. Peter Hauk CDU: Erbschaftsteuer, Vermögensabgabe!)

Genauso klar ist, dass wir, der Ministerpräsident und ich, uns bei der sensiblen Frage der Vermögensteuer klar dazu bekannt haben,

(Abg. Peter Hauk CDU: Aber sonst niemand! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Was ihr zu melden habt, das haben wir ja gesehen!)

dass Betriebsvermögen ausgenommen werden müssen. Das hat in das Wahlprogramm der SPD Eingang gefunden. Das ist hinsichtlich des Wahlprogramms der Grünen auf dem Parteitag diskutiert worden.

(Zuruf von der CDU: Das stimmt doch gar nicht! – Gegenruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD: Natürlich stimmt es!)

Ich sage Ihnen: Das Land Baden-Württemberg wird einer Vermögensteuer, die Betriebsvermögen nicht verschont, nicht zustimmen. Das ist eine klare Haltung dieser Landesregierung und ein klares Bekenntnis zum Mittelstand in Baden-Württemberg.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

(Minister Dr. Nils Schmid)

Meine Damen und Herren, Sie sehen, die Sanierung des Landeshaushalts ist eine Herkulesaufgabe. Wir gehen sie entschlossen an.

Ich will auch noch einmal dem Rechnungshof, dem Präsidenten, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, danken, dass sie uns Jahr für Jahr über Denkschriften und Beratende Äußerungen wichtige Hinweise geben. Ich freue mich – in Erinnerung an die vorletzte Plenardebatte, in der Staatssekretär Rust zur Denkschrift reden konnte –, dass Herr Präsident Munding dies hier in seiner Jungferrede als Rechnungshofpräsident ausdrücklich gewürdigt hat.

Wir haben beispielsweise ein lange liegen gebliebenes Anliegen des Rechnungshofs entschieden angepackt, nämlich die Zentralisierung der IT in der Landesverwaltung. Das ist ein ganz wichtiger Konsolidierungsbeitrag. Wer hat das Thema liegen lassen? Sie waren das. Wer hat es angepackt? Wir waren das. Richtig so – gut gemacht, grün-rote Landesregierung.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir werden deshalb den Weg der Konsolidierung entschieden weitergehen. Die Regierung der Realsparer wird sich auch von einer Opposition von Verbalsparern nicht davon abbringen lassen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Rülke.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Finanzminister Schmid, Sie haben sich hier an dieses Rednerpult gestellt

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Natürlich! Wo soll er denn sonst stehen?)

und haben erklärt – ich zitiere –: „Wir haben noch nicht einen Euro neue Schulden gemacht.“ Jeder konnte sehen, wie Sie sich selbst vor Ihrem geistigen Auge auf die Schulter geklopft haben.

(Zuruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

Herr Minister, ich frage Sie: Warum behaupten Sie dann ständig, es ginge nicht? Sie behaupten doch ständig, man komme ohne neue Schulden nicht aus. Sie erzählen, das Land Baden-Württemberg könne erst im Jahr 2020 einen ausgeglichenen Haushalt hinbekommen. Die Opposition träume, wenn sie erklärt, es gehe sofort.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja! Strukturell! Nicht kapiert!)

Die FDP/DVP träume, wenn sie den Kompromissvorschlag macht, 2016 ohne neue Schulden auszukommen,

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Das ist der Unterschied zwischen Ihnen und uns! Sie träumen!)

Sie selbst aber stellen sich hier hin und erklären: „Wir machen keinen Euro neue Schulden.“ Meine Damen und Herren, die-

se Logik müssen Sie der Bevölkerung in Baden-Württemberg einmal erklären.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Sie stellen sich hier hin und sagen: „Wir haben keinen Euro neue Schulden gemacht!“,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Dann freuen Sie sich doch!)

gleichzeitig jedoch lassen Sie sich vom Landtag von Baden-Württemberg 3,3 Milliarden € neue Schulden genehmigen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Aber die hat er nicht aufgenommen!)

Was ist denn das für eine Politik, meine Damen und Herren?

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Dann erklären Sie, Herr Minister Schmid, es handle sich um einen schwarz-gelben Schuldenberg.

(Staatssekretärin Dr. Gisela Splett: Ja! – Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Ja, natürlich! – Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Daraufhin hat der Fraktionsvorsitzende Schmiedel – man wird es sicherlich im Protokoll nachlesen können – zu mir herübergerufen: „Jetzt, Herr Rülke!“ Ich habe ihm zugesichert, darauf einzugehen. Offensichtlich hat er sich deshalb vom Acker gemacht.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Eine Träne! – Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Peinlich! – Weitere Zurufe – Unruhe)

Ich war gestern beim Sommerfest der SPD-Fraktion,

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Na so was!)

und ich habe nicht nur die Eröffnungsrede von Herrn Schmiedel gehört – so, wie Sie Ihre „Politik des Gehörtwerdens“ immer verstehen –, sondern ich habe auch zugehört.

(Zurufe: Nein!)

Was hat Herr Schmiedel erklärt? Er hat sich genauso auf die Schulter geklopft wie der Finanzminister und hat erklärt: „Diese SPD ist in Baden-Württemberg 22 Jahre lang Regierungspartei.“ Dann, meine Damen und Herren, ist es aber auch Ihr Schuldenberg, und dann können Sie nicht immer nur erzählen, es handle sich um einen schwarz-gelben Schuldenberg.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Martin Rivoir SPD: Jetzt sind wir aber arg getroffen! Das hat gegessen!)

Herr Finanzminister, Sie sagen, 30 000 Stellen bis zum Jahr 2020 abzubauen sei nicht leistbar. Ich gebe Ihnen da ausdrücklich recht.

(Zuruf von der SPD: Oh!)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Auch die FDP/DVP-Fraktion verlangt nicht, bis zum Jahr 2020 30 000 Stellen abzubauen.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Sondern?)

Aber Sie selbst haben angekündigt, 5 000 Stellen abbauen zu wollen – über die 11 600 Lehrerstellen hinaus. Wir haben aber auch am heutigen Tag von Ihnen kein Sterbenswörtchen dazu gehört,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Muss er doch nicht machen!)

wo das geschehen soll, Herr Minister. Es ist jedoch Ihre Pflicht als Finanzminister, dass Sie, wenn Sie solche Zahlen in die Welt setzen, diese auch irgendwann einmal konkretisieren. Das erwarten wir von Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Aber erst im Haushalt!)

Dann, Herr Kollege Rösler, haben Sie erklärt, ich hätte am Sonntag, bei der Demonstration des Beamtenbunds, die volle, zeitgleiche Übertragung des Tarifabschlusses verlangt.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das war am Samstag!)

Erstens, Herr Rösler, war die Demonstration am Samstag.

(Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sonntag wäre auch eine Sensation gewesen!)

Zweitens, Herr Rösler: Bei dieser Demonstration war ich nicht anwesend.

Drittens: In der vergangenen Woche, Herr Rösler – der Finanzminister hat es zitiert –, hat die FDP/DVP-Fraktion angeboten, diese verzögerte Anpassung mitzutragen, wenn man das Sonderopfer für die jungen Beamten abschafft.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Herr Rösler, Sie reihen sich ein in die Politik des Gehörtwerdens, die aber selten irgendetwas erhört, geschweige denn irgendetwas versteht.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Haben Sie nicht aufgepasst? – Dem Redner wird das Ende seiner Redezeit angezeigt. – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Abg. Dr. Rülke, ich bitte Sie, zum Schluss zu kommen.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ich komme zum Ende. – Dann, Herr Rösler haben Sie sich als sozusagen eklektizistischer Historiker hervorgetan.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

– Das ist ein Historiker, Herr Drexler, der das auswählt, was ihm passt. Das ist Eklektizismus.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ich hatte gedacht, Sie hatten „ekelhafter“ Historiker gesagt! – Heiterkeit)

– Nein, nicht „ekelhaft“. Herr Drexler, das würde ich gegenüber Herrn Rösler nie sagen.

(Dem Redner wird das Ende seiner Redezeit angezeigt. – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Dr. Rülke, ich bitte Sie, zum Ende zu kommen. Sie haben Ihre Redezeit bereits um zwei Minuten überzogen.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Er musste ihm doch erklären, was Eklektizismus ist! – Zuruf des Abg. Klaus Herrmann CDU)

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Jawohl, ich musste Ihrem Kollegen Vizepräsidenten zunächst etwas erklären. Ich bitte Sie, mir dafür Zeit gutzuschreiben.

(Unruhe)

Sie sind in die Vergangenheit gegangen und haben erklärt, im Jahr 2002 sei das und das gewesen. Sie haben dann ausgelassen, was in den Jahren 2008 und 2009 war,

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Nein, ich habe die Bilanz gezogen! 2011!)

nämlich keine Neuverschuldung. Vor allem haben Sie das gemacht, was ein Historiker vielleicht machen darf, was ein Politiker aber nicht machen sollte: Sie haben kein einziges Wort über Ihre eigene Regierungsverantwortung und über Ihren eigenen Weg zur künftigen Nullneuverschuldung verloren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Doch, das habe ich! Drei konkrete Beispiele! Sie haben nicht zugehört!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Das Wort für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Dr. Rösler.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: „Regierungsabgeordneter“!)

Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Werter Kollege Rülke, da haben Sie einfach nicht aufgepasst. Ich habe Ihnen hintereinander drei ganz konkrete Schritte benannt, in denen das erfolgt:

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Nämlich?)

der Finanzplan,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Der Finanzplan, in dem nichts drinsteht!)

die Orientierungspläne und die Rücklagen, die wir gebildet haben,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aber wo wollen Sie denn sparen?)

um zu sparen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sagen Sie doch mal, wo Sie sparen wollen!)

(Dr. Markus Rösler)

Dann muss man schon noch einmal feststellen, Herr Rülke – ich komme noch einmal darauf zurück –: Nicht nur der Unterschied zwischen Sonntag und Montag ist bei Ihnen groß – das war symbolisch gemeint; ich unterstelle, dass Sie es eigentlich verstanden haben

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nein! Er versteht keine Symbolik!)

und es nur anders wiedergegeben haben, auch wenn Kollegen von der SPD meinen, Sie hätten es vielleicht gar nicht verstanden;

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ich glaube das auch!)

das kann vielleicht auch sein –, sondern es ist noch schlimmer: Selbst innerhalb von Stunden widersprechen Sie sich. Letzte Woche im Finanzausschuss war der einzige strukturelle Vorschlag, der gebracht wurde – –

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Letzte Woche war gar kein Finanzausschuss!)

Innerhalb einer Stunde haben Sie zuerst strukturelle Vorschläge abgelehnt, sich quasi vom Acker gemacht, wenn es darum geht, strukturell zu sparen, und danach gefordert, wir sollen bis 2016 die Nullneuerschuldung erreichen. Das ist einfach nicht seriös, Herr Rülke.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ich bin schon einmal gespannt, wie es sich bezüglich der 30 000 Stellen, die Sie so wohlwollend kommentieren, verhält.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Das Erste ist: Darin ist eine Symbolik enthalten. Denn das würde bedeuten, dass Sie den Abbau des strukturellen Defizits von 1,5 Milliarden € zu 100 % über Personalkosten und Stellen umsetzen wollten. Ich unterstelle, dass das niemand hier im Haus will.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Die Opposition schon!)

Die Personalkosten machen 42,5 % des Landshaushalts aus. Entsprechend sollte dann auch der Anteil der einzusparenden Personalkosten in dieser Größenordnung liegen. Das heißt, die Einsparung sollte nicht bei 30 000 Stellen, sondern bei 42,5 % liegen. Dann kommen wir zu einer Größenordnung, die wir durch die Lehrereinsparung erreichen können. An dieser Stelle sage ich Ihnen: Diese Einsparungen sind kein Zuckerschlecken für uns; sie sind sehr unangenehm für uns.

(Abg. Friedlinda Gurr-Hirsch CDU: Deswegen macht ihr Gemeinschaftsschulen, gell? – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abg. Rapp?

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Dr. Rapp! So viel Zeit muss sein!)

Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Aber selbstverständlich.

Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Vielen Dank. – Kollege Rösler, halten Sie die nicht vorhandene Finanzplanung für den Nationalpark für seriös?

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Die nicht vorhandene Finanzplanung

(Abg. Winfried Mack CDU: Die nicht vorhandene!)

für den Nationalpark wird, wie Sie bestens wissen, Kollege Rapp, über den Nachtragshaushalt 2013 nachgeholt.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Sind Sie sich mit der SPD schon einig?)

Schneller wollten wir es nicht. Ich glaube, es ist auch im Interesse der CDU, dass wir zuerst den politischen Beschluss fassen, dass wir den Nationalpark einrichten wollen, und erst dann die Finanzierung angehen,

(Lachen bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Karl Zimmermann CDU: Erst kauft man das Auto, dann guckt man, wo man das Geld herkrieg!)

wenn wir wissen, wie groß die Kulisse ist. Der Nachtragshaushalt 2013 wird dieses Thema mit aufgreifen; da besteht Konsens.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Lieber keine Zwischenfragen mehr zulassen! – Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Jetzt noch einmal zu Ihrem Vorgehen im Finanz- und Wirtschaftsausschuss, Herr Kollege Rülke. Das ist einfach unseriös von Ihnen. Wir stehen hin und machen die Politik, die erforderlich ist, um von den strukturellen Schulden herunterzukommen. Das ist unangenehm für uns. Darum muss man gar nicht herumreden.

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Für euch ist alles unangenehm!)

Natürlich protestieren die Lehrer, natürlich protestieren die Eltern, weil es hier Einschnitte gibt. Die Frage ist nur: Warum machen Sie sich vom Acker?

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Genau! – Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Weil sie Feiglinge sind!)

Warum tauchen Sie ab, wenn es darum geht, strukturell zu sparen? Es ist ganz billig, einerseits in den Reden zu sagen: „Wir wollen strukturell sparen“, andererseits aber dann, wenn es darum geht, dies umzusetzen, sich vom Acker zu machen. Ich zitiere hierzu einen lateinischen Ausspruch: „Hic Rhodus, hic salta.“ Hier ist Rhodos, hier müssen Sie sparen. Wir sind einmal gespannt, wann Sie konkrete Vorschläge dazu bringen, wie schon 2016 die Nettonull erreicht werden soll.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Es wird schwierig genug sein, diese bis 2020 strukturell zu erreichen. Zeigen Sie doch einmal anhand von konkreten Vorschlägen auf, wie sie bereits 2016 erreicht werden soll. Darauf bin ich einmal gespannt.

(Dr. Markus Rösler)

Zum Schluss darf ich noch aus der Erinnerung aus dem Vorwort der Denkschrift des Rechnungshofs zitieren, in dem es heißt, dass die Maßnahmen, die Grün-Rot bezüglich der Lehrerstellen ergriffen hat, quasi der Idealfall dessen seien, was sich der Rechnungshof wünscht.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Genau!)

Die Situation ist nämlich, dass – der Rechnungshof hat dies verschiedentlich bestätigt – wir als Erste überhaupt bereit waren, in nennenswertem Umfang strukturelle Einsparungen im Personalbereich anzugehen. Das ist eine sehr unangenehme Aufgabe. Wir werden sie aber weiterverfolgen, weil wir dies müssen und zugleich wollen. Wir würden uns freuen, wenn Sie, Herr Kollege Rülke und auch die Kolleginnen und Kollegen von der CDU, uns dabei unterstützen würden und nicht gleichzeitig sagen würden: „Da können wir jetzt aber nicht sparen.“

Danke.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Maier.

Abg. Klaus Maier SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich will zwei Anmerkungen machen. Erstens zur Steuerpolitik: Wir veranschlagen einen Betrag an zusätzlichen Steuereinnahmen in der Finanzplanung 2020.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Nein, den gibt es gar nicht!)

Es ist richtig, es ist ehrlich, diesen Betrag hineinzuschreiben. Das ist hart, das kostet uns auch viele Diskussionen. Aber es ist auf jeden Fall ehrlicher.

Herr Rülke, Sie haben bei der letzten Wahl von Steuersenkungen gesprochen und haben nichts gemacht, nichts hinkommen. Man muss auch einmal sagen, dass das Versprechen waren, die nicht eingehalten wurden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Muhterem Aras GRÜNE – Abg. Klaus Herrmann CDU: Hättet ihr bei Steuersenkungen mitgeholfen? – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Die kalte Progression kommt von Ihnen, und dann Krokodilstränen weinen!)

Diese Steuereinnahmen, die wir veranschlagen – das kommt gleichzeitig dazu –, sind maßvoll. Wir gehen dabei maßvoll vor. Das Betriebsvermögen soll verschont werden. Sie kennen die Diskussion.

(Zuruf des Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU)

Wir brauchen diese Einnahmen. Wir brauchen sie für Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur und auch für Investitionen in die Bildung. Es geht nicht ohne zusätzliche Hilfe, die Vorhaben in Bezug auf Ganztagschulen oder Inklusion umzusetzen. Wir brauchen Einnahmen. Wir brauchen auch die Aufhebung des Kooperationsverbots.

Sparen allein wird nicht reichen. Jede siebte Stelle in der Landesverwaltung zu streichen würde bedeuten, alles, was man

aufgebaut hat, was auch gut läuft, würde radikal gekürzt. Das ist kein Weg. Darum diese Einnahmepolitik.

Einnahmepolitik machen auch Sie. Sie sagen es bloß nicht so offen. Sie machen Einnahmepolitik nicht mit den Reichen; das ist klar, das haben wir gesehen. Sie machen sie mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern,

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Was haben Sie denn für ein verschrobenes Geschichtsbild?)

die weite Strecken zur Arbeit fahren müssen. Das ist die Maut. Das kommt von Ihnen. Das ist doch auch Geld, das man einnimmt.

Deswegen: Wir sind ehrlich bei den Steuern. Seien auch Sie ehrlich, und sagen Sie, dass man diese Einnahmen braucht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Köbller?

Abg. Klaus Maier SPD: Ja.

Abg. Joachim Köbller CDU: Kollege Maier, Ihnen dürfte doch bekannt sein, dass die Steuerpläne der jetzigen Opposition in Berlin im Grunde genommen schon bei sehr niedrigen Einkommen, das heißt bei Facharbeitereinkommen, greifen

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: 10 000 €! „Handelsblatt“!)

und natürlich eine zusätzliche Belastung für den Mittelstand darstellen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wo denn?)

Ich habe vorhin den Finanzminister gefragt, wie sich das für den Mittelstand darstellt. Welche Auswirkungen hat das aus Ihrer Sicht als finanzpolitischer Sprecher der SPD auf den Mittelstand in Baden-Württemberg, auf die Facharbeiter, auf vieles mehr? Glauben Sie wirklich, dass Sie durch Steuererhöhungen mehr Steuereinnahmen bekommen? Oder ist es nicht so, dass dadurch die Leistungsbereitschaft in Baden-Württemberg, insbesondere die des Mittelstands, geschwächt wird?

Abg. Klaus Maier SPD: Herr Köbller, ich kann Ihnen die Steuergrenzen der SPD nennen: Bei der Einkommensteuer sind es 100 000 € bei Alleinverdienern und 200 000 € bei Doppelverdienern.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Da ist der richtige Facharbeiter dabei!)

Ehepaare, deren jährliches Einkommen darüber liegt

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Zu versteuerndes Einkommen!)

– zu versteuerndes Einkommen –, haben starke Schultern und können solche Lasten mittragen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

(Klaus Maier)

Ich habe schon gesagt, dass für den Mittelstand gilt: Betriebsvermögen werden wir außen vor lassen. Dafür kämpft unsere Regierung.

(Abg. Winfried Mack CDU: Dann kämpft mal! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Ich will noch einen kurzen Blick auf die Schulden werfen. Der Finanzminister hat gerade richtig gesagt: 2011 keine Schulden, 2012 keine Schulden und bis heute keine Inanspruchnahme der Kreditermächtigung für 2013. Das muss man sehr oft sagen,

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Ihr glaubt es doch selbst nicht!)

weil Sie suggerieren, dass wir die großen Schuldenmacher wären.

(Abg. Manfred Hollenbach CDU meldet sich. – Glocke der Präsidentin)

Wir haben eine hervorragende Liquidität. Wir haben gerade so viel Liquidität, dass wir von den 7,5 Milliarden €, die wir für die Umschuldung vorgesehen haben, bisher lediglich 3,3 Millionen € umgeschuldet haben.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abg. Hollenbach?

Abg. Klaus Maier SPD: Lassen Sie mich den Gedanken zu Ende führen.

Jetzt zur Frage hinsichtlich der Verschuldung: Wir müssen natürlich aufpassen. Die derzeitige Situation beruht auf Einmaleffekten.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: So ist es!)

Wir hatten im Jahr 2012 gute Ergebnisse. Die Regierung ist beim Haushaltsvollzug sparsam und wirtschaftlich vorgegangen. Das sind aber Einmaleffekte.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Genau!)

Wir hatten auch Ausgabereise; auch das muss man sehen. Wir werden im Nachtrag 2014 – da gehört es hin – über diese gute finanzielle Situation des Landes, die wir derzeit haben, reden.

Ich möchte aber ganz klar auch in der Öffentlichkeit sagen: Wir sind keine Schuldenmacher. Wir haben in dieser Legislaturperiode noch keinen Cent Schulden gemacht.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: So eine Mär!)

Abg. Manfred Hollenbach CDU: Herr Kollege Maier, Sie haben gerade eben die besondere Leistung gewürdigt, dass bis jetzt – in diesem Jahr und im vergangenen Jahr – keine neuen Kredite aufgenommen werden mussten. Das ist eine erfreuliche Nachricht.

Können Sie sagen, wie hoch die Schuldenaufnahme im Jahr 2008 und im Jahr 2009 war,

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Oh!)

welche Steuereinnahmen vom Land damals erzielt werden konnten und welche Steuereinnahmen in diesem Jahr zu verbuchen sind?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Klaus Herrmann CDU: Wir könnten sogar Schulden zurückzahlen! – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Und wie viel Pensionsverpflichtungen wir heute haben!)

Abg. Klaus Maier SPD: Herr Hollenbach, in den Jahren 2001 bis 2007 haben Sie 10 Milliarden € Schulden aufgenommen,

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Ohne Krise!)

und das bei einer Steuerdeckungsquote, die höher ist als heute.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

In den beiden Jahren, die Sie genannt haben, war die Netto-neuverschuldung null. Das erkennen wir an. Das ist geschafft worden. Es ist eine gute Sache gewesen, in diesen Jahren keine neuen Schulden aufzunehmen. Aber wir sind besser.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Debatte unter Punkt 2 der Tagesordnung beendet.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Verankerung der Schuldenbremse des Grundgesetzes in der Landesverfassung (Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Baden-Württemberg, zur Ausführung von Artikel 84 und 84 a der Verfassung und zur Änderung der Landeshaushaltsordnung) – Drucksache 15/3239

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 15/3774

Berichterstatter: Abg. Günther-Martin Pauli

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Das Wort für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Mack.

Abg. Winfried Mack CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Jahr 2006, noch vor Ausbruch der Finanzkrise im Jahr 2007, waren sich hier im Haus alle einig: Wir brauchen eine Schuldenbremse, und wir müssen zur dauerhaften Nullneuverschuldung kommen. Wir haben gesagt:

(Winfried Mack)

Wir brauchen ein Umdenken in der Finanzpolitik, und das bis dahin geltende Dogma, dass man so viele neue Schulden aufnehmen dürfe, wie man investiere, sollte der Vergangenheit angehören.

Der damalige Oppositionspolitiker Kretschmann hat sogar gesagt, es sei seine Idee, und man sollte das so schnell wie möglich in die Landesverfassung schreiben.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Wir haben die Schuldenbremse damals in die Landeshaushaltsordnung geschrieben, und mittlerweile, im Dezember 2012, hat die jetzige Regierungskoalition die Schuldenbremse aus der Landeshaushaltsordnung wieder herausgenommen.

Ministerpräsident Kretschmann hat die Überzeugungen des damaligen Oppositionspolitikers Kretschmann an den berühmten Nagel gehängt. Stattdessen macht er das, was alle grün-roten und rot-grünen Regierungen machen: Schulden, neue Schulden,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Unglaublich! – Unruhe bei den Grünen und der SPD)

Ausgaben steigern, Steuererhöhungen fordern, die Schuldenbremse aus dem Gesetz herausnehmen. Das ist die Politik dieser grün-roten Regierung in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Grün-Rot hat eine andere Rhetorik als damals. Die damalige Rhetorik zerplatzt wie eine Seifenblase. Statt das Musterland für solide Haushaltspolitik zu sein,

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Das hätten Sie sich mal früher überlegen sollen, Herr Kollege Mack!)

schließen wir uns Rheinland-Pfalz an, schließen wir uns Nordrhein-Westfalen an, schließen wir uns Bremen an. Während Bayern Schulden zurückzahlt, während Berlin, und zwar die Stadt Berlin, im Jahr 2014 keine neuen Schulden macht, während der Bund im Jahr 2014 keine neuen Schulden macht, gehen wir immer wieder in neue Schulden hinein. Baden-Württemberg ist nicht mehr das Musterland der soliden Haushaltspolitik, sondern, wie die „Süddeutsche Zeitung“ in einer Überschrift geschrieben hat, das „Musterland der politischen Lyrik“. Das ist aus Baden-Württemberg geworden. Das ist schade.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Seit dem Amtsantritt der grün-roten Landesregierung sind in Baden-Württemberg die Ausgaben laut den Haushaltsplänen bis 2014 von 35,3 Milliarden € um 6 Milliarden € auf 41,3 Milliarden € oder um 16,3 % in die Höhe getrieben worden. 6 Milliarden € mehr!

Schauen wir uns einmal das Haushaltsvolumen anderer Länder an. Das Saarland hat für das gesamte Land ein Haushaltsvolumen von 4 Milliarden €, Mecklenburg-Vorpommern eines von 7 Milliarden €. Baden-Württemberg treibt in dreieinhalb Jahren die Ausgaben um 6 Milliarden € in die Höhe, und das bei steigenden Steuereinnahmen. Sie sind in diesem Zeitraum um 18,1 % gestiegen, und zwar von 27,3 Milliarden € auf 31,5 Milliarden € im Jahr 2014, also um 4,2 Milliarden €.

Die überwiegend positive Entwicklung der Steuereinnahmen wird nicht genutzt, um Schulden abzubauen und um zu soliden Haushalten zu kommen, sondern sie wird durch zusätzliche Ausgaben konsumiert. Das ist grün-rote Politik in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Jetzt hat der Finanzminister gesagt: „Wir machen gar keine neuen Schulden.“ Im Haushalt 2011 stehen Kreditermächtigungen in Höhe von 560 Millionen €. Wir haben den Antrag gestellt, diese zu streichen, weil sie nicht in Anspruch genommen wurden. Der Finanzminister sagt darauf: „Nein, ich brauche sie selbstverständlich.“ Die 560 Millionen € stehen im Haushalt drin. Für 2013 stehen 1,78 Milliarden € drin, für 2014 1,48 Milliarden €, und bis 2020 sind nach Ihrem Papier insgesamt 7 Milliarden € an neuen Schulden vorgesehen.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Das sind Ermächtigungen! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Entscheidend ist, was davon aufgenommen wird!)

Der Finanzminister sagt nun: „Wir sparen doch auch strukturell.“ Ich will Ihnen die Reaktion auf die Pressekonferenz vom vergangenen Herbst darlegen, in der der Ministerpräsident zusammen mit dem Finanzminister die Zahlen vorgestellt hat. Herr Ministerpräsident, da wollten Sie strukturell sparen. Der erfahrene Landesjournalist Schmitz hat im SWR seinen Kommentar mit den Worten begonnen: „So etwas habe ich noch nicht erlebt.“ Das ist die Tatsache: So etwas Wirres habe ich noch nicht erlebt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Vergangene Woche hat der Ministerpräsident in der Landespressekonferenz gesagt, das Sparen sei halt eine „Fisselarbeit“, und er verzweifle manchmal daran. Der Landtag müsse jetzt sagen, wo gespart werden müsse.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU)

Dazu kann ich Ihnen, Herr Ministerpräsident, nur eines sagen: Das Initiativmonopol in der Haushaltspolitik liegt ausschließlich bei der Regierung.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Martin Rivoir SPD)

Ich kann das mit den Worten der Rechtswissenschaft belegen. Die Rechtslehre begründet es damit, dass die Regierung ihrer Eigenständigkeit in einem wesentlichen Bereich der Planungsinitiative verlustig gehen würde, wenn aus der Mitte des Parlaments eine Haushaltsplanung vorgelegt werden dürfte.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: So haben Sie die EnBW gekauft!)

Auf der Homepage des Finanzministeriums steht:

Der Haushalt ist das in Zahlen gegossene Regierungsprogramm.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das ist völliger Quatsch! Der Landtag beschließt!)

Eine Regierung, die auf dieses Initiativmonopol verzichtet, kann abtreten. Das ist ein laues Lüftchen; eine solche Regierung brauchen wir nicht.

(Winfried Mack)

Wir wollen Ihre Ideen hören.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Das Einzige, was Sie wollen: Sie wollen wieder regieren! Aber Sie sind abgewählt!)

Wir wollen wissen, ob Sie in Baden-Württemberg kraftvoll regieren und was Sie für das Land Baden-Württemberg machen. Das sehen wir nicht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Deswegen fordern wir Sie auf, eine Aufgabenkritik vorzulegen.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Aha!)

Sie wollen zusätzliche Steuereinnahmen haben, um den Haushalt zu decken. Wissen Sie noch, Herr Ministerpräsident, was Ihnen Herr Trittin geschrieben hat? Sie haben zusammen mit dem Finanzminister an Herrn Trittin und andere geschrieben, das Steuerprogramm der Grünen müsse nachgebessert werden. Herr Trittin und andere haben Ihnen zurückgeschrieben: Grüne Politik ist gut begründet. Anschließend schreibt er, warum sein Programm – das Programm von Trittin – gut begründet ist, und schreibt Ihnen ins Stammbuch:

Die von Ihnen formulierten Bedenken bezüglich des Modells zur Vermögensabgabe von Bündnis 90/Die Grünen sind folglich unbegründet.

Also sagt er: „Lieber Herr Kretschmann, bleiben Sie zu Hause. Wir machen das schon richtig. Ihre Anregungen haben keinen Niederschlag in der Politik der Grünen im Bund zu finden.“

(Zuruf des Abg. Jürgen Filius GRÜNE)

SPIEGEL ONLINE hat dazu getitelt: Kretschmann auf dem „Grünen-Parteitag: Heckenschütze mit Platzpatronen“.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Wollen Sie einmal wissen, was über Sie alles im Internet steht? – Zuruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Bei Ihnen geht die Schere zwischen Reden und Handeln immer weiter auseinander: Schuldenmacherei statt Nachhaltigkeit; Einsatz für eine bezahlbare und sichere Energieversorgung der Zukunft: Fehlanzeige. Zur Bürgerbeteiligung sagt die Staatsrätin, es gebe eine Nulloption. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung hat getitelt: „Die Grün-Alternativen sind gescheitert bei der Bürgerbeteiligung“.

Da trifft zu, was Herr Ruf in der „Stuttgarter Zeitung“ heute in einer Überschrift geschrieben hat: „Ratlos auf Wolke sieben“.

(Beifall des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU – Abg. Claus Schmiedel SPD: Was ist denn das für ein Durcheinander? – Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Wer hat Ihnen denn die Rede geschrieben, Herr Mack?)

Entweder kommen Sie herunter von Ihrer Wolke, oder Sie sagen, Sie packen es nicht. Dann geben Sie die Regierungsgeschäfte weiter.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Lachen bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: An wen denn? – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Politikberatung bei Mack! – Abg. Manfred Lucha GRÜNE: Aus der Schule Mappus! – Zuruf: Tata, tata, tata! – Zuruf des Abg. Jürgen Filius GRÜNE)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Aras das Wort.

Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Kollege Mack, Ihre Rede war in jeder Hinsicht nur ein Eigentor, sonst gar nichts.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Das gilt auch für Ihre Kenntnisse in der Finanz- und Wirtschaftspolitik. Das Land Baden-Württemberg ist nämlich an vorderster Stelle, seit wir regieren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Lachen bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Wovon träumen Sie nachts? – Abg. Klaus Herrmann CDU: Bei den Schuldenermächtigungen! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Kolleginnen und Kollegen, das Wort hat Frau Abg. Aras.

(Zurufe der Abg. Helmut Walter Rüeck CDU und Wolfgang Drexler SPD)

Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Ratingagenturen haben dieses Land aufgrund seiner soliden Finanzpolitik zum zweiten Mal hintereinander mit AAA bewertet.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es! Da kann man doch nicht lachen!)

Zu Ihrer Zeit war es abgewertet. So viel zur Finanzpolitik.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Dann zu Ihrem Parlamentsverständnis. Ich bin zwar neu im Parlament, aber Beschlüsse fassen wir hier im Parlament.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Und nicht die Regierung!)

Sie sind da als stärkste Fraktion in der Opposition genauso gefordert.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Jetzt komme ich zu dem Gesetzentwurf der FDP/DVP. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir machen Ernst mit der Schuldenbremse. Wir haben das gezeigt, indem wir den verbindlichen Finanzplan vorgelegt haben.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Aber gestrichen haben Sie sie in der Landeshaushaltsordnung!)

(Muhterem Aras)

Dort haben wir genau festgelegt, wie die Neuverschuldung bis 2020 schrittweise zurückgefahren wird. Jetzt sagt die FDP/DVP, wir würden nicht schnell genug abbauen. Erst wollten Sie die sofortige Schuldenbremse, und heute versuchen Sie, die Schuldenbremse ab 2016 als einen Kompromiss zu verkaufen.

Über einen Kompromiss könnten wir reden, wenn Sie einen Plan hätten, wie Sie die Schuldenbremse früher erreichen wollen. Im Gegensatz zu Ihnen haben wir einen Plan. Wir haben genau festgelegt, wie wir die Kreditaufnahme bis 2020 reduzieren werden. Nur dann können wir die Deckungslücke schließen.

Sie sagen nur: „Schuldenbremse früher erreichen.“ Aber mit welchen Mitteln denn? Sie haben null Plan. Das bestätigt Ihnen auch der Rechnungshof.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD
– Abg. Martin Rivoir SPD: Null Fantasie!)

Sie hatten nämlich eine Anhörung zur Schuldenbremse. Das Statement des Rechnungshofs dabei wird auf Ihrer Homepage zitiert. Der Rechnungshof sagt, Sie wollten mehr sparen als die grün-rote Landesregierung. Wenn Sie das durchziehen wollen, müssten Sie, allein um 50 % Ihrer Sparmaßnahmen über das Personal abzudecken, sofort und auf Dauer 4 000 Stellen streichen. Wo ist Ihr Streichantrag, lieber Kollege Rülke?

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Sie haben nämlich gar keinen. Deshalb ist das kein Kompromiss, sondern höchstens ein fauler Kompromiss, dem wir nicht folgen können.

Ich nenne ein weiteres Beispiel. Das, was Sie bringen, ist nur wirr. Heute sagen Sie: „Wir müssen die Schuldenbremse früher erreichen.“ In der letzten Woche und in jeder Verlautbarung sagen Sie: Mehr ausgeben, beispielsweise zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamten. Das allein hätte 1 Milliarde € an Mehrbelastung für den Haushalt in dieser Legislaturperiode bedeutet.

Ihr zweiter Lieblingspunkt sind die Studiengebühren. Sie sagen, wir brauchten keine neuen Kredite, wenn wir die Studiengebühren nicht abgeschafft hätten. Das ist so etwas von unglaubwürdig und beliebig, lieber Kollege Rülke. Sie vergleichen uns gern mit Bayern. Aber selbst Bayern hat die Studiengebühren zum Wintersemester 2013/2014 abgeschafft, und zwar mit Zustimmung der FDP.

(Abg. Nikolaus Tschenk GRÜNE: Hört, hört!)

Lieber Kollege Rülke, das ist Politik der Beliebigkeit. Das kann aber doch keine liberale Politik sein.

Ich sage Ihnen eines: Finanzpolitik kann man nicht nach Beliebigkeit machen, sondern Finanzpolitik geht nur in soliden, verlässlichen und konsequenten Schritten. Genau diese haben wir vorgelegt.

In einem ersten Schritt haben wir den Abbau der Neuverschuldung im Doppelhaushalt 2013/2014 vorangetrieben, indem

wir die Nettokreditaufnahme um 550 Millionen bzw. 800 Millionen € vermindert haben.

(Glocke der Präsidentin)

– Nein. Ich möchte das jetzt weiter ausführen.

Der zweite Schritt ist die Vorlage des Finanzplans mit einem verbindlichen Abbaupfad. Der dritte Schritt wird im Herbst folgen durch die Vorlage konkreter Orientierungspläne für die einzelnen Haushalte im Zweiten Nachtrag. Der vierte Schritt wird darin bestehen, diese Orientierungspläne in konkrete Maßnahmen umzusetzen. Der fünfte Schritt resultiert daraus, dass die mit dem Doppelhaushalt beschlossenen Maßnahmen bis zum Jahr 2020 einen Konsolidierungsbeitrag – und zwar strukturell – von über 850 Millionen € bringen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, strukturelle Konsolidierung ist gefragt, und nur das bringt uns voran. Strukturelle Konsolidierung heißt aber nicht, dass man die Nullneuverschuldung nur in einem Jahr erreicht. Kollege Herrmann stellt jedes Mal voller Stolz die Frage, ob es in den Jahren 2008 und 2009 eine Nullneuverschuldung gab.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Zu Recht!)

Jawohl, liebe CDU: In 58 Jahren Regierungszeit haben Sie in zwei Jahren die Nullneuverschuldung geschafft.

(Abg. Manfred Hollenbach CDU: Das stimmt nicht!)

Gratulation! Wir regieren drei Jahre lang und haben bisher noch keinen Cent neue Schulden aufgenommen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD
– Abg. Klaus Herrmann CDU: Dann könnt ihr ja die Schuldenbremse beschließen! – Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Frau Abgeordnete, gestatten Sie jetzt eine Zwischenfrage des Abg. Paal?

Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Nein.

Es geht darum, die Nullneuverschuldung zu erreichen und beizubehalten. Das geht nur mit einer nachhaltigen Finanzpolitik. Davon hat die FDP/DVP aber überhaupt keine Ahnung. Nachhaltigkeit passt nicht in ihr „finanzpolitisches Fast Food“. Ich finde es erstaunlich, dass die CDU dieser FDP/DVP leider folgt und selbst nichts einbringt.

Wir bleiben dabei: Nur eine nachhaltige strukturelle Finanzpolitik wird dieses Land voranbringen.

Abschließend möchte ich den Rechnungshof zum Thema Schuldenbremse zitieren:

Die Aufgabe, dazu Tacheles zu reden, meine Damen und Herren, ist mit der Vorlage Ihres Gesetzentwurfs noch nicht geleistet, aber das wissen Sie ja.

Deshalb können wir Ihrem Gesetzentwurf nicht folgen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Frau Abgeordnete, offenbar gestatten Sie keine Zwischenfrage mehr.

(Zuruf von der CDU: Die Unwahrheit sagen und dann keine Zwischenfrage zulassen!)

Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Maier das Wort.

(Abg. Winfried Mack CDU: Der ist heute dauernd dran!)

Abg. Klaus Maier SPD: Frau Präsidentin, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Man erkennt jetzt den Zweck dieser Übung: Man will die Regierung vorführen.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Das schaffen die nicht!)

Das hat Herr Mack gemacht, und nachher wird von Herrn Rülke wahrscheinlich nichts Besseres kommen.

Herr Mack, bei aller Wertschätzung: Ich empfehle Ihnen, die Denkschriften und Haushaltspläne heranzuziehen, statt aus der Zeitung zu zitieren. Dann kämen Sie einer sachlichen Herangehensweise näher.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Wir haben jetzt eine Menge Vorwürfe gehört. Ich halte den Vorwürfen der Opposition entgegen: In den Jahren 2011 und 2012 gab es keine Neuverschuldung. Die Kreditermächtigungen für das Jahr 2013 wurden bisher nicht in Anspruch genommen.

(Abg. Winfried Mack CDU: Dann geben Sie sie doch zurück! – Gegenruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD: Warum denn?)

– Ich habe doch gerade eben erläutert, wie das gemacht wird.

Die Liquidität des Landes ist ausgezeichnet. Versteckte Schulden und der Sanierungsstau wurden abgebaut und werden abgebaut. In den Jahren 2012 bis 2014 zahlen wir Mittel, die durch Konjunkturprogramme vorgezogen wurden, in Höhe von 135 Millionen € pro Jahr zurück. Das Thema Lehrstellenabbau wurde von der Regierung aufgegriffen und im Doppelhaushalt 2013/2014 angegangen. Eine Kommission für Haushalt und Verwaltungsstruktur arbeitet systematisch an der Haushaltskonsolidierung. Mit dem Finanzplan 2020 wurde erstmals über die mittelfristige Finanzplanung hinaus ein Weg zur Nullnettoneuverschuldung beschrieben. Das alles bewerten die Ratingagenturen mit der Bestnote AAA. Meine Damen und Herren, was wollen Sie mehr? Wo liegt das Problem?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Abg. Winfried Mack CDU: Unser Kennzeichen ist nur AA und nicht AAA! – Zuruf des Abg. Karl Klein CDU)

Der vorliegende Gesetzentwurf der Fraktion der FDP/DVP basiert im Wesentlichen auf einem Referentenentwurf. Er sieht vor, dass das strukturelle Defizit bis 2016 abzubauen ist; das bedeutet also eine Verschärfung um etwa 2 Milliarden €. Ein Abbau des strukturellen Defizits in Höhe von 2,5 Milliarden € ist bis Ende 2016 bei realistischer Betrachtung nicht möglich, es sei denn, man möchte den Landeshaushalt ohne Rücksicht auf Verluste kaputtsparen.

Die Landesregierung hingegen setzt auf nachhaltige strukturelle Einsparungen und mahnt auch gegenüber Dritten – das betrifft die Einnahmen – eine bessere Finanzausstattung an. Der im Finanzplan 2020 aufgezeigte Weg des Schuldenabbaus ist hart und steinig, aber nach den heutigen Erkenntnissen der einzig gangbare.

Der erste Schritt auf diesem Weg ist gemacht. Mit dem Doppelhaushalt 2013/2014 wird es gelingen, das Defizit um 860 Millionen € zu reduzieren. Weitere Konsolidierungsmaßnahmen werden im Zweiten Nachtrag präsentiert. Es besteht also kein Anlass, diesen soliden Weg zugunsten des Irrwegs der FDP/DVP zu verlassen. Denn konkrete, realistische und zugleich auskömmliche Einsparvorschläge bleiben FDP/DVP und CDU schuldig. Man will sich hier nicht die Finger verbrennen, denn mit konkreten Sparvorschlägen gewinnt man wenig Freunde.

Herr Mack, es ist richtig: Die Initiative zum Sparen liegt bei der Regierung. Sie hat die Initiative ergriffen und den Finanzplan 2020 vorgelegt. Aber wenn die Opposition beantragt, den Abbaupfad zu verschärfen und das in die Landeshaushaltsordnung und in die Landesverfassung hineinzuschreiben, ist die Opposition auch dazu verpflichtet, eigene Sparvorschläge zu bringen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es! Genau! – Abg. Winfried Mack CDU: Beifall nur des Abg. Drexler! – Gegenruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das ist das Wichtigste!)

Ich weiß, Herr Rülke, Sie werden nachher wieder die Studiengebühren anführen. Sie meinen doch nicht wirklich, dass das noch der Renner ist. Alle Bundesländer um Baden-Württemberg herum schaffen sie ab. Wollen wir den Haushalt auf dem Rücken der Studenten sanieren?

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Dann kommen Sie sicherlich wieder mit dem Nationalpark. Das ist die tollste Nummer. Das sind dann Sparvorschläge zu Sachen, die es noch gar nicht gibt.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Die gibt es noch gar nicht! Die sind noch gar nicht im Haushalt! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wenn es so bleibt, ist es gut!)

Dann werden Sie die Polizeistrukturreform ansprechen. Für die Polizeistrukturreform sind 10 Millionen € im Haushalt vorgesehen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Auch das bleibt nicht so!)

Die Polizeistrukturreform ist auch ein Beispiel dafür, wie wenig sich die Opposition um den demografischen Wandel und um eine moderne Polizeistruktur kümmert. Die Reform ist nämlich dringend notwendig.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

(Klaus Maier)

Wahrscheinlich wird auch wieder die Gemeinschaftsschule erhalten müssen. 2013 gibt man dafür 21,3 Millionen € und 2014 63,8 Millionen € aus. Damit reißt man das Steuer aber nicht herum, zumal die entsprechenden Schüler, wenn sie keine Gemeinschaftsschule besuchen würden, anderweitig unterrichtet werden müssten. Das ist also auch eine relativ untaugliche Argumentation.

Von der Landesregierung hingegen werden harte Einsparmaßnahmen ergriffen: bei der Eingangsbesoldung, der Beihilfe,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Beispielsweise die Ausschüttung bei der LBBW!)

hinsichtlich der Tarifiergebnisse. Diese Einsparmaßnahmen sind zugegebenermaßen unangenehm und werden in schöner Regelmäßigkeit von der Opposition reflexartig abgelehnt.

Einen immer schärferen Einsparkurs zu verlangen und zeitgleich an anderer Stelle Mehrausgaben zu fordern, das kann man nur machen, wenn man genau weiß, dass man nicht den Beweis antreten muss, wie dieser Spagat gelingen soll.

Wir stimmen deshalb einer Verschärfung der grundgesetzlichen Schuldenbremse, so wie von der FDP/DVP beantragt, nicht zu.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich das Wort dem Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Rülke.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich mich beim Kollegen Maier bedanken.

(Abg. Klaus Maier SPD: Bitte, bitte!)

Kollege Maier hat eine ganze Reihe von Einsparvorschlägen aufgezählt, die wir in den letzten beiden Jahren auf den Tisch gelegt haben. Insofern merke ich – zumindest bei der SPD-Fraktion – schon eine deutliche Bewegung. Denn bisher haben Sie immer behauptet, diese Einsparvorschläge gebe es gar nicht. Offensichtlich hat innerhalb der Regierungskoalition zumindest der eine oder andere das Hörgerät jetzt wieder eingeschaltet. Also, es gibt diese Einsparvorschläge.

Sie können natürlich sagen: „Diese Einsparvorschläge passen uns nicht, wir haben die Mehrheit im Landtag von Baden-Württemberg, und deshalb lehnen wir Ihre Einsparvorschläge ab.“ Das ist ja in Ordnung. Sie sollten jedoch nicht behaupten, wie Sie das lange Zeit gebetsmühlenartig gemacht haben, wir würden diese Einsparvorschläge nicht machen.

Dann haben Sie, Herr Kollege Maier – wie am heutigen Tag schon eine ganze Reihe von Rednern aus der Regierungskoalition bis hin zum Finanzminister –, sich dafür gelobt, dass Sie keine neuen Schulden machen. Ich stelle fest – wenn ich das übernehme, was Sie gesagt haben –: 2008 ein ausgeglichener Haushalt, 2009 ein ausgeglichener Haushalt, 2011 ein ausgeglichener Haushalt, 2012 ein ausgeglichener Haushalt und 2013 – das nehmen Sie für sich in Anspruch – wiederum ein ausgeglichener Haushalt.

Angesichts dessen können Sie doch nicht ernsthaft ständig behaupten, das alles seien Einmaleffekte. Wenn es in fünf von sechs Haushaltsjahren bei einem Gesamtvolumen in der Größenordnung von über 200 Milliarden €, die in diesen sechs Jahren durch das Land Baden-Württemberg ausgegeben worden sind, gelungen ist, ausgeglichene Haushalte vorzulegen, ist das alles nicht auf Einmaleffekte zurückzuführen. Herr Maier, Hand aufs Herz, Sie sind doch ein solider Kommunalpolitiker. Das, was Sie hier erzählen, können Sie doch nicht ernsthaft selbst glauben.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Man muss es ihm bloß sagen!)

Das, was Sie vorgetragen haben, macht doch deutlich, dass es möglich ist, zu ausgeglichenen Haushalten zu kommen. Man sollte sich doch nicht einerseits damit brüsten, dass man schon eine halbe Legislaturperiode regiert, ohne auch nur einen einzigen Euro neue Schulden gemacht zu haben, und andererseits dazu erklären, es sei unter gar keinen Umständen möglich, vor dem Jahr 2020 ohne neue Schulden auszukommen.

Meine Damen und Herren, das ist keine Frage des Könnens, sondern es ist eine Frage des Willens. Da liegt der Hund begraben.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Es ist möglich – Herr Kollege Mack hat es beschrieben –, den Wunsch zu erfüllen, den der Oppositionspolitiker Kretschmann seinerzeit formuliert hat, und die Schuldenbremse sofort in die Landesverfassung aufzunehmen und sie umzusetzen. Seit er Ministerpräsident geworden ist, hat er diesen Wunsch offensichtlich nicht mehr. Seitdem will er sie erst im Jahr 2020. Das zeigt, dass auch beim Philosophen Kretschmann das Sein das Bewusstsein bestimmt. Das wird an dieser Stelle deutlich, aber es ist nicht im Interesse des Landes.

Es ist auch nicht im Interesse des Landes, dass man, wenn man zwar in Oppositionszeiten immer die Landeshaushaltsordnung beschwört

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Genau!)

und sogar eine Verschärfung der Landeshaushaltsordnung anmahnt, dann, wenn man anfängt zu regieren, als Erstes die Landeshaushaltsordnung abschafft,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Skandalös ist das!)

weil sie einen beim Schuldenmachen behindert. Meine Damen und Herren, auch hier wird deutlich, wie unglaublich Ihre Finanz- und Haushaltspolitik ist.

Wir debattieren hier über eine Änderung der Landesverfassung. Das ist dem Finanzminister nicht einmal seine Anwesenheit wert, wie er auch – auch das muss man feststellen – im Wesentlichen im Finanzausschuss durch Abwesenheit glänzt. Finanzminister Schmid hat in der vergangenen Woche vom Rednerpult des Landtags aus den Beamten ins Stammbuch geschrieben: Zu einem Kompromiss gehören immer zwei. Da hat er recht.

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Das gilt allerdings auch für die Verfassungsänderungen im Zusammenhang mit der Schuldenbremse. Denn wenn Sie die Opposition – um die Landesverfassung zu ändern, brauchen Sie insbesondere die CDU-Fraktion – ins Boot holen müssen, dann müssen Sie einen Kompromiss schließen. Da kann man wie wir der Meinung sein, es geht sofort – Sie selbst haben den Beweis angetreten oder zumindest für sich reklamiert, dass es sofort geht –, oder kann wie die Regierungskoalition behaupten, es gehe erst 2020, aber wenn man einen Kompromiss schließen will, dann müssen sich beide bewegen.

Wir haben angeregt, einen Kompromiss dergestalt zu finden, dass man sich auf einen Mittelweg verständigt: Nullneuerschuldung, obwohl sie sofort möglich wäre, nicht sofort, aber auch nicht erst 2020, wie Sie es in unverantwortlicher Weise immer noch fordern, sondern im Sinne eines Kompromisses. Das bieten wir Ihnen an.

Viel mehr können Sie von einer Opposition nicht erwarten, als dass eine Opposition, die der Überzeugung ist, man könne sofort zu einem ausgeglichenen Haushalt kommen, Ihnen noch weitere Verschuldungsrechte in einer Größenordnung von insgesamt 4 Milliarden € zugesteht. Meine Damen und Herren, was wollen Sie denn noch?

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr wichtig!)

Das, was Sie wollen, wird deutlich: Sie wollen nämlich Ihre Politik zu 100 % selbst an den Stellen durchsetzen, an denen Ihnen die Verfassung Schranken aufzeigt, und zeigen gleichzeitig auf die Opposition und erklären, die Opposition sei schuld daran, dass dies nicht gelinge.

Sie erwarten von der Opposition, dass sie Ihre Forderungen der Schuldenbremse zu 100 % umsetzt. Sie erwarten ständig von der Opposition, dass diese Vorschläge mache, wie zu sparen sei. Wenn die Opposition Ihnen aber konkrete Vorschläge unterbreitet, Herr Kollege Maier, dann stellen Sie bei jedem einzelnen Vorschlag fest: „Das wollen wir nicht.“ Der Ministerpräsident setzt dem Ganzen die Krone auf, indem er, wo immer er auftritt, erklärt: „Das Sparen ist eigentlich Aufgabe der Opposition. Ich bin derjenige, der regiert. Ich gebe das Geld aus. Aber für das Sparen ist die Opposition zuständig.“ Eine solche Regierungsauffassung, die stark zu der Auffassung divergiert, die man zu Oppositionszeiten selbst hatte, ist wirklich märchenhaft.

(Abg. Winfried Mack CDU: Wolke 7!)

– Wolke 7 trifft es ganz gut. – Ich habe den Eindruck, dass, wenn diese Landesregierung so weitermacht, die Wolke ihr irgendwann unter dem Hintern wegschwebt und diese Landesregierung einen ziemlich harten Aufprall erleben wird, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Ach was!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Staatssekretär Rust das Wort.

Staatssekretär Ingo Rust: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Rülke, es fällt mir bei dieser Polemik zunehmend schwer, Ihnen eine sachliche Antwort zu geben.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD
– Zuruf des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

Ich würde mich wirklich gern mit Ihnen vier Stunden zusammensetzen

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: So lange?)

– ich würde es nicht gern machen, aber ich würde es machen –,

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Wolfgang Drexler SPD:
Sehr gut!)

und dann tauschten wir uns ganz sachlich in einem klassischen Disput über die Zahlen aus.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Genau!)

In den letzten zehn Jahren, in denen ich die Finanzpolitik im Landtag mitgestaltet habe, hat mich immer wieder beeindruckt, dass man Zahlen nicht anschreiben kann. Zahlen sind, wie sie sind.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Keine neuen Schulden, das nehmen Sie doch für sich selbst in Anspruch!)

– Ja, aber das ist zu kurz gegriffen. Man muss weiterdenken. Ich komme gleich noch einmal auf dieses Thema zu sprechen.

Ich will vorher noch eines sagen, weil Sie die Äußerungen des Ministerpräsidenten verdrehen, und zwar in der Sache verdrehen: Der Ministerpräsident hat gesagt: „Wer schneller sparen will, als wir es vorhaben, muss sagen, wie das geht.“ Das ist auch richtig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD
– Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Genau!)

Die Regierung hat das Initiativrecht. Das nehmen wir natürlich wahr,

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Bestens!)

und zwar jedes Jahr durch die rechtzeitige Vorlage des Haushalts, mit der Vorlage eines Nachtragshaushalts auch in diesem Jahr.

(Minister Rainer Stickelberger: Das war früher anders!)

Aber wer sagt: „Was die Regierung vorlegt, wollen wir nicht; wir wollen das Ziel schneller erreichen“, der muss sagen, wie es geht, der muss die Initiative ergreifen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD
– Abg. Wolfgang Drexler SPD: Jawohl!)

Sie haben heute wieder drei Vorschläge unterbreitet;

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja!)

unsere jetzige Debatte ist mit unserer vorherigen Debatte zu diesem Thema fast identisch.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Die Vorschläge passen Ihnen nicht! – Zuruf des Abg. Josef Frey GRÜNE)

(Staatssekretär Ingo Rust)

Ich gehe auf diese drei Vorschläge ein. Erstens: Studiengebühren.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja! – Abg. Jörg Fritz GRÜNE: Wiederholung!)

Das ist Ihr einziger strukturell, nachhaltig wirkender Vorschlag. Das gestehe ich Ihnen zu.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Dann machen Sie es doch!)

– Nein. Wir sind politisch anderer Meinung.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das ist der Punkt!)

Das ist Ihr einziger Gegenfinanzierungsvorschlag. Sie kritisieren, dass wir in unserem Haushalt 1,7 Milliarden € neue Schulden für dieses Jahr veranschlagt haben, und machen einen Gegenfinanzierungsvorschlag mit einem Volumen von 140 Millionen €. Nach Adam Riese geht das einfach nicht auf. Herr Rülke, das geht einfach nicht auf.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Walter Heiler SPD: Das geht nicht! Das geht nun wirklich nicht! – Zuruf des Abg. Jörg Fritz GRÜNE – Unruhe)

Ihr Gegenfinanzierungsvorschlag für 1,7 Milliarden € beläuft sich auf 140 Milliarden € durch die mögliche Einnahme von Studiengebühren.

(Zurufe: Millionen!)

– 140 Millionen €. – Das ist nicht seriös.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Als zweiten Vorschlag haben Sie die Polizeistrukturereform gebracht.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Die Kosten dafür sind im laufenden Haushalt noch gar nicht veranschlagt. Wie wollen Sie das in Ihrem Gegenfinanzierungsvorschlag heranziehen? Das ist Quatsch.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Gerade haben Sie gesagt: Weiterdenken! Gerade haben Sie noch erklärt, man müsse weiterdenken!)

– Ich rede von dem aktuellen Haushalt.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Jetzt sagen Sie, Sie machten im aktuellen Haushalt keine neuen Schulden! – Gegenruf der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Unglaublich!)

Sie behaupten, jetzt wäre es möglich, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Sie haben gesagt, der Haushaltsplan 2013/2014 sei durch Umsetzung Ihrer drei Vorschläge auszugleichen. Das stimmt nicht. Das ist falsch.

Die Kosten für die Einrichtung eines Nationalparks sind auch noch nicht im Haushalt veranschlagt.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Gott sei Dank!)

Wie wollen Sie das zur Gegenfinanzierung heranziehen?

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Unseriös, von vorn bis hinten!)

Ihre Vorschläge sind von vorn bis hinten unseriös. Sie dürfen vorschlagen, Studiengebühren einzuführen; das gestehe ich Ihnen zu. Dadurch können Sie 140 Millionen € in Ihr Gegenfinanzierungskonzept einstellen, aber keinen Euro mehr.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Staatssekretär, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Kößler?

Staatssekretär Ingo Rust: Ja, bitte.

Abg. Joachim Kößler CDU: Herr Staatssekretär, ich will über den heutigen Tag hinausschauen. Wenn Sie mit uns ein Gespräch führen wollen, wäre es unseres Erachtens notwendig, dass Sie klare Vorgaben hinsichtlich der Aufgabenkritik machen. Sie sollten ferner klare Vorgaben zur Personalbedarfsplanung und zur Personalsteuerung, insbesondere in den großen Bereichen Kultus und Polizei, machen, damit man weiß, wohin Sie möchten. Das wäre wichtig. Denn nur über eine exakte Personalsteuerung über ein Personalinformationssystem – ich möchte die große Firma in Baden-Württemberg nicht namentlich nennen, die ein solches System bereithält und auf deren Plattform man gehen könnte – werden wir es schaffen, den Personalhaushalt zu konsolidieren und letzten Endes darüber auch den Haushalt zu konsolidieren.

Staatssekretär Ingo Rust: Herr Kößler, ich bin Ihnen sehr dankbar, dass es auch in der Opposition noch seriöse Finanzpolitiker gibt, die konstruktive Vorschläge machen.

(Vereinzelt Beifall)

Genau das müssen wir tun, und genau das packen wir auch an. Wir machen das in strukturellen Bereichen. Sie haben die großen Personalkörper im Kultus- und Wissenschaftsbereich angesprochen. Beim Voranbringen des Themas IT haben Sie sich bereits mit uns auseinandergesetzt. Genau das müssen wir tun, nämlich die Ressource Personal vernünftig steuern und einsetzen.

Herr Mack, zum Vergleich mit Bayern: Wie ich im Finanz- und Wirtschaftsausschuss schon gesagt habe, hinkt der Vergleich von vorn bis hinten. Ich würde den Vergleich einfach nicht mehr ziehen. Es ist auch für die Landtagswahl in Bayern nicht gut, wenn man immer wieder auf den Vergleich zurückkommt.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Für die SPD mit Sicherheit nicht!)

Was hat Bayern denn gemacht? Bayern hat von vornherein grundsätzlich weniger Schulden. Ich habe Ihnen die Zahlen im Finanzausschuss genannt: Bayern hat eine Verschuldung von 21,5 Milliarden €. Baden-Württemberg hat jedoch eine

(Staatssekretär Ingo Rust)

Verschuldung von etwa 43,3 Milliarden € – nach der Schuldenuhr der FDP/DVP natürlich mehr.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Das sind jetzt alles Ihre Schulden! – Abg. Winfried Mack CDU: Jetzt schauen Sie sich die Kommunen an!)

– Ich komme später noch zu den Kommunen; das betrifft die Landesverschuldung. – Das heißt, wir haben auch mehr Zinsen zu zahlen. Auch diese Zahlen kann man einfach nicht anschreien. Vergleichen Sie die Zahlen einmal: Wir zahlen fast 2 Milliarden € Zinsen im Haushaltsjahr 2013, und Bayern zahlt 630 Millionen €. Hätte ich das Geld von Bayern, das heißt, hätten die Vorgängerregierungen diese Schulden nicht gemacht, müssten wir diese Zinsen nicht zahlen und hätten im Prinzip im laufenden Haushalt keine Schulden machen müssen. Das gehört zur Wahrheit einfach dazu.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Dann hätten die Kommunen aber auch weniger!)

– Dazu komme ich noch, Frau Gurr-Hirsch. – Ein weiteres Beispiel, das belegt, dass der Vergleich mit Bayern unseriös ist, ist, dass die Bayern einen Haushaltstrick angewandt haben. Das habe ich an diesem Pult und auch im Finanzausschuss bereits gesagt. Zum besseren Verständnis habe ich es aber noch einmal schriftlich mitgebracht.

(Der Redner hält ein Schaubild hoch. – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Bitte größer! – Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU – Gegenruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Sie haben doch eine Brille, Herr Mack!)

– Ich liefere es Ihnen in DIN A 3 nach, Herr Dr. Birk. – Der große Balken zeigt unsere Einzahlung in den Pensionsfonds in Baden-Württemberg. Dieser kleine Balken hier – das soll schwarz-weiße Rauten sein;

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Blau-weiße!)

blau-weiße müssten es sein – steht für Bayern.

(Zuruf: Weiß-blaue!)

Was sieht man? Bayern hat seine Einzahlungen in die Pensionsrücklage auf 100 Millionen € reduziert. In Bayern hatte man auch einmal das gleiche System wie in Baden-Württemberg, nach dem man in Abhängigkeit von der Zahl der neu eingestellten Beamten in die Pensionsrücklage einzahlt. Bayern macht das nicht mehr. Warum? Weil es im Haushalt besser aussieht, wenn man die Verschuldung absenkt und nichts mehr in die Pensionsrücklage einahlt. Aber das ist ein Taschenspielertrick, das ist doch „rechte Tasche, linke Tasche“. Das kann man doch nicht mit Baden-Württemberg vergleichen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Wenn Sie die Zahlen anschauen, miteinander vergleichen und summieren, dann ergibt sich, dass Baden-Württemberg für den Doppelhaushalt fast 1 Milliarde € mehr in die Pensionsrücklage einahlt als Bayern. Jetzt sagen Sie nicht, dass die Finanzpolitik in Bayern seriöser sei als unsere.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wir zahlen doch keine Milliarde Euro im Jahr! Das ist eine Verdrehung der Tatsachen, die Sie da machen! Wir zahlen keine Milliarde im Jahr!)

Wenn Sie das jetzt zusammenrechnen, sehen Sie: Wir könnten Schulden zurückzahlen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Behaupten Sie ernsthaft, Sie zahlen 1 Milliarde € im Jahr da ein? – Gegenruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Im Doppelhaushalt!)

– Im Doppelhaushalt, Herr Rülke. Soll ich Ihnen die Zahlen noch einmal vorlesen? Das mache ich gern, damit sie auch sitzen bleiben: 475 Millionen € im Jahr 2013, 560 Millionen € im Jahr 2014. In Bayern werden jeweils 100 Millionen € gezahlt. Die Differenz können Sie ausrechnen.

Lassen Sie den Vergleich mit Bayern. Er hinkt.

(Abg. Winfried Mack CDU: Wer hat denn den Pensionsfonds eingeführt? Wer hat ihn erfunden?)

Jetzt komme ich noch zu den Kommunen in Bayern. Das ist in der Tat so. Herr Hollenbach hat angeführt – ich fand es interessant, dass Herr Hollenbach als ehemaliger Kommunalpolitiker dies anspricht –, was der Rechnungshof gesagt hat. Die Schlussfolgerung aus dem, was der Rechnungshof sagt, wäre, dass wir bei den Zuweisungen an unsere Kommunen sparen müssten, um den Landeshaushalt zu sanieren. Ich bin einmal gespannt, ob die CDU das mitmacht, wenn wir das vorschlagen. Darauf bin ich gespannt. Das werden Sie nämlich mit Sicherheit nicht mitmachen. In Baden-Württemberg ist jede Kommune mit durchschnittlich 711 € pro Einwohner verschuldet; in den Kommunen in Bayern entspricht die Verschuldung pro Kopf einem Wert von 1 200 €. Da muss ich wirklich sagen: Ich gehe davon aus, dass die vielen seriösen Kommunalpolitiker in der CDU-Fraktion die Zustände, wie sie in Bayern bestehen, nicht wollen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Winfried Mack CDU: Jetzt sagen Sie nicht nur etwas zu Bayern! Lesen Sie einmal vor: Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein!)

Sie haben uns vorgeworfen, dass wir bis 2020 neue Schulden machen. Das ist richtig; Sie können uns bei den jeweiligen Haushaltsberatungen dann zeigen, wie das anders gehen könnte und wo Sie sparen würden, damit man diese Schulden nicht macht. Ich kann nur noch einmal sagen: Auch da lassen sich die Zahlen nicht anschreien. Bis 2020 machen wir weniger Schulden, als Sie in Ihren letzten zehn Regierungsjahren gemacht haben. Deshalb würde ich einfach einmal sagen: Wenn man einen seriösen Vergleich macht, sprechen die Zahlen für uns.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Das muss man in Relation zu den Steuereinnahmen sehen! – Abg. Winfried Mack CDU: Mit vollen Hosen ist gut stinken!)

Dann kommen wir noch einmal zu Ihrer Haltung zu den Einsparvorschlägen. Noch einmal: Sie machen keine Vorschläge, und wenn von unserer Seite Vorschläge auf dem Tisch waren,

(Staatssekretär Ingo Rust)

haben Sie diese abgelehnt. Sie kritisieren ständig, dass wir Lehrerstellen streichen. Das ist zweifach doppelzünftig: erstens, weil Sie die k.w.-Stellen schon in den Haushalt hineingeschrieben haben – eigentlich haben Sie also beschlossen, diese Stellen zu streichen –,

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: So ist es!)

und zweitens, weil Sie keine seriöse Gegenfinanzierung haben. Das ist doch der Punkt. Da bitte ich um mehr Seriosität.

Dann kommen wir zur Verschiebung der Besoldungsanpassung. Das macht 300 Millionen € aus. Ich bin gespannt, wie die CDU im Nachtrag, den wir im Herbst vorlegen werden, diese 300 Millionen € gegenfinanzieren will. Denn das wäre die Folge einer Nichtverschiebung im Haushalt 2013. Da bin ich gespannt.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Sie sind doch gefordert!)

– Nein, wenn Sie es ablehnen, sind Sie gefordert. Dann müssen Sie sagen, wie Sie es finanzieren.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Beamtenfeindliche Politik!)

Die Absenkung der Eingangsbesoldung haben Sie abgelehnt. Die Kürzungen bei der Beihilfe – durchaus schmerzhaft, aber zu vertreten – haben Sie abgelehnt –

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Weil es dem öffentlichen Dienst schadet!)

in Summe auch wieder 100 Millionen € bis 2020. Auch hier haben Sie keine Gegenfinanzierung für diese Ablehnung geliefert. Alle strukturell wirkenden Einsparvorschläge, die wir gemacht haben und die wir auch umsetzen wollen, haben Sie abgelehnt, und Sie haben keine Gegenfinanzierung präsentiert.

Ihre Einsparvorschläge waren dann Einmaleinnahmen aus einem Steuerabkommen mit der Schweiz. Ich glaube, von dieser Idee müssten Sie mittlerweile abgerückt sein. Denn der Einzige, dem dies etwas gebracht hätte, wenn man dem zugestimmt hätte, wäre ein prominenter Fußballmanager gewesen. Alle Landeshaushalte und der Bundeshaushalt hätten davon nicht profitiert. Ich hoffe, Sie haben Ihre Meinung, was das Steuerabkommen mit der Schweiz angeht, endlich geändert.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Meine Damen und Herren, die Regierung wird ihrer Verpflichtung, einen Haushaltsplan vorzulegen, nachkommen. Wenn Sie etwas anderes wollen, ist das Ihr gutes Recht. Es ist auch Ihr gutes Recht, überhaupt nichts vorzuschlagen. Wie seriös dies nachher ist, ist eine andere Frage. Aber wenn Sie uns kritisieren und sagen, wir müssten schneller die Nullneuerschuldung hinbekommen, nämlich bis 2016, dann müssen Sie schon auch konstruktive Vorschläge einbringen. Sonst wird dies in der Öffentlichkeit nicht als glaubwürdig betrachtet.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Meine Damen und Herren, in der Allgemeinen Aussprache liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 15/3239. Der Ständige Ausschuss empfiehlt Ihnen in der Beschlussempfehlung Drucksache 15/3774, den Gesetzentwurf abzulehnen.

Ich bitte, damit einverstanden zu sein, dass ich den Gesetzentwurf im Ganzen zur Abstimmung stelle. Wer dem Gesetzentwurf Drucksache 15/3239 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Zurufe von der CDU: Die Mehrheit!)

Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Gesetzentwurf ist mehrheitlich abgelehnt.

(Widerspruch bei der CDU – Zuruf von der CDU: Da müssen Sie noch einmal nachzählen! – Schriftführer Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Das Ergebnis wird angezweifelt!)

Damit ist Punkt 3 der Tagesordnung erledigt.

(Widerspruch bei der CDU – Zuruf von der CDU: Ich würde da gern noch einmal nachzählen lassen! Ich zweifle das an!)

– Dann müssen Sie sich melden.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Er hat sich gemeldet! Sie kennen die Regeln nicht!)

Sie müssen beantragen – –

(Zuruf von der CDU: Das habe ich doch gerade! – Unruhe)

Das heißt, Sie beantragen – –

(Zuruf von der CDU: Ich beantrage, das noch einmal nachzuzählen!)

– Also, der Kollege beantragt, diese Abstimmung zu wiederholen.

(Zuruf von der CDU: Nein!)

Wer stimmt diesem Gesetzentwurf zu? – Haben Sie es gezählt? Haben Sie es im Blick? Gut.

(Zuruf von der CDU: Eindeutig die Mehrheit!)

Wer stimmt dagegen? –

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Die Mehrheit!)

Enthaltungen? – Dann stelle ich wiederum fest, dass der Gesetzentwurf mehrheitlich abgelehnt ist.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Es sind ein paar mehr hereingekommen!)

Damit ist Punkt 3 der Tagesordnung erledigt.

(Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch)

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

**Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung
– Gesetz zur Förderung des Klimaschutzes in Baden-
Württemberg – Drucksache 15/3465**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für
Umwelt, Klima und Energiewirtschaft – Drucksache
15/3607**

Berichterstatter: Abg. Ulrich Lusche

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich das Wort für die CDU-Fraktion Herrn Abg. Lusche.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Abg. Ulrich Lusche CDU: Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Wir behandeln zu einer schwierigen Uhrzeit ein wichtiges Thema. Ich will mich deswegen auf einige zentrale Aussagen beschränken.

Erstens: Wir reden heute in der zweiten Lesung über den Gesetzentwurf dieser Landesregierung für ein Gesetz zur Förderung des Klimaschutzes.

(Unruhe – Zuruf von der CDU: Pst!)

Dieser Gesetzentwurf ist die Erfindung dieser Landesregierung, aber der Klimaschutz ist nicht die Erfindung dieser Landesregierung. Diese Landesregierung konnte vielmehr im Bereich des Klimaschutzes auf hervorragende, qualitativ gute Vorarbeiten der Vorgängerregierung zurückgreifen, was sie ja auch offen einräumt.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Abg. Jörg Fritz GRÜNE: Das müssen Sie erst einmal belegen!)

Dies sei vorab zur Vermeidung falscher Eindrücke gesagt. – Ein Blick in die Gesetzesbegründung hilft.

Der Klimaschutz war und ist für die CDU eine wichtige, eine zentrale Frage. Deswegen sind wir dort wie auch auf allen anderen Feldern bereit, wo es inhaltlich vertretbar ist, konstruktiv mit Ihnen zusammenzuarbeiten, was wir, denke ich, auch in der heutigen Beratung wieder unter Beweis stellen.

Aber gerade weil uns der Klimaschutz wichtig ist, kann ich nur sagen: Es ist nicht nur gut, dass es die CDU-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg gibt, sondern auch gut, dass es die CDU-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg in diesem Verfahren gab und gibt.

(Beifall bei der CDU)

Warum? Wir haben heute zur Beschlussempfehlung des Ausschusses auch über zwei Änderungsanträge zu beraten, die in entscheidendem Maß auf unseren Beitrag im Gesetzgebungsverfahren zurückzuführen sind. Zum einen geht es darum, dass es nicht ausreicht, hier mit großem Pathos hehre Gesetze zu verabschieden. Vielmehr finden wir, die CDU, es ganz ent-

scheidend, dass diese Gesetze handhabbar sind, um von den Betroffenen vor Ort ordentlich umgesetzt werden zu können. Da gab es im Gesetzentwurf in seiner ursprünglichen Form erhebliche Defizite. Insofern haben wir uns darum bemüht, den Wünschen der Betroffenen Rechnung zu tragen, indem der Zeitraum bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes etwas gestreckt wird, damit die ganze Veranstaltung nicht zu einer Verschlimmderung führt.

Sie haben unsere entsprechenden Anträge im Ausschuss nicht mitgetragen. Aber ich will deutlich sagen: Der vorliegende Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, Grünen und SPD für eine zumindest teilweise zeitliche Streckung ist unser Verdienst in diesem Verfahren. Wir können das mittragen, wenn gleich wir uns da noch mehr gewünscht hätten.

(Beifall bei der CDU)

Wir kennen das ja schon. Stichwort Landesplanungsgesetz: Erst werden hier Gesetze verabschiedet, die komplexe Fragen aufwerfen, und am Ende beschimpft dann der Fraktionsvorsitzende der SPD die unteren Verwaltungsbehörden, dass sie das angeblich nicht richtig umsetzen, wobei diese sich nur mit dem auseinandersetzen müssen, was hier beschlossen worden ist.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Das zweite Thema – das ist für uns ein ganz zentrales Thema in diesem Haus –: Wir waren schon etwas verwundert, dass Sie, liebe Kollegen, vor dem Hintergrund, dass das Gesetz ein ganz zentrales Element enthält, nämlich das integrierte Energie- und Klimaschutzkonzept, bei dem mehr oder weniger nur eine Statistenrolle für den Landtag vorgesehen war,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

unserem Vorschlag, dieses Haus an dem Verfahren ordentlich zu beteiligen, indem das Klimaschutzkonzept mit Zustimmung des Landtags verabschiedet werden muss, nicht folgen konnten. Wir glauben, dass das ein Fehler ist. Deshalb bieten wir Ihnen mit dem Änderungsantrag, den wir gemeinsam mit den Kollegen von der FDP/DVP eingebracht haben, heute noch einmal an, das Verfahren durch ein Erfordernis der Zustimmung dieses Hauses aufzuwerten, wenn schon der Klimaschutz durch das Gesetz aufgewertet werden soll. Ich fordere Sie auf: Stimmen Sie unserem Änderungsantrag zu.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Ich will aber gleich sagen: Sollte dies leider nicht der Fall sein, so sind wir bereit, uns der Ausschussempfehlung, die aufgrund unseres Antrags zustande gekommen ist, nämlich dass der Landtag zumindest vor der Kabinettsbefassung förmlich einzubeziehen ist, anzuschließen. Auch das ist wiederum ein Erfolg der konstruktiven Mitarbeit der CDU-Fraktion im Gesetzgebungsverfahren.

(Beifall bei der CDU)

Herr Minister, ich habe es schon gesagt: Sie sind nicht der Erste, der sich mit dem Klimaschutz beschäftigt. Mit der Verab-

(Ulrich Lusche)

scheidung dieses Gesetzes ist ein Schritt getan, und es werden viele weitere zu folgen haben.

Vorhin habe ich gesagt: „Gut, dass es die CDU-Landtagsfraktion in diesem Verfahren gab und gibt“, und ich will damit schließen: Gut, dass es die CDU-Landtagsfraktion auch im weiteren Verfahren geben wird. Wir werden uns sehr genau anschauen, ob Sie das, was Sie formuliert haben, nämlich einen angemessenen Beitrag des Landes zum Klimaschutz zu leisten, in einer vernünftigen, mit den Beteiligten ordentlich koordinierten, Überbelastungen vermeidenden und gut kommunizierten Art und Weise umsetzen und ob Sie sich auch zeitlich etwas sputen. Denn die Tatsache, dass wir jetzt diesen Zeitdruck hatten, liegt ja einfach daran, dass dieses Gesetz relativ spät auf den Weg gekommen ist. Ich will die deutliche Erwartung formulieren, dass dies, wenn wir jetzt noch etwas zugeben, beim Klimaschutzkonzept anders sein wird.

Also: Wir machen keine Blockade, wir machen mit. Aber wir schauen sehr genau hin, was gemacht wird und wo wir dann gegebenenfalls korrigierend eingreifen müssen. Das ist konstruktive Oppositionsarbeit.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Herrn Abg. Renkonen.

Abg. Daniel Renkonen GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die CDU hat sich gerade selbst sehr gelobt.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Jetzt loben Sie sie halt auch noch! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das sollten Sie auch tun!)

Jetzt muss man sich die Frage stellen, Herr Kollege Lusche: Warum gibt es noch kein Klimaschutzgesetz in Baden-Württemberg? Das hätten Sie doch auf den Weg bringen können. Fehlanzeige!

Trotzdem müssen wir Ihnen Respekt zollen. Das sagen wir auch ganz offen. Denn Klimaschutz eignet sich nicht für parteipolitische Spielchen. Klimaschutz ist eine nationale Aufgabe. Hierfür brauchen wir eine Allianz aller Parteien. Deswegen bedauern wir es auch sehr, dass die FDP/DVP hier heute blockieren wird.

(Beifall des Abg. Thomas Marwein GRÜNE)

Aber jetzt zu Ihren Argumenten. Sie behaupten, dass der Landtag beim integrierten Energie- und Klimaschutzkonzept nicht hinreichend eingebunden wird. Das ist nachweislich falsch. Im Übrigen haben Sie Ihr eigenes Konzept „Klimaschutz-Plus“ aus dem Jahr 2010 am Landtag vorbei beschlossen, nämlich auf Ministeriumsebene.

Niemand von uns will Maßnahmen am Parlament vorbei entscheiden. Das versteht sich von selbst. Unserer Meinung nach reicht es aber völlig aus, wenn der Landtag spätestens im Jahr 2014 eine Stellungnahme zum Konzept abgibt. Es ist unmöglich, im Zweifelsfall über 110 Einzelmaßnahmen in diesem Hohen Haus zu debattieren.

(Abg. Peter Hauk CDU: Aber das machen Sie breit angelegt in der Öffentlichkeit, und den Landtag halten Sie nicht für fähig!)

Daher werden wir den Änderungsantrag ablehnen.

(Beifall bei den Grünen – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abg. Lusche?

Abg. Daniel Renkonen GRÜNE: Selbstverständlich, ja.

(Abg. Walter Heiler SPD: Aber nicht kurz vor 13:00 Uhr! – Heiterkeit bei den Grünen)

Abg. Ulrich Lusche CDU: Vielen Dank, Herr Kollege. – Angesichts der Zeit in aller Kürze: Wenn Sie die Gesetzesbegründung lesen, dann können Sie ihr entnehmen, dass im Klimaschutzkonzept insbesondere wesentliche Ziele und Grundzüge festgelegt werden. Es ist nicht nötig, über jede der 110 Einzelmaßnahmen zu diskutieren. Würden Sie mir beipflichten, dass es diesem Haus gut ansteht, im Fünfjahresrhythmus, wie es vorgesehen ist, über wesentliche Grundsätze der Klimapolitik zu diskutieren?

(Abg. Johannes Stober SPD: Das machen wir doch mit dem Vorschlag!)

Abg. Daniel Renkonen GRÜNE: Das machen wir doch, Herr Lusche. Das wollte ich nämlich gerade sagen. Es ist doch völlig klar: Niemand von uns will am Parlament vorbei über so wichtige Fragen des Klimaschutzes entscheiden. Wir wollen aber keine Zustimmung des Landtags zu den einzelnen Maßnahmen, sondern wir wollen dem Landtag die Möglichkeit geben, eine Stellungnahme abzugeben.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Gehört und überhört!)

Im Übrigen: Transparenter als diese Regierung kann man ein Verfahren zum Klimaschutzgesetz nicht gestalten. 7 000 Bürger hatten die Gelegenheit, ihre Vorschläge zum Gesetz über das Internetportal BEKO einzubringen. Dazu haben wir Verbände gehört, wir haben die Kammern gehört, und wir haben noch Experten im Umweltausschuss angehört. Ich finde, das kann sich sehen lassen und hat wirklich viel mit Transparenz zu tun.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Die Anhörung hat gezeigt: Das Klimaschutzgesetz ist rechtmäßig und bewegt sich innerhalb der Gesetzgebungskompetenz des Landes. Wir wollen keiner Gemeinde, keinem Landkreis und keinem Unternehmen vorschreiben, wie sie Klimaschutz zu praktizieren haben. Stattdessen formulieren wir Ziele zur Minderung des CO₂-Ausstoßes, die wir in den Bereichen Energie, Verkehr und Landwirtschaft erreichen wollen. Dazu wollen wir den Klimaschutz bei den Genehmigungsverfahren gesetzlich verankern, was insbesondere bei den anstehenden Regionalplanänderungen fundamental wichtig ist.

Meine Damen und Herren, es geht uns darum, dass wir dem Klimaschutz den Stellenwert geben, den er verdient. Hierzu erarbeitet das Umweltministerium noch in diesem Jahr eine Vollzugshilfe für die Kommunen und Landkreise.

(Daniel Renkonen)

Wir haben nicht viel Zeit; denn der CO₂-Ausstoß im Land ist nach Angaben der Landesanstalt LUBW bis zum Jahr 2010 weiter gestiegen, und zwar um 3,6 %. Er ist nicht gesunken. Dies zeigt, vor welch großen Herausforderungen das Land Baden-Württemberg steht. Bundesweit ist der CO₂-Ausstoß trotz des Zusammenbruchs der Ostindustrie ebenfalls gestiegen.

Besonders besorgniserregend ist für unsere Fraktion die Zunahme der CO₂-Emissionen im Straßenverkehr um über 10 %. Das ist eine dramatische Entwicklung. 30 % aller CO₂-Emissionen werden inzwischen vom Straßenverkehr verursacht. Das belegt, dass die bisherige Verkehrspolitik gescheitert ist. Wir produzieren Staus und Feinstaub, anstatt durch intelligentere Mobilitätskonzepte die Autofahrer zum Umsteigen auf Bahn und Bus zu bewegen. Genau Letzteres wollen wir mit unserem Maßnahmenkatalog erreichen, indem wir verschiedene Instrumente einführen und diskutieren, wie wir gerade hier eine Verlagerung vom Autoverkehr auf den ÖPNV voranbringen können.

(Beifall bei den Grünen)

Ich sage Ihnen ganz offen: Man muss auch über heilige Kühe diskutieren. Konkret: Eine Nahverkehrsabgabe sollte unserer Meinung nach zumindest geprüft werden. Denn wir brauchen mehr Geld im System, um den ÖPNV auszubauen, um möglicherweise auch zusätzliche Angebote für Berufspendler zu schaffen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Angesichts des dramatischen Temperaturanstiegs um durchschnittlich 1 Grad – in der Region Mittlerer Neckar sogar 1,3 Grad – besteht also dringender Handlungsbedarf. Der Klimawandel führt nicht nur zu Wetterextremen, sondern bringt auch gewaltige volkswirtschaftliche Schäden in Milliardenhöhe mit sich, die der Staat auf Dauer nicht mehr bezahlen kann. Daher haben wir in unserem Gesetzentwurf das besagte IEKK verankert.

Es ist häufig von einem Symbolgesetz die Rede; genau das Gegenteil ist der Fall. Wir legen 110 zielgerichtete Maßnahmen in den Bereichen Landwirtschaft, Energie und Verkehr fest. Dabei machen wir Vorschläge, wie wir den CO₂-Ausstoß reduzieren und den Ausbau der erneuerbaren Energien voranbringen.

(Zuruf des Abg. Ulrich Lusche CDU)

Ich möchte ein Beispiel nennen: Durch das energieeffiziente Sanieren und Bauen mithilfe von Landeszuschüssen wurden mittlerweile Investitionen in Höhe von 1,9 Milliarden € ausgelöst und wurde der CO₂-Ausstoß um 135 000 t reduziert. Ich denke, das ist ein Wort.

Deshalb bleibt festzuhalten: Das Klimaschutzgesetz ist unserer Meinung nach ein Umsetzungsgesetz mit zielgerichteten Maßnahmen. Ab heute gilt: Für uns wird der Klimaschutz zur nationalen Aufgabe.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Stober.

Abg. Johannes Stober SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Gut, dass wir heute mit großer Mehrheit in diesem Haus das Klimaschutzgesetz verabschiedet werden. Das zeigt: Der Klimaschutz und die Energiewende sind eine gemeinsame Aufgabe. Bei allen Diskussionen und Auseinandersetzungen, die wir im Detail führen – auch heute wieder –, ist das, glaube ich, ein ganz, ganz wichtiges Zeichen.

Ich möchte mich auch noch einmal bei allen Beteiligten bedanken, auch für die Beratung. Uns war wichtig, dass wir dieses Gesetz noch vor der Sommerpause verabschieden, dass wir eine Anhörung gemacht haben, die aus meiner Sicht sehr fundierte und gute Informationen und Ergebnisse geliefert hat, und dass wir heute auch einen von drei Fraktionen getragenen gemeinsamen Änderungsantrag vorliegen haben. Dies zeigt, glaube ich, dass es eine sehr konstruktive Zusammenarbeit gegeben hat. In diesem Zusammenhang deshalb noch einmal Dank an alle Beteiligten.

Das Gesetz hat zwei Schwerpunkte. Es ist zum einen ein schlankes Rahmengesetz, in dem die Klimaschutzziele definiert werden: Senkung des CO₂-Ausstoßes, bezogen auf 1990, um 25 % bis zum Jahr 2020 und um 90 % bis zum Jahr 2050. Es wurde uns vom ZSW noch einmal sehr deutlich erläutert, unter welchen Rahmenbedingungen das möglich ist und dass das Ziel zwar anspruchsvoll, aber erreichbar ist.

Darüber hinaus werden wir dieses Klimaschutzziel auf die gleiche Stufe wie den Naturschutz oder andere Rechtsmaterien heben, sodass der Klimaschutz nicht unter- oder oberhalb des Naturschutzes angesiedelt ist, sondern auf einer Ebene mit ihm. Das muss in die entsprechenden Abwägungen einfließen. Ich denke, das ist ein sehr wichtiges Signal. Trotz seiner geringen Paragrafenanzahl ist das Gesetz äußerst wichtig.

Das zweite Herzstück dieses Gesetzes ist das von meinen beiden Vorrednern schon angesprochene integrierte Energie- und Klimaschutzkonzept, IEKK. Die Landesregierung hätte auch ohne Klimaschutzgesetz ein solches Konzept erstellen können, wie es die alte Landesregierung getan hat; das ist schon angesprochen worden. Es ist aber gut und richtig, dem auch Gesetzesrang zu geben, sodass das Konzept erstellt und alle fünf Jahre fortgeschrieben werden muss

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

und der Landtag von Baden-Württemberg ein Mitspracherecht hat.

(Zuruf: Immerhin!)

Es ist ein starkes Zeichen für dieses Parlament, sich dieses Recht zu nehmen, auch wenn es im Gesetzentwurf nicht vorgesehen war.

Ich sage dazu – ich bin schon in der letzten Legislaturperiode Abgeordneter gewesen –: Ich kann mich nicht daran erinnern, dass sich das Parlament bei entsprechenden Diskussionen diese Rechte genommen hätte. In meinen Augen sind wir beim Maximum

(Abg. Peter Hauk CDU: Stimmt nicht!)

(Johannes Stober)

dessen, was man erreichen kann. Das steht für das Selbstbewusstsein dieses Parlaments und insbesondere für das Selbstbewusstsein der Fraktionen GRÜNE und SPD.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Zum Änderungsantrag der CDU möchte ich noch eines ergänzen: Es ist für uns, das Parlament, wichtig, die Regierung zu kontrollieren und eigene Vorschläge einzubringen. Es ist aber nicht unsere Aufgabe, Regierung zu spielen. Wir haben eine Exekutive und eine Legislative, und die Umsetzung des IEKK ist eine Aufgabe der Exekutive. Wir können uns überlegen, noch weitere Rahmengesetze zu machen. Wir werden das Erneuerbare-Wärme-Gesetz novellieren. Wir können auch darüber nachdenken, Weiteres gesetzgeberisch vorschreiben zu wollen. Wir legen aber auf eine saubere Gewaltenteilung zwischen Legislative und Exekutive wert. Wir sind im Ausschuss an die maximale Grenze gegangen und sind dafür, dass es dabei bleibt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Staatssekretär Ingo Rust: Sehr gut!)

Der zweite Änderungsantrag ist von drei Fraktionen gemeinsam eingebracht worden. In der Anhörung haben wir vom Landkreistag den dringenden Hinweis erhalten, dass die unteren Verwaltungsbehörden Umsetzungshinweise von der Landesregierung brauchen. Der Zeitraum, dies um 18 Monate zu verschieben, war uns zu lang. Wir sind dem Umweltministerium sehr dankbar für seine Zusage, dass diese Anwendungshinweise noch dieses Jahr kommen werden. Damit können wir uns im Änderungsantrag für das spätere Inkrafttreten auf die Artikel beschränken, in denen es um diese Anwendungshinweise geht.

Der ursprüngliche Vorschlag war, die Klimaschutzziele als solche, also das Herzstück, § 4 des Klimaschutzgesetzes, erst später in Kraft treten zu lassen. Das ist der falsche Weg. Deshalb ist es für uns wichtig, die Regelungen auf die Artikel zu beschränken, bei denen man die Anwendungshinweise braucht. Das ist eine sehr gute Lösung und nicht nur ein Erfolg der CDU-Fraktion, sondern auch ein Erfolg der Fraktion GRÜNE und der SPD-Fraktion.

Ich denke, heute ist ein guter Tag, an dem wir hier um Lösungen ringen. Wir werden das bei der Debatte über das IEKK, in der es nicht nur um das Rahmengesetz, sondern auch um die konkreten Inhalte geht, noch einmal sehr intensiv – wohl im Laufe des zweiten Halbjahrs 2013 – im Landtag von Baden-Württemberg tun. Ich freue mich auf diese Debatte. Das Konzept befindet sich schon in der Anhörung. Es enthält viele Maßnahmen, bei denen wir etwa über die Fragen streiten werden: Was ist richtig? Was soll möglicherweise nicht enthalten sein? Vielleicht nehmen wir uns als Parlament auch gezielt die Kompetenz heraus, manches gesetzlich zu regeln. Auch darüber können wir diskutieren. Ich freue mich auf die spannende Debatte, die wir in diesem Herbst führen werden.

Die heutige Diskussion und die fraktionsübergreifende Entscheidung aller relevanten Kräfte in diesem Parlament sind sehr wichtig. Deswegen bedanke ich mich noch einmal herzlich für Ihre Aufmerksamkeit und die gute Zusammenarbeit bei diesem Thema.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Dr. Bullinger das Wort.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! In Vertretung unseres umwelt- und energiepolitischen Sprechers Andreas Glück, der sich heute einer Operation unterziehen muss und dem wir sicherlich alle baldige Genesung wünschen,

(Abg. Thomas Blenke CDU: Gute Besserung, ja!)

nehme ich abschließend zu diesem Gesetzentwurf zur Förderung des Klimaschutzes in Baden-Württemberg Stellung.

Ohne Zweifel sind wir alle für die Reduzierung von Treibhausgasen. Das ist, glaube ich, hier kein Diskussionspunkt. Ich darf allerdings auch begründen, warum wir heute diesem Gesetzentwurf nicht zustimmen.

Ich weise auch darauf hin, dass neben dem Verkehr, Herr Kollege, nach wie vor gerade der Wärmebereich, der Wohnungsbereich einen großen Anteil an der Emission von Treibhausgasen, am Ausstoß von CO₂, hat. Ich darf daran erinnern, dass wir beispielsweise 1998 in der ersten schwarz-gelben Koalition mit der Unterstützung der Altbausanierung – vorbildlich im ganzen Bundesgebiet – angefangen haben. Da hat man natürlich nicht genug gemacht und müsste noch nachjustieren. Aber es war sicherlich richtig, zu handeln.

Ohne Zweifel müssen wir alle, wie gesagt, mehr tun, wobei ich relativierend hinzufüge: Man sollte nicht Kleinigkeiten hochspielen, die nachher der Wirtschaft wehtun und den Bürger ärgern. Denn man muss das Ganze auch global sehen. Natürlich macht Kleinvieh auch Mist. Das weiß ich auch.

Gern hätte ich jetzt vor allem noch etwas dazu gelesen, was im IEKK, wie es sich so schön abkürzt, konkret vorgesehen ist. Das Gesetz selbst erscheint mir eigentlich sehr zahnlos. Mich und uns Liberale stört an diesem Gesetz vor allem, dass es sehr unkonkret ist und letztlich der Regierung überlassen bleibt, was getan wird. Da bin ich ganz anderer Meinung als Sie. Es ist völlig richtig: Zwischen Exekutive und Legislative muss man trennen. Aber bei ganz entscheidenden Dingen möchte ich hier im Haus als vom Volk gewählter Abgeordneter entsprechend mitstimmen.

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Stimmen Sie zu, heute! Dann sind Sie dabei! – Abg. Johannes Stober SPD: Zum Gesetz!)

Deshalb haben wir gemeinsam mit der CDU einen Änderungsantrag eingebracht, der sicherlich Sinn macht. Denn es darf nicht sein, dass man womöglich einen Freibrief für irgendwelche Dinge gibt, die nachher den Standort, den Wirtschaftsstandort, den Forschungsstandort entscheidend schwächen.

(Abg. Johannes Stober SPD: Darf die Regierung gar nichts mehr machen?)

Dagegen wehren wir uns. Deshalb: Wenn Sie dem Änderungsantrag von CDU und FDP/DVP nicht zustimmen, werden wir diesem Gesetzentwurf nicht zustimmen können. Der Umweltminister wird dann nämlich über Verordnungen und Richtlinien das machen, was er für richtig hält – an unserem Haus hier vorbei. Diese Ermächtigung der Exekutive bei einem

(Dr. Friedrich Bullinger)

solch wichtigen Thema für Wirtschaft, Standort, Umwelt, Energie darf nicht sein. Es darf nicht sein, dass das an uns vorbeigeht.

Meine Damen und Herren, mir ist wichtig, darauf hinzuweisen, dass manche Dinge sehr populistisch und gut klingen, aber sich unter dem Strich in der Gesamtbilanz, in einer Ökobilanz womöglich überhaupt nicht rechnen werden. Natürlich wird auch das eine oder andere von einem Ministerium über eine Pressemitteilung als toll verkauft; unter dem Strich gibt es aber Nachteile für die Wirtschaft und bringt nicht viel.

Ich kenne diese Dinge von anderen Ländern, in denen man das ebenfalls versucht. Auch das, was in Nordrhein-Westfalen in diesem Bereich geplant ist, darf nicht sein.

Noch einmal: Viel wichtiger wäre mir, dass wir hinsichtlich der Effizienz der verbrauchten Primärenergie und der Energieeinsparung weiterkommen. Da waren Sie im Bundesrat gefordert. Lieber Herr Umweltminister, ich weiß, Sie haben im Bundesrat noch dafür geworben, vor allem die steuerliche Abschreibung in diesem Bereich zu ermöglichen. Denn Geld ist da, und die Menschen wären bereit, gerade hinsichtlich der Energieeinsparung und der Effizienzverbesserung im Wärmebereich mehr zu tun. Das ist ein Punkt, der im Bundesrat leider gescheitert ist.

Andere Punkte sind, mehr Anreize beispielsweise bei BHKWs zu schaffen und die Verkehrsinfrastruktur zu verbessern. Hier müssen wir mehr investieren. Ich darf hierbei daran erinnern, dass gerade bei den Autobahnen und Bundesstraßen viel versäumt wurde. Herzlichen Gruß an das elf Jahre SPD-geführte Bundesverkehrsministerium. Das darf man an dieser Stelle auch einmal sagen.

Ich gebe Ihnen recht: Sie brauchen mehr Mittel. Denn Stau ist das Schlechteste für die Energiebilanz. Wir brauchen intelligente Systeme. Wir brauchen vor allem einen fließenden Verkehr. Wenn ich daran denke, wie viel Sprit täglich auf den Autobahnen verbraucht wird, weil die Autos stundenlang im Stau stehen, dann muss ich sagen: Da könnte man etwas machen. Das wäre viel sinnvoller als irgendwelche Showeffekte.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Ich möchte zum Schluss noch einmal fragen: Wie ist das eigentlich mit der volkswirtschaftlichen Betrachtung?

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Werden diese Dinge auch entsprechend hinterfragt? Ich selbst wünsche mir eine demokratisch legitimierte, ökologisch-sozial verpflichtete Marktwirtschaft. Das kann nur mit Zustimmung dieses Parlaments funktionieren. Es darf hingegen kein Freibrief für die Ministerien bzw. die Exekutive geben.

Meine Damen und Herren, in diesem Sinn macht mich die Zustimmung der CDU – das will ich deutlich sagen – äußerst nachdenklich. Das Gesetz als solches mag harmlos klingen, aber die Ausführungsverordnungen, die Richtlinien, die möglichen ideologisch geprägten Daumenschrauben über das IEKK können durchaus bewirken, dass unser Standort für Investitionen, für unsere Wirtschaft und für die Bürgerinnen und

Bürger nicht mehr attraktiv ist, sodass die Investitionen eher abwandern.

Meine Damen und Herren, aus den von mir genannten Gründen, dass das Gesetz schwammig und unkonkret ist und einen Freibrief für die Regierung darstellt, am Parlament vorbei Ermächtigungen auf den Weg zu bringen, werde ich im Interesse der Umwelt und des Wirtschaftsstandorts Baden-Württemberg gemeinsam mit meiner Fraktion diesem Gesetzentwurf nicht zustimmen.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Leopold Grimm
FDP/DVP: Jawohl!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Untersteller das Wort.

Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Herr Kollege Bullinger, ich finde es ein bisschen putzig, dass Sie die CDU-Fraktion warnen, mit diesem Gesetzentwurf drohe die Gefährdung des Wirtschaftsstandorts. Sie brauchen sich keine Sorgen zu machen. Weder die beiden Regierungsfractionen noch die CDU-Fraktion haben ein Interesse daran, dass der Wirtschaftsstandort mit einem solchen Gesetz gefährdet wird.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Du selbst auch nicht! Das weiß ich!)

Ganz im Gegenteil: Wir glauben, dass wir den Wirtschaftsstandort mit einem solchen Gesetz auf Dauer eher stärken werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir beraten heute abschließend den von der Landesregierung im Mai 2013 eingebrachten und in der vergangenen Woche im Umweltausschuss mit allen Fraktionen ausgiebig diskutierten und mit Mehrheit beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zur Förderung des Klimaschutzes in Baden-Württemberg.

Der Landtag entscheidet damit auch darüber, ob er die Möglichkeit wahrnimmt, dass Baden-Württemberg nach Nordrhein-Westfalen als zweites Bundesland den Klimaschutz gesetzlich verankert und damit auch in gewisser Hinsicht dem verfassungsrechtlichen Schutzauftrag nach Artikel 20 a des Grundgesetzes bzw. Artikel 3 a unserer Landesverfassung nachkommt. Darin heißt es sinngemäß, dass der Staat auch in der Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen durch die Verfassungsordnung, die Gesetzgebung, die Exekutive und die Judikative schützen soll.

Der Klimaschutz ist – bei dieser Frage war man sich im Ausschuss zumindest zwischen den drei großen Fraktionen dieses Landtags einig – eine zentrale Aufgabe, mit der man sich nicht nur auf EU- und nationaler Ebene, sondern auch auf der Ebene der Länder und der Kommunen auseinandersetzen muss. Zugleich – auch darüber herrscht grundsätzlich Einigkeit – diskutieren wir über ein Thema, das im Hinblick auf die Begrenzung des Anstiegs der globalen Durchschnittstemperatur von existenzieller Bedeutung für künftige Generationen ist.

(Minister Franz Untersteller)

Angesichts der klaren wissenschaftlichen Erkenntnisse über die dramatischen Folgen der Klimaerwärmung kommt dem Klimaschutz eine so wesentliche Bedeutung zu, dass der Gesetzgeber schlichtweg handeln muss.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Ich persönlich habe die Hoffnung, dass wir mit diesem Gesetz – insofern bin ich sehr dankbar, dass die CDU-Fraktion diesen Gesetzentwurf unterstützt – eine Pilotfunktion auch für den Bund wahrnehmen. Vor etwa sechs Jahren gab es eine ähnliche Situation. Damals ging es um das Erneuerbare-Wärme-Gesetz, bei dem Baden-Württemberg eine Pilotfunktion eingenommen und der Bund nachgezogen hat. Leider geschah dies seinerzeit nicht in dem Ausmaß, wie ich es mir gewünscht habe, nämlich auch bezogen auf die Bestandsgebäude.

Ich hoffe, dass wir mit diesem breit getragenen Gesetzentwurf ein Signal an den Bund senden. Wir sind uns sicherlich einig, dass wir eine solche gesetzliche Regelung eher sogar auf Bundesebene brauchen. Wir nehmen an dieser Stelle aber die Gesetzgebungskompetenz wahr, solange der Bund nicht bereit ist, seine Gesetzgebungskompetenz bei dieser Frage auszufüllen.

Meine Damen und Herren, die Zielsetzungen der Energiewende und des Klimaschutzes werden zwischenzeitlich von einer breiten Mehrheit in der Gesellschaft getragen. Ich freue mich deshalb umso mehr, dass auch die größte Oppositionsfraktion im Landtag

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Die größte Fraktion!)

nach der Anhörung im Umweltausschuss bzw. nach der intensiven Diskussion im Umweltausschuss ihre Zustimmung signalisiert hat. Unsere Zukunft, und vor allem die der Kinder in unserem Land, hängt ganz wesentlich davon ab, dass wir die Energiewende und den Klimaschutz als gemeinsame Aufgabe begreifen und auch als Chance nutzen. So gesehen ist die sich abzeichnende breite Mehrheit hier im Hohen Haus für mich ein wichtiges und ein klares Signal nach außen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Und eine Verpflichtung!)

Wir können mit diesem Gesetz nicht nur unserem Schutzauftrag gerecht werden. Vielmehr ist es auch ein wichtiger Eckpfeiler für eine innovative Wirtschaft, Herr Kollege Bullinger, und eine innovative Energiepolitik, die den Stärken unserer Wirtschaft nachhaltigen Raum gibt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Mit dem Gesetz zur Förderung des Klimaschutzes in Baden-Württemberg legt der Gesetzgeber fest, wohin die Reise mittel-, aber auch langfristig in Bezug auf die Minderung der Treibhausgasemissionen gehen soll. Mit einer gesetzlichen Regelung schaffen wir eine solide Planungsgrundlage für alle Stakeholder – wie das neudeutsch heißt. Die Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber auch die Politik und die Verwaltungen erhalten damit verbindliche langfristige Ziele.

Das Klimaschutzgesetz ist ein schlankes Rahmengesetz, das die wesentlichen Ziele und Instrumente des Klimaschutzes als Daueraufgabe für Baden-Württemberg festlegt.

(Unruhe – Zuruf: Pst!)

Weder bauen wir damit Luftschlösser, noch betreten wir damit völliges Neuland. Vielmehr haben wir im Vorfeld des Gesetzgebungsprozesses seriös auf der Grundlage von Studien ausloten lassen, welchen angemessenen Beitrag das Land zu den Klimaschutzziele auf Bundesebene bzw. auch zu den Klimaschutzziele auf europäischer Ebene leisten kann.

Außerdem haben wir uns bei der rechtlichen Systematik an bewährte umweltrechtliche Normsetzungen angelehnt, die jeweils Ziele und Grundsätze für ihre Schutzbereiche vorgeben, beispielsweise im Naturschutzrecht.

Meine Damen und Herren, die Anhörung im Umweltausschuss hat deutlich gezeigt, dass es sich hier um einen ausgewogenen Gesetzentwurf handelt, der auf solider verfassungsrechtlicher Grundlage steht.

Lassen Sie mich noch ein paar Bemerkungen zu den zentralen Eckpfeilern, die das Gesetz enthält, machen. Im Gesetz legen wir Klimaschutzziele fest. Bis zum Jahr 2020 sollen die Treibhausgasemissionen um mindestens 25 % und bis zum Jahr 2050 um mindestens 90 % gegenüber dem Stand von 1990 gemindert werden. Dabei handelt es sich um eine verbindliche Zielvorgabe, die sich von den vorhandenen Zielsetzungen auf nationaler, europäischer sowie internationaler Ebene und den Potenzialen Baden-Württembergs ableitet.

Bei der Zielsetzung bis zum Jahr 2020 mussten wir berücksichtigen, dass wir in Baden-Württemberg bei der Stromerzeugung in der Vergangenheit, wie wir alle wissen, einen hohen Kernenergieanteil – Stichwort plus/minus 50 % – an der Bruttostromerzeugung hatten. Heute liegt der Anteil der Kernenergie an der Bruttostromerzeugung bei etwa 33 %. Er wird in den nächsten Jahren weiter absinken. Trotzdem müssen wir in den nächsten Jahren natürlich einem zusätzlichen Anstieg der Treibhausgasemissionen, der mit dem Atomausstieg verbunden sein könnte, entgegenwirken.

Entscheidend ist, dass wir die notwendige Dynamik für die langfristige Reduktion bis zum Jahr 2050 erreichen. Das ist so oder so ambitioniert. Aber, meine Damen und Herren, wir sind der festen Überzeugung, dass es machbar ist.

Die Fragen, wie wir dieses Ziel erreichen, welche Ziele in den einzelnen Sektoren und welche energiepolitischen Ziele anvisiert werden sollen und mit welchen Strategien und Maßnahmen das erreicht werden kann, wollen wir in einem integrierten Energie- und Klimaschutzkonzept beantworten. Aus meiner Sicht macht es keinen Sinn, diese Dinge im Gesetz selbst zu regeln. Denn die Umsetzung der Klimaschutzziele ist eine Querschnittsaufgabe, die verschiedene Sektoren betrifft und aufgrund ihrer Komplexität letztendlich auch Handlungsspielräume braucht. Entscheidend ist aber, dass der Kurs dauerhaft klar ist. Dafür sorgt dieses Klimaschutzgesetz.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Der Gesetzentwurf betont in der Regelung zum sogenannten IEKK auch, dass die Versorgungssicherheit und, Herr Kolle-

(Minister Franz Untersteller)

ge Bullinger, die Wirtschaftlichkeit der Energieversorgung zu berücksichtigen sind.

(Zuruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

Wir sprechen deshalb auch ganz bewusst von einem integrierten Energie- und Klimaschutzkonzept, das die energiepolitischen Anforderungen vollumfänglich mitdenkt.

Den Arbeitsentwurf für das IEKK haben wir bereits mit den Verbänden sowie Bürgerinnen und Bürgern in einem – bislang einmaligen – umfangreichen Beteiligungsverfahren diskutiert. Die Empfehlungen aus diesem Prozess werden derzeit geprüft. Die Ergebnisse werden dann nach der Sommerpause in die Fortschreibung des IEKK einfließen.

Wir haben den Entwurf des Klimaschutzgesetzes und den ersten Arbeitsentwurf zum IEKK bewusst zeitlich überschneidend auf den Weg gebracht, damit konkret sichtbar wird, wie das gesetzliche Klimaschutzziel, das wir heute hier verankern, erreicht werden kann.

Dabei ist klar, dass wir mit unserem IEKK Baden-Württemberg an die bereits auf Bundesebene bzw. auf europäischer Ebene getroffenen Klimaschutzmaßnahmen anknüpfen, diese im Land vollziehen und durch eigene Maßnahmen ergänzen und verstärken.

Der Umweltausschuss hat bei den Beratungen des Klimaschutzgesetzes beschlossen, dass der Landtag vor dem Beschluss der Landesregierung über das integrierte Energie- und Klimaschutzkonzept Gelegenheit zur Stellungnahme erhält. Herr Kollege Hauk, dies ist eine Form der Beteiligung der Legislative an einem Konzept der Exekutive,

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

die wir in dieser Form für sinnvoll und angemessen halten. Der Beschluss des Konzepts durch den Landtag selbst, wie von den beiden Oppositionsfraktionen vorgeschlagen –

(Abg. Peter Hauk CDU: Nein, die Zustimmung! Das ist etwas anderes!)

– Die Zustimmung, Herr Kollege Hauk. Ich korrigiere mich: Die Zustimmung zu dem Konzept durch den Landtag selbst, wie von den beiden Oppositionsfraktionen vorgeschlagen, passt unseres Erachtens nicht zur grundgesetzlichen Aufgabenverteilung – das wurde eben von Herrn Abg. Stober schon angesprochen –,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Spielweise!)

die zwischen Exekutive und Legislative besteht.

(Abg. Peter Hauk CDU: Dann dürfte der Bundesrat nie Rechtsverordnungen zustimmen!)

Das würde auch dem Konzeptcharakter und dem notwendig damit verbundenen Umsetzungsspielraum nicht gerecht werden.

Im Übrigen darf ich daran erinnern: In der letzten Legislaturperiode hatten wir das Klimaschutzkonzept 2020PLUS. Erin-

nern Sie sich einmal. Ich jedenfalls kann mich nicht daran erinnern, dass wir die Situation gehabt hätten, dass die damalige Landesregierung eine Zustimmung des Landtags zu diesem Konzept vorausgesetzt hätte, sondern wir haben seinerzeit eine Debatte darüber geführt, aber auch nicht mehr. Ich glaube, auch im vorliegenden Fall sollten wir so verfahren.

Zum Schluss möchte ich noch einmal auf die bei der Ausschussberatung bereits intensiv diskutierten Hauptbedenken der Opposition eingehen, das Gesetz betrete Neuland und löse erhebliche Rechtsunsicherheiten bei den unteren Verwaltungsbehörden aus. Hierzu ist mir wichtig, klarzustellen, dass es sich nicht um rechtliches Neuland handelt. Die Belange des Klimaschutzes sind durchaus von den unteren Verwaltungsbehörden dort, wo sie relevant sind, bereits zu berücksichtigen. Diese Fragen konnten und mussten die Behörden schon bislang beantworten.

Neu ist die Konkretisierung des Klimaschutzbelangs durch ein landesweites Klimaschutzziel und einen Klimaschutzgrundsatz. Im Interesse einer gemeinsamen Beschlussfassung zum Klimaschutzgesetz begrüße ich gleichwohl den gemeinsamen Antrag der Fraktion der CDU, der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD, das Inkrafttreten des Klimaschutzgrundsatzes mit Blick auf die bereits in Arbeit befindlichen Vollzugshinweise auf den 1. Januar 2014 zu verschieben. Diese Form der Umsetzung des Antrags ermöglicht es, dass beispielsweise bei der anstehenden Beratung der Regionalpläne, der Teilpläne Windenergie, die in diesem Herbst ansteht, der Klimaschutz, wenn er gesetzlich verankert ist, dann in einem stärkeren Maße zum Tragen kommen kann, als es bisher der Fall war.

Die Absicht, die ursprünglich von den beiden Oppositionsfraktionen verfolgt wurde, hätte zur Folge gehabt, dass die Anforderungen des Klimaschutzgesetzes bei der Bewertung der Regionalpläne letztendlich nicht hätten vollzogen werden können. Ich glaube, das kann nicht im Interesse der Opposition, der CDU, sein; erst recht ist es nicht im Interesse der beiden Regierungsfraktionen.

Alles in allem haben wir einen Entwurf vorgelegt, der es allen Fraktionen, Herr Kollege Bullinger, die den Klimaschutz ernst nehmen, ermöglichen sollte, hier zuzustimmen. Eine breite Zustimmung dieses Hauses zum Klimaschutzgesetz wird der Verantwortung und der Vorbildfunktion des Parlaments gut zu Gesicht stehen.

Ich glaube, es ist ein wichtiges Signal an die nachgeordneten Behörden, auch an die kommunale Ebene, wenn wir hier heute das Klimaschutzgesetz mit einer solchen breiten Mehrheit beschließen. Es ist ein gutes Signal für den Klimaschutz, es ist ein gutes Signal für Baden-Württemberg, und es zeigt, dass wir bei zentralen umweltpolitischen Fragen durchaus gemeinsam an einem Strang ziehen können.

Ich bedanke mich noch einmal ausdrücklich bei allen Beteiligten für die konstruktiven Beratungen, die wir im Umweltausschuss hatten.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Meine Damen und Herren, mir liegen in der Allgemeinen Aussprache keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 15/3465. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft, Drucksache 15/3607.

Ich rufe auf

Artikel 1

Klimaschutzgesetz Baden-Württemberg (KSG BW)

und dazu die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft, Drucksache 15/3607. Zu Ziffer 1 der in der Beschlussempfehlung vorgeschlagenen Änderungen von Artikel 1 liegt der Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/3797-1, vor. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP mehrheitlich abgelehnt.

Wer Artikel 1 des Gesetzentwurfs in der Fassung der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist Artikel 1 des Gesetzentwurfs in der Fassung der Beschlussempfehlung mehrheitlich zugestimmt.

(Unruhe)

Ich rufe auf

Artikel 2

Änderung des Landesplanungsgesetzes

Wer Artikel 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist Artikel 2 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 3

Inkrafttreten

Zu Artikel 3 liegt der Änderungsantrag der Fraktion der CDU, der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD, Drucksache 15/3797-2, vor. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU, der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD mehrheitlich zugestimmt.

Wer Artikel 3 des Gesetzentwurfs mit den soeben beschlossenen Änderungen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist Artikel 3 mit den soeben beschlossenen Änderungen mehrheitlich zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 17. Juli 2013 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Förderung des Klimaschutzes in Baden-Württemberg“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit wurde dem Gesetz mehrheitlich zugestimmt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Damit ist Punkt 4 der Tagesordnung erledigt.

(Unruhe)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, bevor wir in die Mittagspause eintreten, darf ich Sie noch auf eine Veranstaltung hinweisen. Gleich wird dem Landtag von Baden-Württemberg in der Lobby die „Flamme der Hoffnung“ überreicht. Mit der bundesweiten Aktion „Flamme der Hoffnung“ ruft die Stiftung „Projekt Omnibus“ zur Solidarität mit Eltern schwer erkrankter Kinder auf.

Ich würde mich freuen, wenn Sie zusammen mit Herrn Landtagspräsident Wolf, Herrn Landtagsvizepräsident Drexler und mir die „Flamme der Hoffnung“ entgegennehmen würden.

Wir treten in die Mittagspause ein und setzen die Sitzung um 14:30 Uhr fort.

(Unterbrechung der Sitzung: 13:28 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:32 Uhr)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir fahren mit der Tagesordnung fort.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Regierungsbefragung

Zunächst hat die CDU-Fraktion das Wort, um in das von ihr vorgesehene Thema einzuführen. Das Thema lautet:

P o l i z e i r e f o r m / I n t e r e s s e n b e k u n d u n g s - v e r f a h r e n

Das Wort für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Blenke.

Abg. Thomas Blenke CDU: Danke schön. – Frau Präsidentin, Herr Ministerialdirektor, werte Kolleginnen und Kollegen! Morgen steht die endgültige Verabschiedung der Polizeireform an. Im Zuge der Umsetzung dessen, was dann unter Umständen beschlossen wird, wird es mehrere Tausend Versetzungsverfügungen für Beamtinnen und Beamte geben. In der Vorbereitung auf die Polizeireform hat die Landesregierung ein sehr umfangreiches, auch ordentlich angelegtes Interessenbekundungsverfahren durchgeführt, an dem sich sehr viele Beamtinnen und Beamte beteiligt haben.

(Thomas Blenke)

Dabei konnten Wünsche angegeben werden, wobei diese Wünsche zum Teil nicht dem wahren Wunsch entsprechen, sondern sich vielleicht als Belastung erweisen – diese Debatte haben wir schon geführt. Immerhin haben Sie dieses Verfahren durchgeführt. Auf dieser Grundlage werden in der Umsetzung der Reform Versetzungsentscheidungen getroffen werden. Neben vielen Fragen – etwa zur Sozialverträglichkeit oder zum Erhalt der fachlichen Kompetenz – machen wir uns Sorgen, ob die anstehenden personalwirtschaftlichen Maßnahmen auch umfänglich den beamtenrechtlichen Vorschriften entsprechen.

In diesem Zusammenhang stellt sich uns eine Frage. In § 20 des Landesbeamtengesetzes ist z. B. der Anspruch auf amtsangemessene Verwendung normiert. Wie Sie vermutlich wissen, gibt es ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom Juni 2011, in dem das Gericht entschieden hat, dass die Tätigkeit eines Beamten an seiner konkreten Stelle bewertet und einem bestimmten Statusamt – also einer Laufbahn und einer Besoldungsgruppe – zugeordnet sein muss.

Wie gesagt, ich gehe davon aus, dass Ihnen und dem Innenministerium diese Rechtsprechung bekannt ist. Ich stelle aber die Frage, welche Regelungen im Zuge der Vorbereitung der Polizeireform getroffen wurden, um den Vorschriften des Landesbeamtengesetzes im Lichte der neuen Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts, wonach eine solche Einzelstellenbewertung erfolgen muss, gerecht zu werden.

Ich sage noch, weshalb wir das heute extra fragen. Diese Frage ist für uns mit Blick auf die morgige parlamentarische Beratung von entscheidender Bedeutung; sie ist auf der anderen Seite aber so speziell, dass ich Sie morgen damit nicht überumpeln wollte. Wir möchten einfach vorab hierüber Auskunft haben und wissen, welche Vorkehrungen Ihrerseits getroffen werden.

Die Frage betrifft also die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts; sie lautet: Welche konkreten Vorsorgemaßnahmen wurden getroffen, um die Versetzungsentscheidungen, die anstehen, rechtssicher zu machen?

Danke schön.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Ministerialdirektor Dr. Zinell das Wort.

Ministerialdirektor Dr. Herbert Zinell: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Zunächst möchte ich mich bei Ihnen, Frau Präsidentin, auch im Namen von Minister Gall, bedanken, dass ich heute ausnahmsweise sprechen darf. Herr Minister Gall ist heute verhindert, und er hält es heute mit dem Führungsgrundsatz: Nicht der Reiter, sondern das Pferd muss schwitzen. Deswegen stehe ich jetzt hier und versuche, eine Antwort auf die Frage von Herrn Abg. Blenke zu geben.

(Abg. Volker Schebesta CDU: War das eine Anerkennung für die Frage? – Gegenruf des Abg. Thomas Blenke CDU: Wir verstehen es so! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU – Vereinzelt Heiterkeit)

– Als Sherpa sind Sie natürlich immer unter Volldampf, Herr Zimmermann.

Ich möchte das Ganze noch einmal in den Kontext des Interessenbekundungsverfahrens stellen und danach konkret auf Ihre Fragestellung, Herr Blenke, eingehen.

Wir haben mit dem Interessenbekundungsverfahren einen Weg gewählt, der für die Bundesrepublik einmalig ist. Das gab es bislang in keinem anderen Bundesland und bei keiner Behörde. Es gibt beispielsweise bei der Bundeswehr oder bei der Bundespolizei ebenfalls immer wieder große Versetzungswellen. Daher werden wir auch von außen sehr stark beäugt, wie ein solches Verfahren funktioniert und welche Vorteile oder auch Nachteile es mit sich bringt. Wichtig ist auch: Das IBV ist ein freiwilliges Verfahren; niemand ist gezwungen, an dieser Stelle mit uns oder mit seiner Dienststelle zu kommunizieren.

Wir haben aber – Stand heute – gute Erfahrungen mit dem Verfahren gemacht. Zusammenfassend kann ich sagen, dass wir damit insgesamt 16 000 Beschäftigte erreicht haben, die angegeben haben, wo sie künftig verwendet werden möchten. In der von Ihnen angesprochenen Dreistufigkeit konnte man einen Wunsch 1, einen Wunsch 2 und einen Wunsch 3 benennen.

Stand heute können wir sagen: Im Schnitt – das ist nicht bei allen Projekten und bei allen künftigen Polizeipräsidien gleichmäßig der Fall – werden 75 % der Betroffenen – also nicht der Versetzungen, die anstehen; es gibt ja Bereiche, die am IBV nicht teilgenommen haben; es handelt sich also um 75 % derjenigen, die teilgenommen haben – an die Stelle kommen, an die sie kommen wollen. Für diese Gruppe gibt es keine Probleme mehr; das kann auch rechtssicher abgehandelt werden.

Bei den restlichen 25 % handelt es sich im Wesentlichen um Beschäftigte, die nicht alle Wünsche erfüllt bekommen haben. Das heißt, sie haben zwei oder drei Gründe für ihren Versetzungswunsch angegeben, und einer der Gründe wurde dann eben nicht berücksichtigt. Diese werden nicht zu denjenigen gezählt, die auf ihren Wunsch hin auf eine bestimmte Stelle oder auf einen bestimmten Dienstposten kommen. Aber darunter sind sehr viele, die die betreffende Stelle antreten werden, die Versetzung also akzeptieren werden, weil die Entscheidung im Korridor ihrer eigenen Angaben liegt. Das ist, denke ich, eine gute Voraussetzung.

Jetzt befinden wir uns an der Stelle, an der andere erst beginnen, nämlich im Vorfeld des rechtsförmigen Verfahrens. Sowohl nach dem Arbeits- als auch nach dem Dienstrecht haben die Beschäftigten das Recht, angehört zu werden, wenn Versetzungen anstehen. Das werden wir jetzt auf den Weg bringen. Weil das IBV sehr gut gelaufen ist, beginnen wir bereits am 23. Juli, also 14 Tage früher als geplant. Alle betroffenen Beschäftigten können dann noch einmal zur geplanten Versetzung Stellung nehmen; erst danach werden die Versetzungen ausgesprochen.

Was die Begleitung angeht – Sie haben das Bundesverwaltungsgerichtsurteil angesprochen –, haben wir Stellen im Bereich der Besoldungsgruppen A 12, A 13, A 14 usw. bewertet, um das auch korrekt hinzubekommen. Für viele andere Dienstposten haben wir dieselbe Problematik, die generell bei der Landesverwaltung besteht. Wir wollen auch im Gleichzug aller Ministerien diese Problematik aufarbeiten und, wenn notwendig, entsprechende Vorschriften erlassen.

(Ministerialdirektor Dr. Herbert Zinell)

Für die Polizei können wir aber garantieren, dass wir dieses Urteil und die Grundlagen, auf denen es beruht, einhalten können. Denn jeder Einzelfall wurde unabhängig vom IBV geprüft, und er wird in Gesprächen im Rahmen des IBV nun noch einmal durch das Anhörungsverfahren geprüft.

Auch da können bei abweichenden Auffassungen Gespräche geführt werden. Es handelt sich ja nicht um die Versetzung auf eine ausgeschriebene Stelle – damit beschäftigte sich das Bundesverwaltungsgerichtsurteil –, sondern hier haben wir es mit einem Neubeginn bei der Polizei, also mit einer anderen Situation zu tun, als dies üblicherweise der Fall ist, wenn sich mehrere auf eine Stelle bewerben und dann eben die Voraussetzungen dieses Urteils eingehalten werden müssen.

Zusammenfassend gehe ich davon aus, dass der Stand am Jahresende sicherlich sein wird, dass wir mit nahezu null Klagen vor dem Verwaltungsgericht oder dem Arbeitsgericht rechnen müssen, sondern zur Zufriedenheit oder zumindest zur Akzeptanz der Beschäftigten die Umsetzungen und Versetzungen praktizieren können.

Ich hoffe, ich habe damit Ihre Frage beantwortet.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Danke schön. – Es liegt eine weitere Frage vor, und zwar von Herrn

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Schmiedel!)

Abg. Schmiedel – genau, danke.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Bei so vielen Anwesenden von der SPD kann man sich schon einmal schwertun! – Vereinzelt Heiterkeit)

Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Ministerialdirektor, ich habe folgende Frage: Wie viele von diesen 16 000 Interessenbekundungen sind denn aus der Reform heraus begründet, und bei wie vielen handelt es sich eigentlich um Versetzungsgesuche, die mit der Reform nichts zu tun haben, sondern beispielsweise damit, dass jemand einfach in einer anderen Stadt im Revier arbeiten will?

Ministerialdirektor Dr. Herbert Zinell: Ich habe hierzu keine verlässliche Statistik. Das wurde nicht ausgerechnet. Wir können da nicht jeden Grund in eine Schublade stecken. Wir wissen aber, dass relativ viele am Interessenbekundungsverfahren teilgenommen haben, um zu einer Dienststelle nach ihrem Wunsch versetzt zu werden, zu der sie ohne die Reform nicht gekommen wären, weil dann ein Tausch oder etwas anderes erforderlich wäre. Insoweit denke ich, dass wir auch da zur Zufriedenheit vieler Beschäftigter beitragen können.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Eine weitere Frage des Herrn Abg. Blenke.

Abg. Thomas Blenke CDU: Vielen Dank, Herr Ministerialdirektor, für die bisherige Beantwortung. Dadurch wurde in der Tat schon einiges beantwortet.

Ich würde gern noch einmal nachfragen. Sie sagten, ab Besoldungsgruppe A 12 aufwärts habe diese Bewertung bereits stattgefunden. So haben Sie es, glaube ich, ausgedrückt.

Ministerialdirektor Dr. Herbert Zinell: In diesem Korridor haben wir bewertet.

Abg. Thomas Blenke CDU: In diesem Korridor ab Besoldungsgruppe A 12 aufwärts hat das stattgefunden. Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts besagt jedoch, dass eine solche Bewertung für alle Besoldungsgruppen stattzufinden hat. Dazu gibt es eine Rechtsauffassung, der wir uns anschließen, die besagt: Wenn im Bereich der Polizei über fünf Besoldungsgruppen und zwei Laufbahngruppen – sprich von A 7 im mittleren Dienst bis zum Hauptkommissar in A 11 im gehobenen Dienst – gebündelt würde und keine Bewertung vorgenommen würde, wäre dies rechtswidrig. Das würde bedeuten, dass auch entsprechende Versetzungsverfügungen, wenn sie den Betroffenen belasten, anfechtbar wären.

Daran schließt sich meine Frage an. Sie sagten, ab A 12 hätten Sie bewertet. Haben Sie also keine Bewertung für den Bereich des mittleren Dienstes und des gehobenen Dienstes bis A 11 vorgenommen?

Ministerialdirektor Dr. Herbert Zinell: Wir haben im Moment noch keine vorgenommen. Es ist ja erst Juli, und die Versetzungen werden erst im Dezember ausgesprochen und umgesetzt.

Ich möchte noch einmal betonen: Wir wollen im Geleitzug aller Ministerien noch einmal aufarbeiten, was zu tun ist, und die Konsequenzen aus dem angesprochenen Urteil nach unserer Interpretation ziehen. Da kann es durchaus sein, dass wir nacharbeiten müssen. Das ist natürlich nicht ausgeschlossen. Wir wollen rechtskonform arbeiten und uns nicht in die Gefahr begeben, dass wir dann vor Gerichten – obwohl wir, wenn überhaupt, nicht mit vielen Verfahren rechnen – unterliegen.

Abg. Thomas Blenke CDU: Aber die Entscheidung müssen Sie ja im Herbst treffen.

Ministerialdirektor Dr. Herbert Zinell: Wir müssen das aber mit den anderen Ressorts abstimmen, denn das betrifft sie gleichermaßen.

Abg. Thomas Blenke CDU: Das heißt, Sie müssten das gegebenenfalls nachträglich heilen.

Ministerialdirektor Dr. Herbert Zinell: Nein. Die Versetzung wird ja erst im Dezember ausgesprochen. Das heißt, dieses Datum ist dann entscheidend. Bis dahin muss alles in trockenen Tüchern sein, damit es auch rechtlich korrekt ist.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Danke schön!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen zu diesem Thema. Dann darf ich mich ganz herzlich bedanken.

Ich rufe das zweite Thema der Regierungsbefragung auf, ein Thema, das von der Fraktion GRÜNE angemeldet wurde:

Staatsvertrag mit dem Landesverband Sinti und Roma

Ich darf den Kollegen Lede Abal für die Fraktion GRÜNE ans Rednerpult bitten.

Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Das Thema „Sinti und Roma“ wird hier in Baden-Württemberg in erster Linie im Zusammenhang mit der Frage des

(Daniel Andreas Lede Abal)

Aufenthaltsrechts bzw. der Zuwanderung aus dem südosteuropäischen Raum diskutiert. Dabei gerät völlig außer Betracht, dass die Sinti und Roma schon lange Zeit eine deutsche Minderheit hier bei uns im Südwesten sind, die auch von der Verfolgung und Ermordung durch die Nazis betroffen war.

Wir haben gehört, dass die Landesregierung einen Staatsvertrag mit dem Landesverband Deutscher Sinti und Roma Baden-Württemberg abgeschlossen hat. Sie hat im Gegensatz zu anderen Bundesländern, die einen Rahmenvertrag eingegangen sind bzw. eine Verfassungsänderung vorgenommen haben, diesen Weg gewählt.

Wir begrüßen ausdrücklich diesen Einstieg in eine Minderheitenpolitik hier in Baden-Württemberg und freuen uns, dass dieser Vertrag zustande gekommen ist. Wir möchten aber die Landesregierung fragen, was sie dazu bewogen hat, diesen Vertrag abzuschließen, und weshalb es auch eine relativ lange Vorlaufzeit gab, bis dieser Staatsvertrag zustande gekommen ist.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Landesregierung darf ich Frau Staatsministerin Krebs ans Rednerpult bitten.

Ministerin im Staatsministerium Silke Krebs: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrter Herr Abg. Lede Abal, ich darf Ihre Frage wie folgt beantworten:

Sie haben den einen Hintergrund schon selbst angesprochen. Seit 600 Jahren leben Sinti und Roma in Deutschland und sind hier Diskriminierungen und Ausgrenzungen ausgesetzt, die sich im Nationalsozialismus zu einem Völkermord kumuliert oder zugespitzt haben. Insgesamt ist schätzungsweise eine halbe Million Sinti und Roma von den Nationalsozialisten ermordet worden. Die eine Grundlage für den Staatsvertrag ist, dieser historischen Verantwortung gegenüber den Sinti und Roma gerecht zu werden.

Der andere Hintergrund für den Staatsvertrag ist aber auch ein aktueller Antiziganismus, den es mit Sicherheit auch in Deutschland, in Baden-Württemberg noch gibt, der aber auch innerhalb Europas ein Thema ist; in bestimmten Staaten in Europa vollzieht sich eine besorgniserregende Entwicklung. Wir wollen daher ein Zeichen, ein Signal setzen, dass wir uns auch aktuell gegen Antiziganismus wenden.

Der Landesverband Deutscher Sinti und Roma ist bereits 1995 auf die damalige Landesregierung zugegangen. 1998 ist das europäische Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten in Deutschland in Kraft getreten. Seitdem fanden Verhandlungen statt, die leider zu keinem Ergebnis geführt haben. Wir, die neue Landesregierung, haben das Thema wieder aufgegriffen und konnten es jetzt innerhalb der ersten zwei Jahre zum Abschluss bringen.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Danke schön. – Gibt es weitere Wortmeldungen? Bitte schön, Kollege Lede Abal.

Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Vielen Dank zunächst für die Antwort. Ich möchte daran noch die Frage nach den vertraglichen Bestimmungen anschließen, die jetzt vorgesehen sind. Es würde mich interessieren, wie hoch die bisherige Förderung war, die an den Landesverband Deutscher

Sinti und Roma Baden-Württemberg gegangen ist, welche konkreten weiteren Bestimmungen – also Aufstockung oder zusätzliche Mittel – vorgesehen sind und was genau der Zweck dieser Mittel sein wird.

Ministerin im Staatsministerium Silke Krebs: Das kann ich Ihnen gern beantworten. Bisher sind, über drei Ministerien verteilt, insgesamt 208 100 € geflossen. Jetzt ist im Staatsvertrag eine jährliche Förderung von 500 000 € vereinbart. Die Aufgabengebiete sind die Minderheitenarbeit im Allgemeinen, die Antiziganismusforschung, die Aufarbeitung und Aufklärung der Geschichte der Sinti und Roma in Deutschland, aber eben auch Unterstützung der Integration, Unterstützung im sozialen Bereich, bei der Berufsberatung, im Kulturbereich. Was uns ganz wichtig war: Es ist auch ein fester Betrag für die Unterstützung der Integration nicht deutscher Sinti und Roma reserviert. Das ist auch ein Thema, das uns aktuell sehr beschäftigt.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Danke schön. – Eine weitere Frage, Herr Kollege Lede Abal.

Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Auch für diese Antworten vielen Dank, insbesondere für den Ausblick auf die Förderung und Beratung nicht deutscher Sinti und Roma, die vorgesehen ist, weil das auch aus integrationspolitischen Gesichtspunkten eine sehr wichtige und dringliche Aufgabe ist.

Ich möchte abschließend noch fragen, was denn die Perspektive ist. Das ist ein auf fünf Jahre befristeter Vertrag. Wie wird diese Zeit begleitet? Welche Begleitung durch Gremien oder in personeller Hinsicht wird in dieser Zeit erfolgen? Wie wird sich die Zusammenarbeit mit dem Landesverband weiter gestalten? Dann auch ganz konkret die Nachfrage: Was ist perspektivisch in fünf Jahren? Welche Möglichkeiten ergeben sich?

Ministerin im Staatsministerium Silke Krebs: Wir schaffen mit dem Staatsvertrag auch einen Rat für die Angelegenheiten deutscher Sinti und Roma. Er wird eingerichtet, bildet das Kernstück und hat die Aufgabe, den Minderheitenbericht, der regelmäßig erstellt werden soll, zu erarbeiten, aber eben auch die Tätigkeitsberichte auszuwerten. Der Rat wird paritätisch zusammengesetzt, und zwar aus fünf Personen, die die fünf tangierten Ministerien, also die Landesregierung, vertreten, und fünf Personen, die von den Sinti und Roma gestellt werden.

Wir hatten im Vorgriff auf den Staatsvertrag eine sehr gute und intensive Zusammenarbeit mit dem Landesverband; wir haben in diesem Jahr auch gemeinsam die Gedenkveranstaltung zum 70. Jahrestag der Deportation der Sinti und Roma durchgeführt. Es war eine gute Zusammenarbeit. Wir hören auch sehr positive Rückmeldungen zu der jetzt geschaffenen Grundlage für das weitere Arbeiten.

Wir haben den Vertrag auf fünf Jahre befristet, nicht um zu sagen: „Dann ist es gut mit dem Staatsvertrag“, sondern um auszuwerten, wie die Arbeit war, wie die Regelungen und die Gremien funktioniert haben, und zu überlegen, ob man nachjustieren will. Wir gehen aber davon aus, dass – gegebenenfalls mit Nachjustierungen, über die man nach fünf Jahren vielleicht nachdenkt – weitergearbeitet wird.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herzlichen Dank. – Zu diesem Thema liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Dann rufe ich das dritte Thema auf, angemeldet von der Fraktion der FDP/DVP:

Wohnungspolitisches Maßnahmenpaket 2013

- a) Zweckentfremdungsverbotsgesetz (Regierungsentwurf) und
- b) Verordnung der Landesregierung zu § 172 Absatz 1 BauGB (Umwandlungsverordnung)

Ich darf Herrn Abg. Dr. Bullinger das Wort erteilen.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir wissen, dass in Baden-Württemberg alles, was den Wohnungsmarkt angeht, sehr differenziert betrachtet werden muss. Wir haben Regionen mit Leerständen – im ländlichen Raum –, wir haben andererseits vor allem in Universitätsstädten enormen Bedarf. Diese Unterschiedlichkeit führt dazu, dass man sich überlegen muss, woran es liegt, wie man Abhilfe schaffen kann. Dabei darf ich schon auch einmal die kritische Frage stellen: Muss jeder in der Stuttgarter Königstraße oder in der Mitte von Heidelberg oder auch in der Mitte von Konstanz wohnen, der im Umfeld durchaus auch einen preiswerten Wohnplatz mit entsprechender Organisation haben kann?

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Die Landesregierung, meine Damen und Herren, hat sich gestern hierzu geäußert. Der Ministerrat bringt ein wohnungspolitisches Maßnahmenpaket auf den Weg. Sie, Frau Präsidentin, haben gerade die zwei Maßnahmen unter den Buchstaben a und b angesprochen, die vorgesehen sind.

Hier habe ich noch eine Frage. Wir haben, was ein Zweckentfremdungsverbot angeht, ein solches Instrumentarium – außer dann in Baden-Württemberg – in den Ländern Bayern, Berlin, Hamburg und Nordrhein-Westfalen. Welche Erfolge hat man dort damit erzielt? In München kann man nicht sehr viele Erfolge erzielt haben, wenn ich den dortigen Wohnungsmarkt richtig einschätze – auch in Düsseldorf und in Hamburg nicht. Was erwartet man dort, welche Auswirkungen hat das?

Dann hätte ich noch gern gewusst, Herr Minister: Wie schaut es dort im Bereich „Abriss und Ersatzneubau“ aus, wie wird es dort gehandhabt? Das ist für die Wohnungswirtschaft, für diejenigen, die investieren möchten, wichtig.

Dann frage ich: Liegen Ihnen verlässliche, verifizierbare Zahlen darüber vor, wie hoch der Leerstand ist und warum es ihn gibt? Denn Sie können das nicht ohne Zahlen gemacht haben. Was erwarten Sie in den fünf Jahren, in denen die Kommunen die neue Möglichkeit haben?

Das alles würde mich einmal interessieren. Denn ich halte es für sehr wichtig, hier differenziert vorzugehen.

Danke schön.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Landesregierung darf ich Herrn Minister Dr. Schmid ans Rednerpult bitten.

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Angesichts der Dimension von Wohnungsmangel und knappem bezahlbarem Wohnraum insbesondere in Großstädten, Hochschulstädten und Ballungsräumen ist es, glaube ich, sehr verkürzt, das Problem so darzustellen, als ginge es um bezahlbaren Wohnraum in der Königstraße. Es geht vielmehr um bezahlbaren Wohnraum in den Ballungsräumen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig!)

Entsprechend ist in Stuttgart der mögliche Anwendungsbereich, beispielsweise der Umwandlungsverordnung, das durch Erhaltungssatzung geschützte Gebiet im Bereich des Nordbahnhofes.

Man sollte die Bedeutung bezahlbaren Wohnraums für die Lebenswelt der Bürgerinnen und Bürger nicht vernachlässigen. Die Mieten machen einen immer höheren Anteil an den allgemeinen Lebenshaltungskosten aus. Gerade in Baden-Württemberg ist in vielen Gebieten Wohnungsknappheit festzustellen.

Deshalb, Herr Bullinger, haben wir in der Tat zwei Instrumente auf den Weg gebracht:

Das eine ist das Zweckentfremdungsverbot, das den Kommunen die Möglichkeit gibt, durch Satzung eine Umwandlung von Wohnraum in andere Zweckbestimmungen zu untersagen. Dem dient der Genehmigungsvorbehalt.

Das zweite Instrument ist die Umwandlungsverordnung, die auf dem Baugesetzbuch basiert und dem Milieuschutz bestimmter Stadtviertel dienen und die Umwandlung von ungeteiltem Wohnraum verhindern soll, um Spekulationen und damit einhergehende Luxussanierungen einzudämmen.

Beide Maßnahmen bedürfen einer klaren gesetzlichen Grundlage. Für das Umwandlungsverbot ist das im Baugesetzbuch vorgesehen. Insofern ist es ein eingeführtes und bewährtes Instrument. Für die Zweckentfremdung brauchen wir ein eigenes Landesgesetz als Ermächtigungsgrundlage für das Handeln der Kommunen. Beide Instrumente verfolgen gemäß dem Subsidiaritätsprinzip das Ziel, der Kommunalpolitik – konkret: dem Gemeinderat, der eine Satzung erlassen muss – Werkzeuge an die Hand zu geben, um dem Wohnungsmangel zu begegnen, die Wandlung von Stadtquartieren zu verhindern und die soziale Vielfalt von Stadtquartieren aufrechtzuerhalten.

Insofern vertrauen wir, die Landesregierung, ausdrücklich den Kommunen und ihrer Einschätzung und wollen ihnen die Möglichkeit geben, schnell gegen den Wohnungsmangel vorzugehen.

Sie haben nach den Erfahrungen in anderen Bundesländern gefragt. In den westdeutschen Bundesländern und in den durch Großstädte geprägten Bundesländern gibt es schon länger die Erfahrung,

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

(Minister Dr. Nils Schmid)

dass die Leerstände schwer zu beziffern sind – wegen der präventiven Wirkung dieses Instrumentariums –, sodass man nicht weiß, wie viel Leerstand dadurch verhindert wird.

Man kann aber festhalten: Wenn die Kommunen zu der Einschätzung kommen, die Instrumente zu brauchen, können sie sie jetzt anwenden. Es gibt eine hohe Nachfrage der Kommunalpolitik nach diesem Instrumentarium. Insofern sollten wir dem kommunalen Wunsch nachkommen und die Möglichkeit schaffen.

(Abg. Walter Heiler SPD: Das ist bei den Kommunen hervorragend aufgehoben!)

– Ja. In die Kommunen – Gemeinderäte, Stadtverwaltungen, kompetente Bürgermeister und Oberbürgermeister – haben wir, die Landesregierung, volles Vertrauen.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Wir haben für Baden-Württemberg keine eigenen Zahlen, wie das aussieht. Es gibt allerdings eine Einschätzung des Mieterbunds, die ich Ihnen referieren kann, wenn Sie nach Zahlen fragen. Etwa die Hälfte der in Stuttgart leer stehenden Wohnungen – der Zensus hat ergeben, dass das 6 000 Wohnungen sind –, könnten zurückgegeben werden, wenn das Zweckentfremdungsverbot greifen würde. Das ist ein Anhaltspunkt. Wir, die Landesregierung, haben keine eigenen Erkenntnisse. Wir verlassen uns, wie gesagt, auf die Kommunen, dieses mit Augenmaß anzuwenden.

Für Ersatzneubauten gibt es aus meiner Sicht keine negativen Folgen. Wir freuen uns über Ersatzneubauten, weil wir über verschiedene Maßnahmen den Wohnungsbau ankurbeln wollen. Insofern sehe ich keine Wechselwirkungen.

Ich meine, jetzt bin ich durch. Oder habe ich noch eine Frage übersehen? Dann müssten Sie nachfragen, und ich wäre bereit, wenn Sie erlauben, Frau Präsidentin, noch eine Frage von Ihnen, Herr Bullinger, entgegenzunehmen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ich hätte noch eine Nachfrage!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Es gibt eine Frage von Herrn Abg. Mack.

Abg. Winfried Mack CDU: Herr Minister, Sie wollen nach Ihrem Gesetz, wenn ich es gestern in den Nachrichten richtig gehört habe, die Gemeinden entscheiden lassen. Ist das denn mit Artikel 3 und Artikel 14 des Grundgesetzes vereinbar?

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ja!)

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Vorab gesagt, Herr Mack: Es ist vereinbar, keine Sorge.

Was die Umwandlungsverordnung anbelangt, ist das Verfahren im Baugesetzbuch geregelt. Insofern gibt es gar keine Zweifel daran, dass das, was das Baugesetzbuch als Rahmen vorgibt, durch gemeindliche Satzung ausgefüllt werden kann.

Für das Zweckentfremdungsverbot gilt, dass wir eine eigene landesgesetzliche Grundlage schaffen müssen. Das wollen wir mit dem Zweckentfremdungsverbotsgesetz. Denn sonst dürften die Gemeinden das in der Tat nicht, weil mit dem Versa-

gen der Genehmigung von Zweckentfremdungen ein Eingriff in das Privateigentum verbunden ist. Dieser Eingriff in das Grundrecht auf Privateigentum bedarf einer gesetzlichen Grundlage. Die gibt es bislang in Baden-Württemberg nicht. Deshalb brauchen wir ein eigenständiges Zweckentfremdungsverbotsgesetz.

Dass wir das Ganze dann an die Gemeinden delegieren, ist richtig. Denn die Frage, wie der Wohnungsmangel zu bewerten ist, kann durchaus auch der sachlichen und der sachkundigen Einschätzung der Gemeinderäte und der Stadtverwaltungen übertragen werden. Das ist unter dem Gesichtspunkt von Artikel 3 zulässig. Denn Artikel 3 sieht sachliche Differenzierungen vor. Es kann also in der Tat sein, dass ein Zweckentfremdungsverbot in der einen Raumschaft des Landes mangels gemeindlicher Satzung nicht greift, wohl aber in einer anderen, weil die Gemeinde die Voraussetzungen als erfüllt ansieht und entsprechend agiert.

Das ist wie immer bei Sitzungsermächtigungen: Ob die Gemeinde sie anwendet und dann auch die sachliche Prüfung durchführt oder nicht, ist Angelegenheit der Gemeinde. Aber das ist mit unserer Verfassungsordnung sowohl in Bezug auf Artikel 3 als auch auf Artikel 14 vereinbar.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Bitte schön, Herr Abg. Dr. Bullinger.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Herr Minister, ich bin Ihnen dankbar, dass Sie gerade im Bereich „Abriss und Ersatzbauten“ keine Probleme sehen. Denn häufig werden schwer zu sanierende Altbauten sinnvollerweise abgerissen. Am gleichen Ort kann mit einer verdichteten und modernen Bauweise oft mehr Wohnraum geschaffen werden als in alten Gebäuden.

Mich interessiert allerdings noch das Thema Leerstand. Wir sind gerade auch bei Wohnungsbaugenossenschaften und -gesellschaften mitten in der energetischen Modernisierung. Sehr häufig ist es schwierig, dies zu organisieren. Da ist es oft erforderlich, dass auch ein halbes Jahr oder ein Jahr Leerstände in Kauf genommen werden müssen, um die Sanierung durchführen zu können. Wie wird dies berücksichtigt? Das ist sehr wichtig, damit man sowohl das eine Ziel, nämlich Modernisierung, wie auch Leerstand und modernen Wohnungsbau unter Dach und Fach bekommt. Ist vorgesehen, das zu berücksichtigen?

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Ich teile Ihr Anliegen. Deshalb haben wir es auch berücksichtigt. Es gibt ausdrücklich Ausnahmen von der Pflicht zur Genehmigung einer Zweckentfremdung bei längerem Leerstand aufgrund von Modernisierung. Genau dieser Punkt ist also

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Verankert!)

von uns aufgegriffen und verankert worden. Damit fällt auch keine Gebühr für eine entsprechende Genehmigung an. Das ist sauber geregelt, weil wir genau diesen Punkt auch sehen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Okay, vielen Dank!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Danke schön. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen zu diesem Thema vor.

(Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch)

Dann rufe ich das vierte Thema auf, vorgeschlagen von der Fraktion der SPD:

Qualität der Badegewässer in Baden-Württemberg

Ich erteile Herrn Abg. Hinderer das Wort.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Mit Badehose, bitte!)

Abg. Rainer Hinderer SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ohne Badehose –

(Heiterkeit des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

aber die Fragestellung passt zweifelsohne zur aktuellen Wetterlage und ist auch richtungweisend im Hinblick auf die bevorstehende Ferienzeit. Es geht um die Qualität der Badegewässer. Viele Menschen im Land wissen mittlerweile die Vorteile des Urlaubs zu Hause zu schätzen. Viele können sich auch keine große Urlaubsreise leisten. Wir erwarten auch wieder viele Gäste aus dem In- und Ausland. Deshalb ist es natürlich wichtig, dass wir eine hohe Freizeitqualität haben.

Dazu tragen auch die Gewässer im Land, die Badeseen und die Flüsse, bei. Insofern ist die Fragestellung ganz einfach: Wie ist es gegenwärtig um die Qualität der Badegewässer in unserem Land bestellt?

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herzlichen Dank. – Für die Landesregierung darf ich Frau Ministerin Altpeter ans Rednerpult bitten.

Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Katrin Altpeter: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Nahezu alle Badeseen in Baden-Württemberg sind zum Baden sehr gut oder gut geeignet. Zu diesem Ergebnis kommt unsere Badegewässerkarte, die wir jährlich auflegen.

(Die Rednerin hält eine Badegewässerkarte hoch.)

Auf dieser kann man sehr deutlich erkennen, wie es um die Qualität der Badeseen in unserem Land bestellt ist. Wir haben insgesamt 317 Badeseen auf ihre Wasserqualität hin überprüft. Lediglich an zwei Plätzen haben Proben im vergangenen Jahr zeitweilig hygienische Beeinträchtigungen ergeben.

Ich kann Ihnen allen also nur empfehlen: Genießen Sie die Badeseen in unserem Land, machen Sie Urlaub in Baden-Württemberg, und baden Sie gut.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Frau Ministerin, es gibt noch eine Nachfrage.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Ministerin, wir können die Diskussion über das Thema abkürzen, wenn Sie uns bestätigen, dass Sie bereit sind, in allen 317 Badeseen zu baden, wenn dies notwendig wäre.

(Heiterkeit des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

Dann machen wir uns in Baden-Württemberg keine Sorgen.

Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Katrin Altpeter: Herr Haußmann, wenn ich einmal nichts mehr zu tun habe, dann mache ich das gern. Ich hoffe, der Sozialausschuss begleitet mich dabei.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Gibt es noch weitere Fragen, Kollege Rüeck?

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Wir haben das bilateral geklärt!)

– Sehr schön.

Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist Tagesordnungspunkt 5 erledigt.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Nutzen starre Vorgaben einer landesweiten Neuordnung der Schulstandorte? – Drucksache 15/2188 (geänderte Fassung)

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Das Wort zur Begründung erteile ich Frau Abg. Kurtz.

Abg. Sabine Kurtz CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Ministerpräsident ist nicht der Tausendsassa der Regierung. Das hat er selbst in einer Pressekonferenz am 9. Juli gesagt. Das hat aber auch niemand von ihm erwartet. Es wäre auch ein bisschen viel verlangt, ein Tausendsassa zu sein.

Dass er aber ein bisschen Bescheid darüber weiß, was sich in seiner Regierung abspielt, das könnte man schon erwarten. Er wäscht jedoch seine Hände in Unschuld. In der „Südwest Presse“ vom 10. Juli heißt es, er würde sich im Nachhinein und mit „nacheilendem Entsetzen“ von Peter Fratton distanzieren, von dem Mann, der dem Kultusministerium bei der Einführung der Gemeinschaftsschule beratend zur Seite stand. Ich finde, es mutet schon seltsam an, dass der Ministerpräsident Herrn Fratton angeblich überhaupt nicht gekannt habe und dass sich ihm angesichts dessen antipädagogischer Thesen angeblich die Haare sträubten.

Meine Damen und Herren, ich spreche das aus folgendem Grund an: Zwei Jahre lang hat die Regierung versucht, dem ganzen Land weiszumachen, es gäbe einen pädagogischen Grund für die Einführung der Gemeinschaftsschule. Herr Fratton hat dazu den theoretischen Überbau geliefert. Die ehernen Ziele lauteten: „Chancengerechtigkeit“, „Kein Kind soll verloren gehen“, „Jeder soll sein Potenzial ausschöpfen können“ usw.

Meine Damen und Herren, davon ist nicht mehr viel übrig geblieben. Diese Seifenblase ist geplatzt. Peter Fratton ist weg, und mit ihm die vorgeschobenen ideellen Gründe für eine Gemeinschaftsschule.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau!)

(Sabine Kurtz)

Jetzt geht es anscheinend nur noch um Schulstandorte, um nackte Zahlen und um das Einsparen von Lehrerstellen. Das Wettrennen der Schulträger zur Rettung ihres jeweiligen Schulstandorts wird munter angeheizt. Offene Konkurrenz soll ausbrechen. Der Stärkere setzt sich halt durch. Pädagogik spielt nur noch eine untergeordnete Rolle. Nur noch die individuelle Förderung – ein Vorwand – wird immer wieder hervorgehoben.

Meine Damen und Herren, die CDU-Fraktion ist davon überzeugt, dass die individuelle Förderung eine Unterrichtsmethodik ist, die bei jeder Schulart notwendig und bei jeder Schulart möglich ist. Dazu muss man das differenzierte Schulsystem aber nicht zerschlagen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Dass Sie aber genau das vorhaben, schreiben jetzt schon die Lokalzeitungen. Jedenfalls konnte ich das in der „Leonberger Kreiszeitung“ vom 13. Juli lesen. Herr Wahl und Frau Wölfle sind offenbar in Weil der Stadt bei einer Veranstaltung zur Gemeinschaftsschule gewesen und haben gefordert, dass die Schulen jetzt in einen Wettbewerb und in einen offenen Konkurrenzkampf eintreten sollen.

(Zuruf des Abg. Jürgen Filius GRÜNE)

Sie setzen also ganz bewusst – das erzählen Sie auch in den Kommunen – auf die Kannibalisierung der Standorte.

(Widerspruch bei den Grünen und der SPD – Abg.
Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja, natürlich!)

Wie im frühesten Kapitalismus soll die Schullandschaft bereinigt werden.

(Beifall bei der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm
CDU: So ist es! Jawohl! – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Lehmann?

Abg. Sabine Kurtz CDU: Nachher. Wir haben dann noch Gelegenheit.

Sie schaffen erst die verbindliche Grundschulempfehlung ab. Dann verteilen Sie 129 sehr gut ausgestattete Gemeinschaftsschulen im ganzen Land und überlassen die übrigen Schulen einfach ihrem Schicksal. So stellt sich das dar, meine Damen und Herren.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja! Genau!)

Unser Antrag, der heute auf der Tagesordnung steht und mit dem wir einmal nachgefragt haben, wie Sie sich eine regionale Schulentwicklungsplanung vorstellen, ist jetzt exakt ein Jahr alt. Auf unsere zehn Fragen haben wir in vier Zeilen die Antwort bekommen, dass man nichts sagen kann,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja! Das ist eine
Frechheit!)

obwohl der Ministerpräsident damals schon sagte, demnächst müsse ein Konzept vorgelegt werden, wie eine regionale Schulentwicklungsplanung aussehen könnte. Erst im Mai die-

ses Jahres – also ein Dreivierteljahr später – hat der Minister hier in einer Regierungserklärung ein paar Eckdaten genannt. Wir wissen jetzt: 40 Schülerinnen und Schüler in Klasse 5 braucht man für die Bildung einer Gemeinschaftsschule. Für die allgemeinbildenden Gymnasien haben Sie die Latte höher gehängt; da sind es dann 60 Schülerinnen und Schüler.

(Zuruf der Abg. Sandra Boser GRÜNE)

Diese Eckpunkte – das muss ich wirklich sagen – können weder uns noch die Kommunen im ländlichen Raum zufriedenstellen. Denn sie sind starr und bürokratisch. Sie blockieren regelrecht eine ernsthafte regionale Schulentwicklung, jedenfalls, wie wir uns diese vorstellen. Mit solchen starren Vorgaben

(Zuruf des Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE)

können Sie nicht auf die individuellen Bedürfnisse der einzelnen Regionen eingehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Herr Minister, Sie haben es in Ihrer Regierungserklärung im Mai selbst gesagt: 34 % der Baden-Württemberger leben im ländlichen Raum. Von den 1 101 Gemeinden kann man 655 dem ländlichen Raum zuordnen. Sie müssten es doch selbst wissen: Die ländlichen Räume sind alle sehr, sehr unterschiedlich. Darüber kann man nicht einfach eine einheitliche Schablone legen; man kann sie nicht alle gleich behandeln. So machen Sie den ländlichen Raum jedenfalls völlig platt.

(Zuruf von den Grünen: Ganz im Gegenteil!)

Man kann meinen, Sie seien derselben Auffassung wie der SPD-Chef: Da kann ruhig einmal – auch im schulischen Sinn – ein Tal zuwachsen.

Wenn Sie sich an Ihre eigenen Vorgaben halten wollten, dann müssten Sie eigentlich von den 129 Gemeinschaftsschulen, die Sie genehmigt haben, 56 wieder schließen.

(Lachen des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Abg.
Karl-Wilhelm Röhm und Abg. Ulrich Müller CDU:
So ist es! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das
muss man sich einmal vorstellen! Das sind über
40 %!)

Denn bei 56 bleiben die Anmeldezahlen unter der Zahl von 40 Schülerinnen und Schülern in Klasse 5; diese Zahl haben Sie im Nachhinein vorgegeben. Es macht doch keinen Sinn, erst einmal schnell zu genehmigen und dann wieder zu schließen.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Chaospolitik!)

Da fühlen sich doch Schulleiter und Lehrer, Bürgerinnen und Bürger, Gemeinderäte, Eltern und Schüler völlig an der Nase herumgeführt. Sie zäumen das Pferd von hinten auf.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Timm Kern
FDP/DVP – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Was hat es denn mit diesen 60 Schülerinnen und Schülern für neu zu genehmigende allgemeinbildende Gymnasien auf sich? Sie wollen uns doch nicht weismachen, dass Sie bei rückläu-

(Sabine Kurtz)

figen Schülerzahlen noch einmal neue Gymnasien aufmachen wollen.

(Lachen des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Bereiten Sie damit die Schließung der kleinen Gymnasien im ländlichen Raum vor? Oder wollen Sie das Netz der beruflichen Gymnasien gefährden,

(Zurufe der Abg. Karl Zimmermann CDU und Siegfried Lehmann GRÜNE)

indem Sie dann den Gemeinschaftsschulen eine gymnasiale Oberstufe obendrauf setzen? Professor Bohl aus Tübingen hat Ihnen ja deutlich ins Stammbuch geschrieben: Die Gemeinschaftsschule funktioniert nur, wenn auch Kinder mit Gymnasialniveau dabei sind.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Man hat wirklich den Eindruck, Sie wollen jetzt diese Schülerinnen und Schüler auf die Gemeinschaftsschule drängen.

Können Sie eine Bestandsgarantie für die betroffenen kleinen Gymnasien geben? Das wäre wirklich schon eine Beruhigung.

(Abg. Georg Wacker CDU: Sehr gut!)

Für die Grundschulen hat der Herr Ministerpräsident eine Bestandsgarantie gegeben. Er hat sich unseren Slogan „Kurze Beine, kurze Wege“ zu eigen gemacht. Bei der regionalen Schulentwicklung – so, wie Sie sie angekündigt haben – sind sie auch nicht mit im Boot. Aber man muss den Ministerpräsidenten vielleicht darauf hinweisen, dass die Gemeinschaftsschulen auch ab Klasse 1 genehmigt werden. Die Schulen machen sich jetzt schon gegenseitig Konkurrenz um die Grundschüler. Er soll hinterher bitte nicht sagen, er hätte nicht gewusst, dass der Konkurrenzkampf schon bei den Grundschülern losgeht.

Was Sie mit Ihrer Schulpolitik betreiben, ist ein einziges Konkurrenzprogramm für Privatschulen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Karl Zimmermann CDU:
So ist es!)

Sie können anhand der Anmeldezahlen nachlesen, wie sich das weiterentwickelt. Sie treiben den Privatschulen mit Ihrer chaotischen Bildungspolitik die Schüler nur so zu.

Aber Sie gehen auch hier nicht abgestimmt vor. Die Privatschulen sind bei der regionalen Schulentwicklungsplanung nicht dabei. Sie setzen sie an einen Katzentisch. Sie sagen, Sie wollen sie im Blick behalten – was immer das heißen mag –, aber Sie beziehen sie nicht ein. Auch die Sonderschulen passen nicht in die Schablone. Diese beziehen Sie auch nicht in die regionale Schulentwicklungsplanung ein, obwohl wir der Meinung sind, vor dem Hintergrund der Inklusion müssten sich diese eigentlich noch stärker mit den allgemeinbildenden Schulen vernetzen und verzahnen. Doch Sie bevorzugen den leichten Weg und verschieben das auf später.

Genauso unverantwortlich ist Ihr Umgang mit den beruflichen Schulen. Diese wollen Sie erst mittel- bis langfristig in den Blick nehmen.

(Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Das stimmt doch gar nicht!)

Ich finde, auch das passt nicht zusammen. Denn Sie können sie doch nicht einfach ausblenden, vor allem, wenn Sie wissen, dass sie 1 700 Kleinklassen haben, drei Viertel davon in der dualen Ausbildung.

(Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Keine Ahnung! Wo haben Sie das alles her? – Gegenruf des Abg. Volker Schebesta CDU: Die Regierungserklärung haben wir ja noch nicht! – Abg. Georg Wacker CDU: Die Regierungserklärung fehlt noch!)

Wollen Sie sie vielleicht erst schließen, bevor Sie die beruflichen Schulen in die regionale Schulentwicklungsplanung aufnehmen? – Wenn ich hier etwas Falsches sage, Herr Lehmann, dann liegt es wohl daran, dass Sie es nicht ausreichend kommuniziert haben. Wir warten auf den angekündigten Beschluss im Kabinett. Das sollte vor der Sommerpause geschehen. Heute haben wir den 18. Juli; die Sommerpause beginnt in zehn Tagen,

(Abg. Volker Schebesta CDU: Praktisch morgen!)

und hier im Parlament ist nichts bekannt. Wir würden uns wünschen, auf eine Frage in einem Antrag mehr Antworten als vier Zeilen mit nichts zu erhalten.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Abg. Volker Schebesta CDU: So ist es!)

Wir können jedenfalls nur empfehlen: Beschließen Sie keine starren Eckpunkte, beziehen Sie die örtlichen Verhältnisse und die Betroffenen mit ein, und versuchen Sie, das Thema im Konsens zu lösen.

Ich schlage Ihnen auch vor: Informieren Sie den Ministerpräsidenten umfassend, damit er hinterher nicht wieder sagen kann, er hätte von nichts gewusst.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Boser das Wort.

Abg. Sandra Boser GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Kurtz, ich bin entsetzt.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie sind begeistert! – Abg. Sabine Kurtz CDU: Dann habe ich es wohl richtig gemacht! – Gegenruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Wenn sie lächelt, haben Sie es richtig gemacht! – Abg. Volker Schebesta CDU: Wenn Sie begeistert sind! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Schaut sie euch mal an, wie sie schaut, wenn sie entsetzt ist! Das tut ja richtig gut!)

Anfangs habe ich gedacht, Sie haben die Tagesordnungspunkte verwechselt. Dann habe ich festgestellt, Sie sind doch bei der regionalen Schulentwicklungsplanung. Dann sprechen Sie davon, dass keine Eckpunkte bekannt sind. Dann erzählen Sie etwas von Eckpunkten, was überhaupt nicht der Wahrheit entspricht.

(Sandra Boser)

Ich weiß jetzt gar nicht, was man von der Rede halten soll. Entweder Sie wissen nichts, oder Sie wissen doch etwas. Aber erzählen Sie hier nicht irgendwelche Unwahrheiten, irgendetwas, was überhaupt nicht den Tatsachen entspricht.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Abg. Volker Schebesta CDU: Das ist jetzt die Kabinettsbefassung!)

Wir haben bereits bei der Regierungserklärung viele Punkte von denen, die Sie angeführt haben, aufgeklärt. Bei der Regierungserklärung haben wir auch schon gesagt, dass es keine starren Eckpunkte gibt, sondern wir sehr wohl auf die ländlichen Räume eingehen werden. Von uns wird es keine von oben nach unten diktierte Maßnahme geben, sondern die Schulträger in der Raumschaft setzen sich zusammen, um zu schauen, wie sie mit der Bildungslandschaft zukünftig umgehen.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Zu dem, was Sie hier präsentiert haben – Sie sagten, wir würden dadurch etwas forcieren –: Schauen Sie sich doch einmal um, wie es in der Fläche tatsächlich aussieht. In meinem Wahlkreis in der Ortenau, in dem es hinsichtlich der Übergangszahlen kaum statistische Veränderungen gab, gibt es allein im Umkreis von 10 km vier Schulen, die gerade noch sechs Anmeldungen für die fünfte Klasse haben. Was wollen Sie mit diesen Schulen machen? Sollen die jetzt die nächsten zehn Jahre warten, bis sich am Ende durch die zurückgehenden Schülerzahlen überhaupt niemand mehr an der Schule anmeldet? Was passiert dann mit den Schülerinnen und Schülern, die den Hauptschulabschluss ablegen wollen? Sollen die dann ans Gymnasium gehen?

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Darüber soll das Kabinett mal beschließen!)

Die Punkte, die Sie hier aufgeführt haben, entsprechen überhaupt nicht der Realität.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Sie halten uns doch seit einem Jahr vor, wir sollten endlich die Kabinettsvorlage einbringen.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Sie können sich nicht einigen!)

Wir sind dabei, die Kabinettsvorlage – –

(Abg. Volker Schebesta CDU: Immer noch?)

– Sie sind doch auch froh, wenn wir beispielsweise noch Gespräche mit den zuständigen Verbänden führen, wenn wir uns beispielsweise mit dem Städte- und dem Gemeindetag unterhalten.

(Abg. Georg Wacker CDU: Das sagen Sie schon seit ein bis zwei Jahren! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Gemeinschaftsschule eingeführt und keinen Plan haben!)

Sie haben in Ihrem Antrag den Wunsch geäußert, dass wir uns mit den Beteiligten an einen Tisch setzen und eine von allen getragene Gesetzesvorlage auf den Weg bringen.

(Abg. Georg Wacker CDU: Seit anderthalb Jahren! – Abg. Volker Schebesta CDU: Deswegen war die Regierungserklärung so unkonkret! – Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Es wird eine Gesetzesvorlage sein – da kann ich Sie beruhigen –,

(Abg. Volker Schebesta CDU: Wann?)

die die Städte und Gemeinden mittragen werden. Wir, die Fraktion GRÜNE, haben bereits vor einem Jahr beispielsweise ein Fachgespräch über die regionale Schulentwicklungsplanung geführt.

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Grün allein reicht nicht!)

Damals wurde keine Kritik daran geäußert; es wurde nicht geäußert, dass es Rahmenbedingungen und Eckpunkte für eine regionale Schulentwicklungsplanung geben sollte, sondern die Städte und Gemeinden warten darauf, dass es diese Eckpunkte gibt. Die gibt es von uns.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Volker Schebesta CDU: Genau! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! Bravo! – Abg. Sabine Kurtz CDU: Bravo! – Zuruf von der CDU: Genau! Die warten!)

– Ich freue mich immer auch über Applaus von der Opposition.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Im Gegensatz zu euch!)

Ich habe es hier im Plenum auch schon mehrfach gesagt: Treiben Sie uns – das ist sehr schön –; aber wir bauen aus, was Sie in 57 Jahren versäumt haben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Oh-Rufe von der CDU – Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU – Unruhe)

Die regionale Schulentwicklungsplanung gibt es in so gut wie jedem – –

(Abg. Volker Schebesta CDU: Mich hat der Ministerpräsident nicht gezwungen, von den Herbstferien 2012 zu sprechen!)

– Darf ich jetzt reden, Herr Schebesta?

(Abg. Volker Schebesta CDU: Natürlich! Zwischenrufe gehören trotzdem dazu!)

Eine regionale Schulentwicklungsplanung gibt es in so gut wie jedem Bundesland – ausgenommen Baden-Württemberg und Bayern.

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Nur bei uns nicht! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Wir haben ja jetzt auch eine!)

– Wir haben das nicht versäumt, Frau Kurtz. Wir sind seit zwei Jahren an der Regierung, und wir bringen das entsprechende Gesetz ein. Warum haben Sie ein solches Gesetz in der Vergangenheit nicht eingebracht?

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Karl Zimmermann CDU: Weil Sie eine Gemeinschaftsschule wollen! – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

(Sandra Boser)

Wir tun alles, um Ihre Versäumnisse aufzuarbeiten. Wir machen alles, damit Sie in zwei Jahren zufrieden sind und sagen können: „Ja, diese Landesregierung hat unsere Versäumnisse aufgearbeitet.“

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Volker Schebesta CDU: In zwei Jahren kommt sie dann? Dann kommt die regionale Schulentwicklung?)

Jetzt noch zur Entwicklung: Sie stellen es so dar, als habe diese innerhalb von nur zwei Jahren stattgefunden.

(Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

1990 – ich blicke gern auf die Historie zurück – besuchten 37 % der Schülerinnen und Schüler in Baden-Württemberg die Haupt- und Realschulen. 2011 – das war vor dem Regierungswechsel – waren es nur noch 22 % der Schülerinnen und Schüler. Durch den demografischen Wandel gibt es mittlerweile schon jetzt 10 % weniger Schülerinnen und Schüler im Land als in den Jahren vor unserer Regierungszeit. Warum haben Sie denn damals nichts getan?

(Abg. Karl Zimmermann und Abg. Volker Schebesta CDU: Doch!)

Bis heute haben Sie keine Antwort darauf, wie mit diesen Veränderungen umgegangen werden soll. Sie haben keinerlei Antwort.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Für eine Oppositionsfraktion, die die stärkste Fraktion hier im Landtag darstellt, ist es eine absolut schwache Leistung, was Sie uns hier ständig präsentieren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Sie haben kein Konzept, wie Sie damit umgehen wollen, dass sich die Schülerzahlen verändern,

(Abg. Klaus Burger CDU: Die Gemeinschaftsschule, ist das ein gutes Konzept?)

dass sich das Übergangsverhalten verändert.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Haben wir die Gemeinschaftsschule eingeführt oder Sie?)

Ich habe es schon einmal angeführt: Wir räumen mit Ihren Versäumnissen auf.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Zu welchem Thema hat sie jetzt gesprochen? – Abg. Karl Zimmermann CDU: Fährt auf der Autobahn verkehrt und will Polizeischutz! – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Käppeler das Wort.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Vielleicht sagt er, die regionale Schulentwicklungsplanung kommt in ein- einhalb Jahren! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Aber jetzt kommt was? – Abg. Georg Wacker CDU: Jetzt lassen wir den Kollegen Käppeler sprechen! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Kirchheim unter Teck, Große Kreisstadt: Vertagt, vertagt, vertagt! – Gegenruf von der SPD: Wer ist denn da Gemeinderat? – Abg. Volker Schebesta CDU: Aber in den Herbstferien die Zusage, dann wäre sie da! – Gegenruf des Abg. Karl Zimmermann CDU: „Wartet auf Stuttgart“!)

Abg. Klaus Käppeler SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Kurtz, ich habe den Eindruck, dass Sie noch ganz viele Anträge stellen werden und wir darauf immer wieder die gleichen Antworten geben werden.

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Vierzeiler!)

Das ist wie in der Pädagogik: Manches muss man mehrfach sagen, bis es ankommt. Oder: Die Wiederholung macht es.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Aber nicht bei Frau Kurtz! Da schätzen Sie sie falsch ein! – Gegenruf der Abg. Sabine Kurtz CDU: Danke schön!)

Es ist bereits angesprochen worden, dass unser Kultusminister am 15. Mai eine Regierungserklärung abgegeben hat.

(Heiterkeit des Abg. Volker Schebesta CDU – Abg. Volker Schebesta CDU: Abgespult! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Mit dem Ministerpräsidenten abgesprochen!)

Ich will Ihnen aus der Presse ein paar Reaktionen darauf zitieren, die das deutlich machen. Wenn Sie uns nicht glauben, dann vielleicht der öffentlichen Meinung.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Ja, ja, ja!)

Die „Badische Zeitung“ hat am Tag nach der Regierungserklärung geschrieben:

Jeder, der Zeitung liest, weiß doch auch so, dass die Schule in Bewegung ist, vor allem deshalb in Bewegung ist, weil ihre Kundschaft schrumpft. Jede Regierung, egal welcher Farbe, muss darauf antworten, will sie ihren Amtseid ernst nehmen.

Sie dürfen versichert sein, dass unsere Regierung diesen Amtseid ernst nimmt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Kurtz?

Abg. Klaus Käppeler SPD: Ich habe noch gar nicht richtig angefangen. Sie darf sie dann am Schluss stellen. – Ich will erst einmal die Zahlen erläutern: Bei den Grundschulen wird die Schülerzahl von 2008 bis 2030 um 17 % abnehmen, das heißt von 423 000 Schülern auf 351 000 Schüler. Bei den weiterführenden Schulen wird die Schülerzahl von 2008 bis 2030

(Klaus Käppeler)

um 22 %, von rund 700 000 Schülern auf 545 000 Schüler, sinken.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Das haben wir alles schon lange gewusst!)

– Und nichts gemacht, Herr Zimmermann.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Sie wollten ja noch mehr!)

Ich gehe jetzt auf das Schulwahlverhalten ein: Von den derzeit 862 Haupt- und Werkrealschulen haben für das Schuljahr 2012/2013 – das ist das laufende, zu Ende gehende Schuljahr; hören Sie gut zu – 125 Schulen für die fünfte Klasse keine Schülerinnen und Schüler mehr, und 697 Schulen haben unter 40 Schülerinnen und Schüler gemeldet. 224 Schulen davon haben weniger als 16 Schülerinnen und Schüler in Klasse 5. Das ist das große Problem.

Wir wissen alle, dass im Bereich der Haupt- und Werkrealschulen nicht nur wegen des Wegfalls der verpflichtenden Grundschulempfehlung, sondern auch aufgrund der Demografie die Schülerzahlen so dramatisch zurückgehen.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Die „Stuttgarter Zeitung“ schreibt deshalb:

Das Programm ist ... notwendig. Aus finanziellen, aus demografischen und auch aus pädagogischen Gründen muss das Bildungssystem neu aufgestellt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen
– Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das ist das Deckmäntelchen!)

Deswegen gibt es den Handlungsbedarf, den Sie jetzt plötzlich auch erkennen. Schön. Regionale Schulentwicklung kann helfen, aus pädagogischer Sicht zu kleine und immer kleiner werdende Schulen sowie in ihrer Gesamtheit dauerhaft nicht finanzierbare Schulstandorte zu vermeiden. Genau das ist die Aufgabe. Die regionale Schulentwicklung wirkt damit einer nicht koordinierten und teilweise eher zufälligen Aufhebung einer Vielzahl von Schulstandorten entgegen.

Wenn Sie uns immer wieder vorwerfen, dieses Programm sei ein Schulschließungsprogramm, möchte ich Ihnen Folgendes sagen: Die Zahl 40 ist perspektivisch, das heißt, in fünf, in zehn, in 20 Jahren sollen diese Schulen auch noch Bestand haben. Deswegen gilt für alle Schulen – die Bestand haben; dafür habe ich mich persönlich sehr eingesetzt –, dass sie, wenn sie weniger als 16 Schüler haben, in dieses regionale Schulordnungsverfahren gehen müssen und unter Umständen geschlossen werden. Das geschieht aber nicht von heute auf morgen. Vielmehr laufen diese Schulen dann einfach aus, das heißt, sie werden nicht von heute auf morgen geschlossen, sondern über die nächsten Jahre. Erst wenn keine Schüler mehr vorhanden sind, muss die Schule geschlossen werden.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Auch Grundschulen?)

– Grundschulen sind von diesem Verfahren ausgenommen.

(Abg. Georg Wacker CDU: Bis 2016!)

Herr Zimmermann, Sie wissen aber auch, dass wir an Grundschulstandorten häufig schon die Klassen 1 und 2 und die Klassen 3 und 4 kombinieren. Wenn dort dann auch keine 16 Schüler mehr zusammenkommen, dann zucken Sie mit den Schultern, richtig?

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Dann hat die Schule nur noch wenige Lehrer, und dann reagiert nicht das Land, sondern dann reagieren die betroffenen Kommunen.

Zum Beschlussteil Ihres Antrags möchte ich Ihnen, da Sie dies auch entsprechend ausgeführt haben, noch sagen: Natürlich handelt es sich um keine starre Vorgabe, sondern es gilt das Regel-Ausnahme-Prinzip. Insbesondere im ländlichen Raum sollen alle Schulabschlüsse – die Betonung liegt auf „Schulabschluss“ und nicht auf „unterschiedliche Schularten“ – in zumutbarer Entfernung angeboten werden. Es braucht eine ordnende Hand. Es darf keinen Wildwuchs geben.

Ganz zum Schluss noch ein Zitat aus dem „Südkurier“ vom 16. Mai:

CDU und FDP sahen dem Schulsterben mehr oder weniger hilflos zu. Jeder Versuch, die Hauptschule durch Umbau, Umetikettierung oder Qualitätsoffensive zu retten, scheiterte.

Die „Pforzheimer Zeitung“ schreibt:

Stoch hat vorgelegt, der Sozialdemokrat beweist Mut und nimmt Unpopuläres in Angriff.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Kollege Käppeler, gestatten Sie noch die Zwischenfrage der Kollegin Kurtz?

Abg. Klaus Käppeler SPD: Nachdem meine Zeit abgelaufen ist, gern.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Ihre Zeit ist abgelaufen?)

– Meine Redezeit ist abgelaufen.

Abg. Sabine Kurtz CDU: Danke schön, Herr Kollege. – Ich möchte Sie fragen, ob Ihnen bekannt ist, dass zwischen den Schuljahren 2004/2005 und 2011/2012 nahezu 400 Schulen geschlossen wurden, nämlich Grundschulen, Hauptschulen und Werkrealschulen.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Durch wen?)

Ich möchte Sie weiter fragen, ob Sie da so viel Geschrei im Land gehört haben wie jetzt

(Abg. Martin Rivoir SPD: Wer schreit denn? – Gegenruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Die Opposition!)

(Sabine Kurtz)

und ob Sie mir zustimmen, dass auch wir auf das Problem des demografischen Wandels eingegangen sind, dass wir die Maßnahmen aber sehr verantwortungsvoll und im Konsens mit den betroffenen Kommunen und Schulträgern ergriffen haben.

(Abg. Georg Wacker CDU: Und das ohne Vorgabe von oben!)

Ich bitte darum, dass Sie sich diese Zahlen einmal vor Augen führen, und ich bitte um Verständnis, dass wir den Vorwurf, wir hätten jahrelang nichts gemacht, nicht länger auf uns sitzen lassen wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Abg. Klaus Käppeler SPD: Ich weiß nicht, wo Ihre Handlung war, wenn diese Schulen gestorben sind.

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Sie sind nicht gestorben!)

Sie haben weder die Hand gehalten, noch haben Sie Sterbehilfe geleistet. Diese Schulen sind vielmehr ausgelaufen; das ist richtig. Dass es kein Geschrei gab, beweist, dass niemand aufgestanden ist, dass nur ganz selten einmal eine Bürgerinitiative aufgestanden ist, um eine Hauptschule zu retten. Sie stellen sich aber hier hin und sprechen immer noch vom differenzierten Schulsystem, das so, wie es ist, erhalten werden soll. Das wird in der Fläche nicht gehen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Natürlich geht das!)

Frau Kurtz, auch Sie werden dies irgendwann einmal verstehen; da bin ich ganz sicher.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Sabine Kurtz CDU: Ich bin eben etwas langsamer!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Dr. Kern das Wort.

(Zuruf von den Grünen: Oje!)

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie haben recht: Natürlich muss Politik auf neue Situationen reagieren. Die FDP/DVP kritisiert auch überhaupt nicht, dass Sie eine regionale Schulentwicklungsplanung vorlegen. Natürlich können Sie auch überhaupt nichts für den demografischen Wandel. Das haben wir Ihnen aber auch noch nie vorgeworfen. Darum geht es nicht. Es geht nicht um das Dass, sondern es geht um das Wie.

Die entscheidende Frage ist, wie Sie diese regionale Schulentwicklungsplanung vornehmen, in welcher Ausgestaltung Sie diese vorlegen. Die jetzige Ausgestaltung halten wir für falsch. Denn wir sind der Meinung, eines solchen regionalen Schulentwicklungskonzepts hätte es bedurft, bevor Sie daran gegangen sind, die baden-württembergische Schullandschaft radikal umzukrempeln.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! Sehr gut! So ist es!)

Sie haben mit der unvorbereiteten Abschaffung der Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung ÖL ins Feuer gegossen;

Sie haben das Schulsterben dramatisch verschärft. Dafür sind Sie verantwortlich, und das muss man Ihnen auch sagen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sonst niemand! Bravo!)

Nach Ihren Vorstellungen soll es drei Anlässe geben, durch die vor Ort ein regionaler Schulentwicklungsprozess ausgelöst wird – man muss sich das noch einmal vor Augen halten –: Das ist erstens der Fall, wenn eine neue Schule eingerichtet wird, zweitens, wenn Kommunen sagen: „Wir wollen einen regionalen Schulentwicklungsprozess machen“, und drittens bei der konkreten Gefährdung eines Schulstandorts.

(Abg. Klaus Käppeler SPD: Was ist falsch daran?)

Alle drei Punkte und Anlässe sind pure Selbstverständlichkeiten. Deshalb war Ihr Konzept, das Sie vor zwei Monaten vorgestellt haben, in keinem Fall ein großer Wurf; es war bestenfalls ein halbherziges Vorgehen

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE – Glocke der Präsidentin)

mit einer Logik, die in eine Einbahnstraße führt.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Kollege Dr. Kern, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abg. Lehmann?

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Nein.

(Zuruf des Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE)

Sie geben den Verantwortlichen vor Ort keine echte Entscheidungs- und Gestaltungsfreiheit, sondern Sie übertragen den Verantwortlichen vor Ort lediglich die schwierige Entscheidung über die Schließung eines Schulstandorts. Dabei wollen Sie den Anschein erwecken, als wären die Verantwortlichen vor Ort eingebunden worden und hätten wirklich etwas zu sagen.

Würden Sie doch wenigstens einmal Ihren eigenen Koalitionsvertrag ernst nehmen! Da heißt es – Zitat –:

Wir wollen von der Zuweisung nach dem Klassenteilerprinzip auf eine Pro-Schüler-Zuweisung von Lehrerstunden umstellen.

Hätten Sie dies gemacht, dann hätte ich das als mutig und zukunftsweisend charakterisiert. Aber Sie haben es eben nicht gemacht. Wenn Sie dies gemacht hätten, könnten sich alle für Bildung Verantwortlichen vor Ort an einen Tisch setzen und würden eigenverantwortlich über die Verwendung des Bildungsbudgets entscheiden. So würden diese ein vor Ort passendes Bildungsangebot gestalten können, statt einfach nur über Schulschließungen zu entscheiden, wie es Grün-Rot nun vorschreibt. Das wäre konsequenter und mutiger gewesen und hätte einer freiheitlichen Bildungspolitik entsprochen, die dem Subsidiaritätsprinzip tatsächlich verpflichtet ist.

Ein weiterer Kritikpunkt: Entgegen Ihrer Ankündigung, nicht dirigistisch vorgehen zu wollen, schreiben Sie in Ihrem Konzept ganz klar vor, wohin die Reise gehen soll, nämlich zu ei-

(Dr. Timm Kern)

ner Zweisäulenschulstruktur. Entscheidend und auch entlarvend ist in diesem Fall, dass es nach Ihren Vorstellungen immer nach integrativen Strukturen ausgerichtet sein soll. Das heißt, Sie haben immer noch nicht Ihr Ziel aufgegeben, dass die zweite Säule immer die Gemeinschaftsschule sein soll.

In diesem Zusammenhang würde ich Sie, Herr Minister Stoch, bitten, zu folgendem Aspekt Stellung zu nehmen: Sie betonten damals an mehreren Stellen in Ihrer Rede die – Zitat – „Erreichbarkeit von Bildungsabschlüssen“. Heißt das, dass es, da an einer Gemeinschaftsschule ja in der Theorie alle Abschlüsse angeboten werden, dann beispielsweise für die nahegelegene Realschule keine Daseinsberechtigung mehr gibt? Bitte antworten Sie doch einmal auf diese Frage.

Die FDP/DVP-Landtagsfraktion hält weitere Punkte Ihres Konzepts für unausgegoren. Erstens: Die beruflichen Schulen bleiben weitestgehend außen vor.

(Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Stimmt doch gar nicht!)

Auch klammern Sie – zweitens – die komplette G-8-/G-9-Problematik aus.

(Zuruf des Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE)

Drittens: Wesentliche Weichenstellungen im Bereich Inklusion oder Ganztagschule haben Sie nicht vorgenommen. Beim einzig konkreten Punkt Ihres Konzepts, nämlich bei der Frage der Schulmindestgröße, zeigen Sie, dass Sie den Verantwortlichen vor Ort keine Entscheidungsfreiheit geben. Denn sonst hätten Sie eine Möglichkeit der flexiblen Ausgestaltung vor Ort eingeräumt und damit vielen Standorten eine Perspektive geboten.

In diesem Zusammenhang teilt die FDP/DVP ausdrücklich die Kritik des Gemeindetags Baden-Württemberg. Wenn Sie, Herr Minister Stoch, bei Ihrer politisch am Reißbrett festgelegten Zahl bleiben, werden nach Angaben des Gemeindetags in absehbarer Zeit alle verbliebenen 862 Haupt- und Werkrealschulen geschlossen werden.

In der Tat – das hat Frau Kollegin Kurtz schon angesprochen – stellt sich doch die Frage der Glaubwürdigkeit, wenn Sie bei der Genehmigung der Gemeinschaftsschulen ganz andere Maßstäbe anlegen als bei der Genehmigung anderer Schulen.

(Zuruf von den Grünen: Das stimmt doch überhaupt nicht!)

Unter den 86 künftigen Gemeinschaftsschulen sind 25 einzügige.

Ich komme zum Schluss: Es waren vor allem grüne Bildungsprojekte, an denen Ihre Vorgängerin, Herr Stoch, krachend gescheitert ist. Bislang ist nicht erkennbar, wo Sie inhaltlich in der Bildungspolitik tatsächlich umsteuern. Auch wenn Sie im Kultusministerium weitere Köpfe austauschen sollten: Solange Sie nicht inhaltlich eine solidere Bildungspolitik betreiben, so lange wird die grün-rote Bildungspolitik auch nicht aus den Schlagzeilen verschwinden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Das Wort für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Stoch.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Minister für Kultus, Jugend und Sport Andreas Stoch: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe in der Tat – da ging es mir wie Frau Kollegin Boser – am Anfang der Debatte hektisch auf mein Papier geschaut und überlegt: Wozu wird eigentlich gerade gesprochen?

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Denn der Antrag, den Sie im August vergangenen Jahres gestellt haben, bezog sich auf die Frage: Nutzen starre Vorgaben einer landesweiten Neuordnung der Schulstandorte?

(Zuruf der Abg. Sabine Kurtz CDU)

– Entschuldigung. Der Antrag wurde am 2. August 2012 gestellt, und die Stellungnahme erfolgte am 21. August 2012.

In der Tat hat die Stellungnahme den damaligen Stand wiedergegeben. Damals stand man am Anfang dieses Prozesses der Ausarbeitung der regionalen Schulentwicklungsplanung. Heute sind wir zum Glück ein gutes Stück weiter.

(Zuruf des Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU)

Wir sind deswegen ein gutes Stück weiter, weil, wie ich glaube, in den letzten Wochen und Monaten sehr gute und sehr fruchtbare Gespräche mit allen Verantwortlichen geführt wurden, nämlich ganz wesentlich mit der kommunalen Seite, mit den Schulträgern, das heißt, mit den Städten, Gemeinden und Landkreisen.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Deswegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, können wir, wenn wir jetzt auf unser Konzept der regionalen Schulentwicklung blicken,

(Abg. Volker Schebesta CDU: Welches?)

das in den nächsten Tagen dem Kabinett vorgelegt wird, davon sprechen, dass es auch in enger Abstimmung mit den Schulträgern, mit den Städten und Gemeinden unseres Landes entwickelt wurde. Ich glaube, dass die Städte und Gemeinden sehr gut wissen, wo die Zukunft unserer Bildungslandschaft liegen wird. Deswegen freut es mich sehr, dass insbesondere der Städtetag, aber auch der Gemeindetag, was die Einbindung in dieses Verfahren angeht, sehr viel Lob für unser Verfahren der regionalen Schulentwicklung geäußert haben und letztlich von ihnen auch die Unumgänglichkeit der Weiterentwicklung unseres Schulsystems gesehen wird.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf von den Grünen: Hört, hört! – Abg. Peter Hauk CDU: Das Lob müssen Sie uns mal zeigen!)

Frau Kollegin Kurtz, ich will Ihren Gedanken, alles könne so bleiben wie es ist, weiterdenken: Sie müssen sich schlicht und einfach einmal die Zahlen anschauen. Ich habe das bereits in mehreren Debatten hier im Haus gesagt. Wir haben nicht nur in Baden-Württemberg, sondern auch in anderen Bundesländern, wo es in der Vergangenheit und bis jetzt ein dreigliedri-

(Minister Andreas Stoch)

ges Schulsystem gab, eine Veränderung, und zwar zum einen aufgrund demografischer Veränderungen und zum anderen aufgrund eines veränderten Schulwahlverhaltens. Dabei ist von ganz großer Bedeutung, dass – das ist ja immer die These, die Kollege Kern hier in den Raum stellt – bereits vor Wegfall der Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung eine entsprechende Entwicklung erhebliche Auswirkungen hatte. Viele Vertreter und Vertreterinnen aus Ihren Fraktionen wissen das, weil auch in ihren ländlich geprägten Wahlkreisen diese Entwicklung in den letzten Jahren bereits deutliche Folgen hatte.

Ich nenne Ihnen noch einmal die Zahlen: Im Jahr 2001 waren in den fünften Klassen der Hauptschulen noch 40 000 Schüler. 2011, das heißt noch zu Zeiten der Verbindlichkeit der Schulempfehlung, gab es bereits einen Rückgang auf 23 000 Schüler. Sie können darüber nicht hinweggehen. Wir müssen unser Schulsystem für die Zukunft sicher machen. Das ist im Interesse des Landes, das ist im Interesse der Kinder, aber es ist auch im Interesse der Schulträger, die die Investitionen zu tätigen haben.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Was die Parameter angeht: Wir sprechen jetzt über das Thema der Vorgaben, die im Rahmen der regionalen Schulentwicklung gemacht werden sollen und aus meiner Sicht auch gemacht werden müssen. In der Kommentierung nach der Regierungserklärung zur regionalen Schulentwicklung wurde von vielen Seiten, gerade auch von den Kommunen, sehr deutlich gemacht, man sei froh, dass jetzt eine klare Angabe und eine klare Ansage kommt: Was sind Strukturen, die auch zukunftsfähig sind? Denn was hatten wir in der Vergangenheit? Wir hatten eine Situation, in der viele Städte und Gemeinden versucht haben, für sich selbst Konzepte zu entwickeln, die für die Zukunft tragfähig sind. Aber leider hat der wichtigste Faktor dabei gefehlt, nämlich die nachfolgende Generation – die Kinder, die nicht auf die Welt gekommen sind.

Deswegen ist ein zentrales Element der regionalen Schulentwicklungsplanung, wie wir sie jetzt aufsetzen wollen und wie wir sie auch aufsetzen müssen im Interesse der Menschen in unserem Land, dass wir die Kommunen zueinanderbringen müssen. Wenn wir den Vorgang, wie wir ihn in den letzten Jahren hatten, einfach so weiterlaufen lassen,

(Zuruf der Abg. Sabine Kurtz CDU)

dann würde das – das können wir auch auf der Landkarte sehen – zulasten der kleinen Standorte gehen; dann würde es gerade zulasten des ländlichen Raums gehen. Es kann nicht im Interesse des Landes Baden-Württemberg sein, dass wir eine Auszehrung im ländlichen Raum bekommen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Köbller?

Minister für Kultus, Jugend und Sport Andreas Stoch: Ja, gern.

Abg. Joachim Köbller CDU: Herr Minister, ich will jetzt nicht unbedingt auf die regionale Schulentwicklungsplanung, die viel zu spät gekommen ist, eingehen.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: 40 Jahre zu spät!)

Minister für Kultus, Jugend und Sport Andreas Stoch: Das stimmt, Herr Kollege Köbller, sie ist zu spät gekommen; absolut richtig.

Abg. Joachim Köbller CDU: Sie ist bei Ihnen zu spät gekommen, ...

Minister für Kultus, Jugend und Sport Andreas Stoch: Bei Ihnen war gar keine.

Abg. Joachim Köbller CDU: ... weil Sie die Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung abgeschafft haben und weil Sie die Gemeinschaftsschule einführen.

Aber ich will auf die Investitionen, die im Rahmen der Gemeinschaftsschule getätigt werden müssen, und auf die Bestandsfestigkeit zu sprechen kommen. Wie stellen Sie sicher, dass die Kommunen keine Fehlinvestitionen tätigen? Einige sind gerade dabei, dies zu tun. Wie stellen Sie sicher, dass nur bestandsfeste Schulen Millioneninvestitionen in ihre Gemeinschaftsschule tätigen?

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Was ist mit den 56 mit Schülerzahlen unter 40?)

Minister für Kultus, Jugend und Sport Andreas Stoch: Herr Kollege Köbller, diese Frage hätten Sie ebenso ohne eine regionale Schulentwicklung und ohne die Einführung der Gemeinschaftsschule stellen können und auch stellen müssen.

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Wir haben ja bisher noch keine gehabt!)

Denn eine Investition, die ein öffentlicher Träger, z. B. ein Schulträger, eine Gemeinde, eine Stadt, auf sich nimmt, kann jeweils nur dann getroffen werden, wenn Planungssicherheit besteht. Sie alle wissen, dass wir in der Vergangenheit, in den letzten Jahren, in Städten und Gemeinden sehr häufig Investitionsentscheidungen hatten, die sehr stark auch auf Hoffnungen beruhten, die aber letztlich nicht der Realität entsprachen.

(Abg. Peter Hauk CDU: In den letzten zwei Jahren!)

Deswegen, meine Damen und Herren, halte ich es für wichtig, dass wir dort auch verlässliche Größenordnungen haben. Diese verlässliche Größenordnung wird vor allem unter pädagogischen, aber eben auch unter Investitionsgesichtspunkten zu definieren sein; denn wir brauchen eine gewisse Mindestgröße unserer Schulen.

Deswegen sagen wir: Am Ende des Prozesses der regionalen Schulentwicklung sollen Schuleinheiten stehen, die die Gewähr dafür bieten, dass in den Eingangsklassen mindestens 40 Schülerinnen und Schüler sind, sodass wir eine stabile Zweizügigkeit haben werden.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Was ist mit den einzügigen Gemeinschaftsschulen in diesem Zusammenhang? Haben die Bestandsgarantie?)

– Herr Kollege Röhm, ich antworte Ihnen ums Eck.

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Deswegen verstehen wir das auch nicht!)

(Minister Andreas Stoch)

Nachdem vorhin in den Reden auch die im Moment einzü-
gigen Gemeinschaftsschulen angesprochen wurden, gebe ich
Ihnen darauf eine Antwort.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Minister, es liegt ei-
ne weitere Zwischenfrage der Frau Abg. Gurr-Hirsch vor.

Minister für Kultus, Jugend und Sport Andreas Stoch:
Nein.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Nein.

Minister für Kultus, Jugend und Sport Andreas Stoch: Ich
beantworte jetzt die Frage des Kollegen Röhm ums Eck.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ums Eck, wie beim
Basketball! Peripheres Sehen zählt!)

– So ist es. – Das Thema „Größe der Gemeinschaftsschulen“
spielt für uns natürlich eine zentrale Rolle. Es darf da auch
keine Bevorzugung bestimmter Schularten geben. Aber – das
wissen auch Sie – die Frage der Genehmigung eines Antrags
auf Einführung der Gemeinschaftsschule hängt letztlich von
einer Prognose ab, einer Prognose darüber, wie viele Kinder
zukünftig auf diese Schule gehen werden. Wir haben festge-
stellt, dass gerade bei den Gemeinschaftsschulen aus der ers-
ten Tranche, bei der wir auch relativ kleine Standorte hatten,
teilweise erfreuliche Zuwächse bei der Zahl der Schülerinnen
und Schülern festzustellen sind. Das heißt, dass wir bei den
Gemeinschaftsschulen der ersten und zweiten Tranche zum
Glück davon ausgehen können, dass sie in der Akzeptanz der
Eltern wachsen und damit auch wachsende Schülerzahlen ge-
währleistet sind.

Diese Hoffnung haben wir leider bei den Haupt- bzw. Werk-
realschulen nicht. Die Statistik spricht eine eindeutige Spra-
che.

Lassen Sie mich in meinem Konzept fortfahren: Meine lieben
Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, wir sollten, was die
Weiterentwicklung unserer Schullandschaft angeht, realistisch
sein. Realismus heißt an dieser Stelle, dass wir uns gut über-
legen müssen, ob wir noch einem dreigliedrigen Schulsystem
anhängen können, oder ob wir nicht korrekterweise fragen
müssen: Was sind die Alternativen zu einem dreigliedrigen
Schulsystem?

Ganz sicher gibt es da nicht nur eine Alternative zur Weiter-
entwicklung des dreigliedrigen Schulsystems, sondern es gibt
mehrere. Lassen Sie uns bitte auch darüber diskutieren; dazu
bin ich sehr gern bereit. Aber mir ist wichtig, dass jede Schu-
le – das ist der wichtigste Faktor in der regionalen Schulent-
wicklung –, sei es eine Haupt- oder Werkrealschule, sei es ei-
ne Realschule oder sei es ein Gymnasium, sei es eine berufli-
che Schule, sei es eine Sonderschule oder eine Privatschule,
dort abgeholt wird, wo sie ist, und dass sie das Gefühl hat, in
ihrer pädagogischen Arbeit ernst genommen zu werden. Wir
sollten diesen Prozess, unsere Schullandschaft zukunftssicher
zu machen, gemeinsam bewältigen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Meine Damen und Her-
ren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des
Antrags Drucksache 15/2188 (geänderte Fassung). Abschnitt I
des Antrags ist ein Berichtsteil und kann für erledigt erklärt
werden.

Abschnitt II des Antrags ist ein Beschlussteil, der zwei Hand-
lungersuchen enthält. Wird Abstimmung über Abschnitt II
Ziffer 1 und 2 gewünscht, und kann ich die Abstimmung über
diese zwei Ziffern zusammenfassen? – Ja. Danke schön.

Wer Abschnitt II des Antrags zustimmen möchte, den bitte ich
um das Handzeichen. –

(Zuruf von der CDU: Das ist die Mehrheit!)

Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist Abschnitt II des An-
trags mehrheitlich abgelehnt.

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Damit ist Punkt 6 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

**Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Mi-
nisteriums für Kultus, Jugend und Sport – Kostengefahr
Gemeinschaftsschule – Drucksache 15/2699 (geänderte
Fassung)**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat folgende Rede-
zeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die
Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Das Wort zur Begründung erteile ich für die CDU-Fraktion
Herrn Abg. Wacker.

Abg. Georg Wacker CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin,
liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir bleiben bei der Bil-
dungspolitik, und das zu Recht. Zunächst einmal Dank an die
Landesregierung für die Erarbeitung der Stellungnahme zu
unserem Antrag.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Ich bitte um Ruhe.

Abg. Georg Wacker CDU: Die Stellungnahme ist an einigen
Stellen durchaus sehr aufschlussreich. Ich werde gleich auf
einige konkrete Punkte eingehen. Noch viel aufschlussreicher
ist jedoch die Tatsache, dass sich die Gemeinschaftsschule
nachweislich zur bundesweit teuersten Schulart entwickeln
wird.

Ich möchte aus einer Dokumentation zitieren, die das Statis-
tische Bundesamt jährlich erstellt. Darin werden die Bildungs-
ausgaben je Schüler bezogen auf die jeweilige Schulart dar-
gestellt. Aus dieser Statistik, die bundesweit bezogen auf je-
des Bundesland erstellt wurde, geht eindeutig hervor, dass die
Schulart, die mit der Gemeinschaftsschule in Baden-Württem-
berg vergleichbar ist, also die integrative Schule, überall die
teuerste Schulart ist, bezogen auf die Kosten für jeden Schü-
ler.

(Abg. Peter Hauk CDU: Unerhört!)

(Georg Wacker)

Das ist nachweislich in Berlin so, das ist nachweislich in Brandenburg so, das ist in Bremen so, das ist in Hamburg so, das ist in Nordrhein-Westfalen so, das ist in Schleswig-Holstein so. Nur im Saarland ist es nicht so, weil dort die Gemeinschaftsschule nicht ganz mit dem vergleichbar ist, was die Landesregierung in Baden-Württemberg durchführt.

Meine Damen und Herren, Baden-Württemberg war immer stolz darauf, im bundesweiten Ranking Spitze zu sein. Das waren wir in der Vergangenheit auch, was die Qualität unserer Schulen im bisherigen differenzierten Schulsystem betraf. Aber Grün-Rot schafft es, dass wir negativer Spitzenreiter werden.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Kolleginnen und Kollegen, es ist zu laut.

(Abg. Peter Hauk CDU: Dann machen Sie doch etwas!)

Abg. Georg Wacker CDU: Wir schaffen es, zum negativen Spitzenreiter zu werden, was die Kostenentwicklung der Gemeinschaftsschule betrifft. Das muss schon von Interesse sein, zumal diese grün-rote Landesregierung offensichtlich die Absicht hat, den Haushalt zu konsolidieren. Beispielsweise hat die Gemeinschaftsschule die höchste Kontingentstundentafel im Vergleich zu allen anderen Schularten in Baden-Württemberg – sogar mehr als das Gymnasium –, und das ohne Inklusion und ohne Ganztagschule.

Sie weisen in Ihrer Stellungnahme, Herr Minister, darauf hin, dass die Investitionen in die Gemeinschaftsschule in Baden-Württemberg bis zum Jahr 2014 1 838 zusätzliche Deputate umfassen. Wenn man das auf die nächsten Jahre hochrechnet, bedeutet es, es kommen jährlich etwa 1 000 Unterrichtsdeputate hinzu; es sind 2 800 zusätzliche Deputate in drei Jahren.

Im Gegenzug wollen Sie in den Jahren 2013 und 2014 2 300 Deputate einsparen. Diese Deputate müssen Sie bei allen anderen Schularten einsparen, um die Ressourcen für die Gemeinschaftsschulen zu finanzieren. Das liegt eindeutig auf der Hand. Insofern muss man in aller Deutlichkeit sagen: Es ist nicht die angebliche Erblast, die Sie von der früheren Landesregierung übernommen haben,

(Zuruf von der SPD: Doch!)

sondern die Gemeinschaftsschule – und nur die Gemeinschaftsschule – führt zu den Einsparungen an anderer Stelle, die Sie konkret vornehmen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Das lässt sich auch konkret beziffern. Sie erschweren es den Werkrealschulen, neue Eingangsklassen zu bilden. Sie kürzen beim allgemeinen Entlastungskontingent. Sie streichen die Hausaufgabenbetreuung an den Gymnasien. Sie erhöhen die Arbeitszeit der Referendare. Sie kürzen den Ergänzungsbereich, und Sie denken konkret darüber nach, die Altersermäßigung für die älteren Lehrkräfte gänzlich zu streichen.

Um es noch einmal deutlich zu sagen: Die erfolgreichen Schularten des differenzierten Bildungssystems müssen für die Gemeinschaftsschule bluten, meine Damen und Herren.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: So ist es!)

Herr Kollege Dr. Fulst-Blei, bevor wir in Ihrem Redebeitrag wieder einmal Ihre Litanei zur Erblast hören werden,

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Immer wieder!)

möchte ich gleich präventiv in aller Deutlichkeit Folgendes sagen: Es ist richtig, dass 8 055 k.w.-Stellen – zu Recht – nicht eingespart, sondern geschoben wurden – aus gutem Grund. Im Übrigen hatten die damaligen Oppositionsfraktionen niemals Einwände dagegen formuliert, dass wir die Stellen damals nicht eingespart haben.

(Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

Hätten wir die über 8 000 k.w.-Stellen eingespart, hätten wir riesige Löcher in der Unterrichtsversorgung bekommen, und Sie wären die Ersten gewesen, die massiv gegen diese Einschnitte protestiert hätten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Claus Schmiedel SPD: Weil Sie massive Desorganisation hatten!)

– Lieber Herr Kollege Schmiedel, zu Ihnen komme ich auch gleich. – Darüber hinaus wollten Sie sogar noch viel mehr. Im Jahr 2006 hatte der damalige Vorsitzende der Fraktion GRÜNE, Kretschmann, 2 000 zusätzliche Stellen für die Ganztagschulen gefordert und 800 Stellen – man höre – für die Ausstattung der Poolstunden an Realschulen. Ein Jahr später kam die SPD mit einer Forderung von 900 zusätzlichen Stellen. Ein halbes Jahr später kam wieder ein konkreter Antrag der SPD-Landtagsfraktion, mit dem 1 150 Stellen gefordert wurden.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das war alles durchfinanziert! – Lachen des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Der liebe Kollege Schmiedel hat sogar damals, in der letzten Legislaturperiode, bei seiner Forderung nach mehr Stellen gesagt – ich zitiere aus einer Ihrer Plenarreden –:

Wir brauchen

(Abg. Walter Heiler SPD: Recht hat er gehabt!)

– Vorsicht, Ihr Zwischenruf war zu früh, Herr Heiler –

auch und gerade in Zeiten kleiner werdender Klassen mehr Lehrer und nicht weniger Lehrer.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Peter Hauk CDU: Aha! – Glocke der Präsidentin)

– Nein, ich lasse keine Zwischenfrage zu. Sie haben gleich Gelegenheit, mit Ihrer Rede zu erwidern und Ihre Litanei vorzutragen. – Damit tun Sie genau das Gegenteil von dem, was Sie als Opposition in der letzten Legislaturperiode gepredigt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Die Gemeinschaftsschule wird die teuerste aller Schulen, ohne dass Sie, Herr Minister, sicher sein können, dass die teuerste überhaupt zur besten Schule werden kann. Sie wissen

(Georg Wacker)

noch gar nicht, ob das der Fall sein wird, und investieren in die Gemeinschaftsschule, ohne die Qualität abschätzen zu können. Man sieht das ja an dem Gutachten des Erziehungswissenschaftlers Bohl, den Sie, Herr Kultusminister, beauftragt haben, eine Evaluation vorzunehmen. Das ist der einzige Evaluator, den ich kenne, der, bevor er mit einer Evaluation begonnen hat, schon genau das Ergebnis kennt und dieses bereits in einem Buch veröffentlicht hat und die Gemeinschaftsschule als erfolgreiche Schulart bezeichnet. So etwas finden Sie deutschlandweit nirgends, aber in Baden-Württemberg ist das offensichtlich möglich.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Timm Kern
FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, ich darf Sie trösten: Allmählich vernehmen wir auch die ersten kritischen Stimmen an den Gemeinschaftsschulen. Auch die ersten Eltern

(Abg. Walter Heiler SPD: Was?)

äußern sich darüber, dass bei diesem pädagogischen Konzept, das Sie als Heilsbringerkonzept darlegen, offensichtlich nicht alles rundläuft.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Da haben Sie aber lange suchen müssen! – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhms CDU)

Da darf ich aus der „Schwäbischen Zeitung“ vom 19. März dieses Jahres zitieren, Herr Kollege Schmiedel. Eltern, die gefragt wurden, äußerten, dass sich die schwächeren Schüler offensichtlich schwertun, ihre Aufgaben selbst zu formulieren und ihren Lernalltag selbst zu organisieren. Die Lehrkräfte haben bereits ihre Sorgen formuliert, dass die Gefahr bestehe, dass sowohl die Schwächeren als auch die Stärkeren in diesem Konzept zu kurz kommen könnten, es sei denn, man würde noch mehr in die Gemeinschaftsschulen investieren.

Nur, Herr Minister: Wenn Sie Einsparauflagen zu erfüllen haben, aber gleichzeitig den Weg gehen wollen, der mit sich bringt, dass die Gemeinschaftsschule die teuerste Schulart wird, und Sie im Clinch mit dem Ministerpräsidenten und dem Finanzminister liegen, dass über 11 000 Lehrerstellen eingespart werden müssen, wie wollen Sie dann die Bedürfnisse der Gemeinschaftsschulen befriedigen?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

Die Rechnung geht nicht auf. Es handelt sich hier um die Quadratur des Kreises. Der einzig vernünftige Weg, den Sie haben, ist: Gehen Sie auf einen vernünftigen Pfad, stoppen Sie den Ausbau der Gemeinschaftsschulen, und entwickeln Sie das differenzierte Bildungssystem weiter. Dann wären Sie auf einem sicheren Pfad des pädagogischen Erfolgs.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Abg. Karl Zimmermann CDU: Sehr gut! –
Abg. Claus Schmiedel SPD: Das glauben Sie ja selbst
nicht!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Boser das Wort.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Lächeln! –
Abg. Sandra Boser SPD lacht. – Abg. Helmut Walter
Rüeck CDU: Geht doch! – Abg. Volker Schebesta
CDU: Sogar ohne Entrüstung!)

Abg. Sandra Boser GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir haben bereits bei der Beratung des Antrags, der zuvor behandelt wurde, erörtert, dass es Veränderungen in der Bildungslandschaft gibt. Diese Veränderungen machen es erforderlich, dass wir über die differenzierte Schulstruktur in Baden-Württemberg nachdenken. Wer dies nicht anerkennt, verschließt die Augen vor der Realität.

Wir haben in der vergangenen Woche über die Lehrerressourcen diskutiert, Herr Wacker. Ich möchte nur einen Punkt richtigstellen, der in der letzten Woche und auch in dieser Woche angeführt wurde. Wir haben die Hausaufgabenbetreuung an den Gymnasien nicht gestrichen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhms CDU: Wie bitte?)

Sie wissen selbst, Herr Wacker, dass die Stunden, die für die Hausaufgabenbetreuung mitgegeben wurden, nicht für die Hausaufgabenbetreuung, sondern für die Organisation der Hausaufgabenbetreuung gedacht waren.

(Zuruf des Abg. Georg Wacker CDU)

Die Mittel für die Hausaufgabenbetreuung sind an den Schulen weiterhin vorhanden.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhms CDU: Sie meinen Geldmittel!)

Es gibt keine andere Schulart, für die zur Organisation der Hausaufgabenbetreuung Mittel, Stunden zur Verfügung gestellt wurden.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhms CDU: Keine einzige Stunde!)

Das war nur eine gerechte Umverteilung. Wir haben eben auch geschaut: Wie kann man eine gerechtere Ausstattung mit Ressourcen erreichen?

Die zurückgehenden Schülerzahlen und das veränderte Wahlverhalten in Baden-Württemberg zeigen, dass wir mit dem differenzierten Schulsystem so nicht weitermachen können,

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhms CDU)

dass es ein „Weiter so!“ nicht geben kann.

Was Sie sich unter einer Weiterentwicklung des differenzierten Schulsystems vorstellen, haben Sie bisher nie ausformuliert. Ihre Ideen in der Vergangenheit haben jedenfalls nicht funktioniert.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Für uns ist die Gemeinschaftsschule vor Ort ein Angebot, das auf die Veränderung in der Schullandschaft eingeht und auch dem entgegenkommt, was sich die Eltern in der Vergangen-

(Sandra Boser)

heit und bereits vor dem Regierungswechsel schon immer gewünscht haben und was formuliert wurde: dass eben ein längeres gemeinsames Lernen an einer Schulart möglich ist.

Das Angebot der Gemeinschaftsschule kommt klar den Schülerinnen und Schülern entgegen. Sie können in den meisten Fällen nicht in ein Leistungsniveau eingruppiert werden, sondern unterscheiden sich leistungsmäßig innerhalb ihrer Entwicklungszeit. Genau diesen Anforderungen kommt die Gemeinschaftsschule entgegen.

Gerade im ländlichen Raum – die Debatte zuvor hat das ja auch gezeigt – haben wir Veränderungen, die eine neue Antwort nötig machen. Die Gemeinschaftsschule schafft das. Sie kann es schaffen, dass ein wohnortnahes Bildungsangebot aufrechterhalten wird, was gegenwärtig nicht der Fall ist.

(Zurufe der Abg. Karl-Wilhelm Röhm und Georg Wacker CDU)

Die zurückgehenden Schülerzahlen sind ein Problem im ländlichen Raum. Wir brauchen Angebote, die den Schülerinnen und Schülern weiterhin jeden Abschluss ermöglichen, den sie am Ende erreichen können. Deshalb brauchen wir die Gemeinschaftsschule.

Es wird auch weiterhin Schülerinnen und Schüler geben, für die beispielsweise der Hauptschulabschluss der beste Schulabschluss ist. An dieser Stelle vermisste ich eine Antwort von Ihnen.

(Abg. Georg Wacker CDU: Ich habe die Kosten angesprochen!)

Sie haben die Realschulen im Blick. Sie kämpfen für die Realschulen. Sie führen Veranstaltungen für die Realschule durch. Wie reagieren Sie aber auf das veränderte Übergangsverhalten? Wie wollen Sie auf die Schülerinnen und Schüler eingehen, die nicht in allen Fällen dem Leistungsniveau der Realschulen entsprechen?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Warum geben Sie ihnen nicht die Ressourcen?)

Hierzu gibt es von Ihrer Seite keine Antworten.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie verweigern doch die Hilfe!)

Die Gemeinschaftsschule lebt von ihrem pädagogischen Konzept. Davon sind wir überzeugt. Wir sind auch überzeugt, dass die Gemeinschaftsschule funktionieren kann.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Kann!)

Wir sind natürlich daran interessiert, dass die Gemeinschaftsschule die Leistungsansprüche erfüllt, die in Baden-Württemberg in den vergangenen Jahren erfüllt wurden. Das entscheidet sich aber auch durch die Lehrerinnen und Lehrer. Wir haben engagierte Lehrerinnen und Lehrer im Land, die alles dafür tun, dass das Konzept der Gemeinschaftsschule so umgesetzt wird, dass jeder Schüler und jede Schülerin erfolgreich zum Hauptschulabschluss, zum Realschulabschluss oder zum Abitur geführt wird.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Und die anderen sind nicht engagiert?)

Wir sind überzeugt, dass das pädagogische Konzept gelingen kann. Dafür brauchen wir ein binnendifferenziertes Angebot, das Sie als Kostenfaktor darstellen, das für uns aber eindeutig ein Gewinn ist.

Ein Kostenvorteil bei der Gemeinschaftsschule, den Sie immer ausklammern, ergibt sich aus dem Ganztagsbetrieb.

(Abg. Georg Wacker CDU: Dann wird es noch teurer!)

Dabei kommen wir Ihren Forderungen entgegen, indem wir mit der Gemeinschaftsschule den Ganztagsbetrieb in Baden-Württemberg ausbauen, meine Damen und Herren. Ich kann nicht erkennen, dass wir dabei entgegen Ihren Forderungen arbeiten. Wie Sie vorhin bereits gehört haben, tun wir alles, damit wir am Ende auch Sie zufriedenstellen können.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das schaffen Sie nicht! – Gegenruf des Abg. Jörg Fritz GRÜNE: Nicht alle, Herr Röhm! Das geht nicht!)

Ich möchte es an dieser Stelle nochmals betonen: Bisher haben Sie keine Antwort gegeben, außer dass Sie Kritik an den Gemeinschaftsschulen üben und davon ausgehen, dass die Gemeinschaftsschule nicht funktionieren würde. Ihre Kollegen von der Basis, Ihre Kollegen vor Ort haben dazu eine andere Meinung. Es gibt genug CDU-Mitglieder, die vor Ort eine Gemeinschaftsschule wünschen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Genau! – Abg. Georg Wacker CDU: Und die Kosten?)

Wir wollen die Gemeinschaftsschule als ein Angebot in Baden-Württemberg weiterhin vorhalten. Wir stellen fest, dass Eltern das Angebot der Gemeinschaftsschule nachfragen und dass Schülerinnen und Schüler in der Gemeinschaftsschule sehr gut unterrichtet werden. Wenn Sie andere Vorschläge haben, können wir gern darüber diskutieren. Ansonsten setzen Sie sich bitte konstruktiv mit der Gemeinschaftsschule auseinander.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Oder mit der CDU vor Ort!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Kleinböck das Wort.

(Abg. Georg Wacker CDU zu Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Jetzt bin ich aber enttäuscht! – Gegenruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Ich war auch enttäuscht! – Zuruf: Morgen!)

Abg. Gerhard Kleinböck SPD: Lieber Kollege Wacker, es tut mir leid, dass ich Ihnen diese Enttäuschung zufügen muss.

(Abg. Georg Wacker CDU: Das ist nicht gegen Sie gerichtet!)

– Ich weiß.

(Gerhard Kleinböck)

Liebe Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, meine Damen und Herren! Es ist ein gutes Jahr her, dass wir eine Änderung des Schulgesetzes vorgenommen haben. Seitdem weiß jedermann – und jede Frau –, wie Gemeinschaftsschulen ausgestattet sind. Meiner Meinung nach ist die Ausstattung nicht üppig. In der Startphase hätte ich diesen Schulen gern mehr Stunden zur Verfügung gestellt.

Wenn Sie von der „Kostengefahr Gemeinschaftsschule“ reden und die Behauptung aufstellen, die Gemeinschaftsschule sei die teuerste Schulform, dann beschränken Sie sich auf die direkt zurechenbaren Kosten für die individuelle Förderung, für Inklusion und für den Ganztagsbetrieb, im Grunde genommen also auf die zugewiesenen Lehrerstunden.

Wenn ich es richtig in Erinnerung habe, fordern auch Sie den Ausbau der Ganztagschule. Die Diskussion darüber haben wir in letzter Zeit vermehrt geführt. Außerdem fordern Sie, die individuelle Förderung und die Inklusion voranzubringen.

Dass das alles zum Nulltarif geschieht, ist unmöglich. Das wissen Sie auch. Das haben wir hier mehrfach debattiert. Insofern sind das alles alte Kamellen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen insbesondere der antragstellenden Fraktion, interessanter wäre die Frage nach den Gesamtkosten für Bildung bzw. für Nichtbildung gewesen. In Baden-Württemberg wurden über Jahre hinweg 6 000, 7 000 oder mehr junge Leute pro Jahr ohne Abschluss aus den Schulen entlassen. In der Statistik, im Vergleich zu anderen Bundesländern mögen das gute Werte gewesen sein, aber die absoluten Zahlen sind einfach zu hoch.

Aber ich kann mich nicht daran erinnern, dass Sie jemals gefragt haben, was mit diesen jungen Menschen geschieht, ob es einen Zusammenhang beispielsweise mit Jugendarrest – Stichwort „Kosten für Adelsheim“ – gibt, wie groß bei diesen Menschen die Gefahr einer kriminellen Karriere ist, welche Kosten also diese Nichtbildung – all das kann damit verbunden sein – verursacht.

Meine Damen und Herren, das Projekt „Berufsausbildung im Strafvollzug“ kommt nicht von ungefähr; es hat einen Grund. Ich bin übrigens gerade mit einer Vollzugsanstalt auch zu diesem Thema in Verhandlungen, weil es dort einen Bedarf gibt.

Deshalb, meine Damen und Herren, sage ich: Es wäre besser gewesen, wenn Sie die Formulierung „Kostengefahr Chancenungleichheit“ gewählt und damit Ihre Versäumnisse aus 58 Jahren Verantwortung für den Bildungsbereich eingeräumt hätten.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

In Deutschland sind immer noch 1,5 Millionen Menschen zwischen 20 und 30 Jahren ohne Schulabschluss, ohne Berufsabschluss. Dass Baden-Württemberg dazu einen erheblichen Beitrag geleistet hat, ist kein Geheimnis mehr.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Blödsinn!)

Sie haben uns diesbezüglich einige Großbaustellen hinterlassen; diese Situation führt die Betroffenen später oftmals in Altersarmut, und der Staat muss dann unterstützen. Wenn wir eine Gesamtkostenbetrachtung vornehmen, meine Damen und Herren, können wir ohne Weiteres feststellen: Auch das sind Spätfolgen von Nichtbildung.

Wenn wir also nicht nur die Kosten betrachten, die auf den ersten Blick – z. B. für die Lehrerwochenstunden, die zugewiesen werden – sichtbar werden, sondern eine Gesamtbilanz aufstellen, stellen wir – da bin ich sicher – fest, dass die Aussage zutrifft, die ich hier schon mehrfach getroffen habe: Es gibt nur eines, was teurer als Bildung ist, nämlich keine Bildung.

Die Umsetzung des längeren gemeinsamen Lernens in der Gemeinschaftsschule ist somit keine Kostengefahr, sondern eine Zukunftsinvestition, meine Damen und Herren.

(Abg. Georg Wacker CDU: Zulasten anderer Schulen!)

Aber wenn Sie über Kostengefahren reden wollen, dann können wir gern beispielsweise über die Senkung der Steuern für das Hotelgewerbe – mittlerweile über 1 Milliarde € – reden oder vielleicht besser noch über das Betreuungsgeld; das macht deutschlandweit einen Gegenwert von 70 000 bis 80 000 Lehrerstellen aus. In Baden-Württemberg brauchten wir dann die Diskussion über den Abbau von Lehrerstellen nicht mehr zu führen.

Aber, meine Damen und Herren, ich will nicht ganz ungerecht oder unfair sein. Mit der zuständigen Bundesministerin ist mir zumindest eine Person bekannt, mit der ich mich in puncto Betreuungsgeld anfreunden könnte.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen
– Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Jetzt hat er so langsam geschwätzt!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Kern.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das nächste Mal Herr Dr. Fust-Blei! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Er wiederholt sich immer! Dann kann man es lernen!)

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Kleinböck, Sie haben behauptet, Baden-Württemberg hätte einen erheblichen Anteil daran, dass es bundesweit viele Schulabbrecher gebe. So ein Blödsinn!

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Baden-Württemberg war hinsichtlich der Schulabbrecher das beste Bundesland.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Das können Sie auch überall nachlesen.

(Abg. Gerhard Kleinböck SPD: Prozentmäßig, Herr Kollege! Nicht die absolute Zahl! – Gegenruf des Abg. Volker Schebesta CDU: Prozentmäßig natürlich! Wir haben im Land die besten Werte! – Zuruf des Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP)

(Dr. Timm Kern)

Die FDP/DVP-Landtagsfraktion ist in der Tat kein glühender Anhänger der neuen Gemeinschaftsschulen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Jeder einzelne Schulabbrecher ist ein eigener Fall!)

Denn wir sind überaus skeptisch, ob sich die zahlreichen Heilsversprechen, die die grün-rote Landesregierung an ihr ideologisches Lieblingsprojekt im Bildungsbereich knüpft, in der Realität auch tatsächlich bewahrheiten.

Wir kritisieren in diesem Bereich, dass Sie wieder einmal viel zu schnell und schlecht vorbereitet vorgegangen sind. Die Gemeinschaftsschule wurde von Grün-Rot auf die Gleise gesetzt, ohne dass es einen Bildungsplan gegeben hätte, ohne dass es auch nur annähernd ausreichende Lehrerfortbildungsangebote gegeben hätte, ohne dass es ein Konzept für eine regionale Schulentwicklung gegeben hätte, ohne dass es ein Konzept für die vorgesehene Inklusion an den Gemeinschaftsschulen gegeben hätte, ohne dass man dieses anspruchsvolle, hoch individualisierte pädagogische Konzept einmal an einigen Modellschulen einem Praxistest unterzogen hätte.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Und ohne FDP!)

Ich bin im Übrigen auch nicht der Auffassung, dass wir die Folgen dieses überhasteten Vorgehens erst in ein paar Jahren zu spüren bekommen, sondern ich bin mir sicher, dass wir in Baden-Württemberg noch deutlich vor der kommenden Landtagswahl werden konstatieren müssen, dass die Gemeinschaftsschule so, wie Sie sie auf die Gleise gesetzt haben, eben nicht zu den Ergebnissen führen wird, die Sie sich erhoffen.

Wie im wirklichen Leben sollte man auch in der Bildungspolitik keine Lieblings- und keine Stiefkinder haben. Grün-Rot handelt im Bildungsbereich aber genau so: Sie privilegieren einseitig Ihr ideologisches Lieblingskind gegenüber allen anderen Schularten.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! – Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

– Das kann ich Ihnen beweisen, Herr Kollege Lede Abal. Passen Sie gut auf. – Eine Klasse der Gemeinschaftsschule erhält aus dem Teilungsstundenpool 3,3 Lehrerwochenstunden, aus dem Förderungs- und Differenzierungspool zwei Lehrerwochenstunden, aus dem Pool für besondere pädagogische Aufgaben zwei Lehrerwochenstunden, als Anschlag einmalig drei Lehrerwochenstunden in Stufe 5 sowie fünf oder zwei Lehrerwochenstunden als Ganztagschule in gebundener Form, abhängig davon, ob drei oder vier Tage Ganztagsbetrieb ist. In der Summe sind das also 15,3 Lehrerwochenstunden zusätzlich in Stufe 5

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Paradiesisch!)

mit vier Tagen ganztags bzw. 12,3 Lehrerwochenstunden zusätzlich in Stufe 5 mit drei Tagen ganztags.

Jetzt der Vergleich zur Werkrealschule oder zur Hauptschule: eine zusätzliche Zuweisung aus dem Teilungsstundenpool von 3,6 Lehrerwochenstunden, aus dem Pool zur Differenzierung und Förderung zwei Lehrerwochenstunden sowie fünf Lehrerwochenstunden je Klasse als Ganztagschule in gebunde-

ner Form. In der Summe sind das also maximal 10,6 Lehrerwochenstunden.

Darüber hinaus beträgt der Klassenteiler bei Hauptschulen, Werkrealschulen, Realschulen und Gymnasien 30 Schülerinnen und Schüler. Einzig bei der Gemeinschaftsschule sind das 28 Schülerinnen und Schüler.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hört, hört!)

Es ist also eine glasklare Privilegierung der Gemeinschaftsschule gegenüber allen anderen Schularten,

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

das steht außer Frage, sowohl bezüglich des Klassenteilers als auch bezüglich der zusätzlich zur Verfügung stehenden Lehrerwochenstunden. Dass die zusätzlichen Aufwendungen für den Schulhausbau in erster Linie die Kommunen treffen, ist klar, aber über die Schulbauförderung trifft es auch das Land.

Vieles von dem, was für die Gemeinschaftsschule zusätzlich gebaut und eingerichtet wird, wie Gruppenräume, Ateliers, Anpassen an die Bedingungen mit inklusivem Unterricht und anderes, ist von der Sache her nicht zu kritisieren. Denn diese Investitionen wären auch sonst notwendig, z. B. für an Ganztagsangebote angepasste Maßnahmen oder für die Schaffung geeigneter Bedingungen für inklusiven Unterricht.

(Glocke der Präsidentin)

Wir, die FDP/DVP, kritisieren aber deutlich, dass dies jetzt vorgezogen wird und schnell bei den Gemeinschaftsschulen erfolgt, während der angekündigte Ausbau der anderen Schularten zu Ganztagschulen und Schulen mit inklusivem Unterricht eben nicht in die Gänge kommt. Das ist die Ungleichbehandlung bei diesen unterschiedlichen Schularten.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abg. Röhm?

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Ja.

Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Herr Kollege Kern, Sie haben die Zahlen eindrucksvoll dargelegt. Jetzt habe ich die Frage: Wo, glauben Sie, ist die Heterogenität größer, in Jahrgangsstufe 5 einer einzügigen Gemeinschaftsschule oder in Jahrgangsstufe 5 einer drei- bis vierzügigen Realschule? Welche Maßnahmen würden Sie vorschlagen, damit diese Chancengleichheit ausgeglichen werden kann?

(Abg. Georg Wacker CDU: Eine interessante Frage!)

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Lieber Kollege Röhm, ich gehe felsenfest davon aus, dass an den Realschulen die Heterogenität deutlich größer ist. Denn wenn man sich anschaut, welche Schulen bisher tatsächlich Gemeinschaftsschule geworden sind, dann zeigt sich, dass dies im überwiegenden Fall – bis auf die vier Realschulen – ausschließlich kleine Haupt- und Werkrealschulen sind. Deshalb ist die Heterogenität bei den Realschulen größer. Gerade deshalb wäre es wichtig, dass wir mehr Ressourcen in die Realschulen geben.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

(Dr. Timm Kern)

Die FDP/DVP fordert vom Kultusminister, die einseitige Bevorzugung einer Schulart gegenüber allen anderen einzustellen. Die Gemeinschaftsschule könnte eine Ergänzung des bestehenden gegliederten Schulwesens in Baden-Württemberg sein. Auch die Pädagogik der Gemeinschaftsschule kann eine Ergänzung der bisherigen zahlreichen und vielfältigen Pädagogikkonzepte sein. Die FDP/DVP fordert deshalb ein Festhalten an der bisherigen Bildungspolitik, die der pädagogischen Freiheit der Lehrer eine überragende Bedeutung zugemessen hat. Wir lehnen es strikt ab, dass die Landesregierung einer Schulart und deren Lehrern vorschreiben will, wie dort unterrichtet werden soll.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer sichergehen will, dass die Gemeinschaftsschule scheitert, der muss in der Bildungspolitik genauso überhastet und konzeptionslos vorgehen, wie Grün-Rot dies bisher getan hat.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Stoch das Wort.

Minister für Kultus, Jugend und Sport Andreas Stoch: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, es würde den Debatten hier im Hause, gerade wenn es um Bildungspolitik geht, guttun, wenn wir nicht in Schwarz-Weiß-Malerei verfallen würden und wenn wir nicht immer von Gefahren, Bedrohungen oder Ähnlichem reden würden. Herr Kollege Wacker, zum Titel Ihres Antrags „Kostengefahr Gemeinschaftsschule“:

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Konsequent! – Gegenruf des Abg. Jörg Fritz GRÜNE)

Man kann darüber diskutieren, ob die Schulen gleich oder ungleich behandelt werden, aber immer gleich von Gefahren zu reden verschärft die Tonalage unnötig. Das wird dem Bildungssystem in Baden-Württemberg nicht gerecht.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Jörg Fritz GRÜNE)

Ich darf ergänzen – man vergisst ja schnell –: Auch in Ihrer Regierungszeit wurden die verschiedenen Schularten nicht unbedingt gleichbehandelt; wir wollen das auch einmal beim Namen nennen. Es gab sehr große Unterschiede, z. B. was die Zuweisungen von Poolstunden angeht. Die Realschulen hatten das Gefühl, im Vergleich zu den Gymnasien zu kurz zu kommen. Das heißt, wir müssen uns innerhalb eines Systems um Gerechtigkeit bemühen. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass auch während Ihrer Regierungszeit die Schularten nicht gleichbehandelt wurden.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Wie viele Ressourcen eine Gemeinschaftsschule erhält, ist transparent. Ich glaube, es besteht kein Grund, uns vorzuwerfen, hier würde irgendetwas versteckt. Die Ressourcenausstattung der Gemeinschaftsschule ist aus unserer Sicht auskömmlich und angemessen.

Über die Zuweisung von Lehrerstunden an Gemeinschaftsschulen haben wir im Plenum und im Bildungsausschuss bereits mehrfach berichtet. Grundsätzlich erhält jede Schulart und jede Schule von der Landesregierung die Geld- oder Personalmittel, die sie benötigt, um ihrer Aufgabe gerecht zu werden. Wir finanzieren nicht auf Pump.

Die Gemeinschaftsschulen erhalten als Basis die Anzahl an Lehrerwochenstunden, die sie benötigen, um die Stunden, die auf der Stundentafel vorgesehen sind, halten zu können.

Die Gemeinschaftsschulen sind – das wissen Sie – als gebundene Ganztagschulen mit drei oder vier Tagen Ganztagsbetrieb pro Woche ausgestaltet. Für das ganztägige Bildungsangebot erhalten die Ganztagschulen die Anzahl an Lehrerwochenstunden, die hierfür benötigt werden. Für die Gemeinschaftsschulen gilt prinzipiell das Gleiche wie für andere Schularten, was den Ganztagsbetrieb angeht.

Zwölf Lehrerwochenstunden je Zug bekommen die Gemeinschaftsschulen jeweils für die Wahrnehmung besonderer pädagogischer Aufgaben zugewiesen. Diese Ressourcen werden eingesetzt, damit individuelles und kooperatives Lernen in den Gemeinschaftsschulen möglich wird.

An Förderstunden bekommen Gemeinschaftsschulen in etwa das Gleiche, was auch die Werkrealschulen bzw. Hauptschulen bekommen: Das sind zwölf Stunden, also zwei Stunden mehr, als die Haupt- bzw. die Werkrealschulen erhalten.

Gemeinschaftsschulen sind – das haben wir schon in mehreren Debatten erörtert – eine neue Schulart, eine Schule mit einer neuen Art, den Unterricht zu gestalten. Die Umstellung auf das neue Konzept geschieht nicht von allein. Ich glaube, es ist anzuerkennen, dass diese Arbeit, diese pädagogische Weiterentwicklung erhebliche Kraftanstrengungen der Lehrerinnen und Lehrer wie auch der Schulleitungen erfordert. Hierfür ist eine Anschubfinanzierung, also eine vorübergehende Finanzierung, in Höhe von sechs Wochenstunden je Zug vorgesehen, die über drei Jahre verteilt wird.

Bei der Festsetzung dieser Zahlen haben wir uns schlicht und einfach von dem voraussichtlichen Bedarf und nicht, wie Sie es uns immer vorwerfen, von Ideologie leiten lassen. Wir haben uns auch von einer vergleichenden Betrachtung der Erfahrungen in anderen Bundesländern leiten lassen, in denen es vergleichbare, aber sicherlich nicht die gleichen Schulen gibt.

Der unmittelbare Vergleich zwischen Baden-Württemberg und einem anderen Bundesland ist nur schwer möglich; dennoch zeigt sich eindeutig: Die Gemeinschaftsschulen in Baden-Württemberg sind nicht besser und auch nicht schlechter ausgestattet als die Gemeinschaftsschulen oder Schulen mit vergleichbarem pädagogischem Profil anderswo. All dies kann man – auch das ist absolut transparent – im Organisationserlass nachlesen. Von versteckten Kosten, Kostenfallen und Kostengefahr kann nicht die Rede sein.

Das Gleiche gilt für die Sachkosten, also für die Mittel, die die kommunalen Schulträger für die Unterhaltung der Schulen, für die Schulgebäude, für sonstige Bedienstete und die sächliche Ausstattung der Schulen bekommen. Diese Sachkostenbeiträge werden – das wissen Sie – jährlich neu festgesetzt.

(Minister Andreas Stoch)

Sie betragen 90 % der vom Statistischen Landesamt erhobenen durchschnittlichen Schulkosten.

Weil die Ermittlung der tatsächlichen Kosten mit zeitlichem Abstand erfolgt, haben wir uns mit den kommunalen Landesverbänden darauf verständigt, dass den Gemeinschaftsschulen derzeit ein Sachkostenbeitrag in gleicher Höhe wie den Haupt- und den Werkrealschulen gewährt wird. Diese Praxis werden wir so lange anwenden, bis wir die notwendigen Erfahrungswerte bezogen auf die Gemeinschaftsschulen haben, damit wir dann entsprechend nachjustieren können.

Das Gleiche gilt auch bei der Schulbauförderung. Sie wissen es: Bis zur Veröffentlichung des Lehr- und Bildungsplans der Gemeinschaftsschule haben wir uns auch hier mit den kommunalen Landesverbänden auf eine Übergangsregelung geeinigt: Die Förderung von Schulbaumaßnahmen für Gemeinschaftsschulen erfolgt nach den üblichen Grundsätzen der Schulbauförderung.

Für den weiteren Ausbau der Gemeinschaftsschulen werden wir natürlich in ganz erheblichem Maß auf die Anträge, auf die Bedürfnisse in den Städten und Gemeinden eingehen. Wir werden prüfen müssen, wie viele Gemeinden sich für diese neue Schulart entscheiden und wie viele der eingehenden Anträge genehmigungsfähig sind.

Bezogen auf den vorherigen Tagesordnungspunkt habe ich bereits mehrfach gesagt: Für mich macht eine regionale Schulentwicklung dann Sinn, wenn sich die Genehmigung der dritten Tranche der Gemeinschaftsschulen in diese regionale Schulentwicklung einbettet. Da können Sie mich auch beim Wort nehmen. Wir wollen, dass die Gemeinschaftsschulen, die genehmigt werden, eine langfristige Perspektive haben und dadurch genau in das System der regionalen Schulentwicklung hineinpassen. Das gelingt aber nur, wenn wir zwischen den beteiligten und betroffenen Kommunen einen entsprechenden Ausgleich erreichen können.

Wir stellen die Mittel in den Haushalt ein, die wir für die Gemeinschaftsschulen brauchen. Im Schuljahr 2012/2013 sind 41 öffentliche Gemeinschaftsschulen gestartet. Zum Schuljahr 2013/2014 kommen 87 weitere hinzu.

Dass Schülerinnen und Schüler mit unterschiedlichen Begabungsmustern zusammen lernen und nicht aufgeteilt werden, dass die Bildungsabschlüsse von Hauptschule und Realschule und, falls vorhanden, vom Gymnasium in der und über die Gemeinschaftsschule erreichbar sind, wird von immer mehr Eltern und Schulträgern akzeptiert. Es wird für gut befunden und gibt uns die Möglichkeit, den Menschen im Land, gerade dort, wo die Kinderzahl in den nächsten Jahren sinken wird, ein verlässliches, ein gutes Schulspektrum und verschiedene differenzierte Bildungsabschlüsse anzubieten.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Wacker.

Abg. Georg Wacker CDU: Sehr geehrter Herr Minister, vielen Dank für Ihren Beitrag. Sie haben in Ihrer detaillierten Darstellung bestätigt, dass die Gemeinschaftsschule in der Tat

die kostenintensivste aller Schularten ist. Das haben Sie eben belegt. Sie haben sogar den Vergleich mit den Gymnasien angestellt; Sie hatten ja in der letzten Legislaturperiode die Gymnasien als sehr ressourcenintensive Schulart bezeichnet.

Ich möchte Ihnen jetzt einfach einmal die Kontingenzstundentafel vorlegen, die Ihr Haus in einer Entwurfsfassung für die anstehende Bildungsplanreform herausgebracht hat. Darin ist vorgesehen, dass in den Klassenstufen 5 bis 10 – also innerhalb der Sekundarstufe I – die Gymnasien 205 Kontingenzstunden bekommen, das heißt exakt die Mindestanzahl, die die Kultusministerkonferenz vorgibt. Die Gemeinschaftsschule toppt diese Stundenzahl mit 213 Stunden. Damit erhält die Gemeinschaftsschule – dem haben Sie nicht widersprochen – wesentlich mehr als alle anderen Schularten.

Eine zweite Bemerkung, Herr Minister – da möchte ich Sie beim Wort nehmen –: Sie haben gesagt, Sie möchten nicht ideologisch diskutieren, sondern sich am Bedarf orientieren. Eben haben Sie beschrieben, dass aufgrund der individuellen Förderung, aufgrund des pädagogischen Konzepts die Gemeinschaftsschulen den Bedarf haben, der die Ressourcenzuweisung rechtfertigt. So haben Sie es eben dargelegt. Herr Minister, wenn aber durch den Wegfall der verbindlichen Grundschulempfehlung gerade die Heterogenität – die Zwischenfrage von Herrn Röhm hat dies eben auch deutlich gemacht – in den Eingangsklassen der bisherigen Schularten so zugenommen hat, dass diese Heterogenität sogar noch größer ist als in den Gemeinschaftsschulen, ist es also nur logisch, von einem Bedarf auszugehen, der auch bei den anderen Schularten mindestens die gleiche Förderung rechtfertigt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Da müssen wir Sie, Herr Minister, beim Wort nehmen. Wenn Sie durch das Land ziehen und mit moderaten Worten versuchen, von einem Bedarf zu sprechen, müssen wir Sie genau an dieser Stelle beim Wort nehmen und dürfen so lange nicht lockerlassen, bis Sie im Sinne einer ausgleichenden Gerechtigkeit auch die anderen Schularten stärker als bisher unterstützen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-
Wilhelm Röhm CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen daher zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags. Der Antrag Drucksache 15/2699 (geänderte Fassung) ist ein reiner Berichtsantrag und kann für erledigt erklärt werden. – Sie stimmen dem zu.

Damit ist Punkt 7 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz – Jugend auf dem Land in Baden-Württemberg – Drucksache 15/2928 (geänderte Fassung)

(Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch)

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Das Wort für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Locherer.

Abg. Paul Locherer CDU: Verehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist gut und richtig, wenn wir uns heute mit dem Thema „Jugend auf dem Land in Baden-Württemberg“ beschäftigen. Dieses Thema hätte einen vorderen Platz auf der Tagesordnung verdient, anstatt als letzter Punkt behandelt zu werden.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Sie sollten sich an den Landtagspräsidenten wenden!)

Aber last, but not least können wir sagen, meine Damen und Herren: Ein guter Schluss ziert alles. Insofern ist es gut, dass wir uns vonseiten der Fraktionen und der Regierung zu diesem Thema äußern.

Ich möchte mich sehr herzlich für die Stellungnahme zum Antrag der CDU-Landtagsfraktion bedanken. Es ist schon bemerkenswert – ich möchte dies loben –, dass die Landesregierung zwischenzeitlich den ländlichen Raum entdeckt hat – es ist nach zweieinhalb Jahren auch höchste Zeit geworden – und mit dem Landesjugendplan ganz konkrete Maßnahmen für die Jugendarbeit vorschlägt.

Wenn Herr Minister Schmid da wäre, würde ich ihm tatsächlich gern zurufen: Hier ist kein Mangel zu beschreiben oder zu beklagen, wie etwa im Schwarzwald, sondern wir müssen konkret handeln. Hierzu fordere ich die Landesregierung auf.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Es stellen sich tatsächlich eine ganze Reihe von Fragen: Wie halten wir es mit den Jugendlichen, die nicht in Ballungsgebieten, sondern in ihrer Mehrheit draußen auf dem Land leben? Wir müssen der Tatsache Rechnung tragen, dass in Baden-Württemberg bis zum Jahr 2060 die Zahl der Menschen unter 21 Jahren um 35 % abnehmen wird. Übrigens schrumpft die Gruppe der 18- bis 30-Jährigen auf dem Land jährlich um 3 %. Das sind beachtliche Zahlen.

Auch beim Thema Schulentwicklung haben wir, Herr Minister Stoch, diese demografische Entwicklung gerade eben im Parlament gemeinsam angesprochen. Das IREUS-Gutachten der Universität Stuttgart beschreibt diese Entwicklung ebenfalls und prognostiziert weniger Geburten in Baden-Württemberg, insbesondere im ländlichen Raum. Hinzu kommt eine Abwanderung aus dem ländlichen Raum in die Ballungsräume. Das muss uns beschäftigen. Deshalb ist es gut, dass die schwarz-gelbe Landesregierung dieses Gutachten in Auftrag gegeben hatte, das eine Basis für weitere Maßnahmen darstellt.

Wir müssen uns fragen: Was bieten wir, und was bieten Sie – auf kommunaler, aber auch auf Landes- und Bundesebene – den jungen Menschen, die gern auf dem Land leben und dort auch bleiben wollen? Wie unterstützen wir die Landkreise und die Kommunen, aber natürlich auch die Verbände? Wie unterstützen wir junge Menschen auf dem Land bei der Bewältigung ihres Alltags? Wie unterstützen wir sie bei einer sinnvollen und guten Freizeitgestaltung?

Das zunächst entscheidende Kriterium aber lautet – hierüber haben wir bei den beiden letzten Tagesordnungspunkten ausführlich gesprochen –: Wie begleiten wir sie im Bereich des schulischen Angebots? Wie begleiten wir sie in Bezug auf Ausbildungsplätze und wohnortnahe Studienplätze im ländlichen Raum?

Hier ist es wichtig, dass wir bei der Infrastruktur in den Ballungsräumen und im ländlichen Raum die Balance wahren. Diese Balance zwischen den Ballungsräumen und dem ländlichen Raum war bisher die Erfolgsgarantie für unser schönes Bundesland Baden-Württemberg.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir stehen, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, nicht von ungefähr auch gut da, wenn es darum geht, eine geringe Jugendarbeitslosigkeit vorzuweisen. Die Quote beträgt bei uns 3 %; leider Gottes – das muss man sagen – verzeichnen die südeuropäischen Länder eine Jugendarbeitslosenquote von teilweise über 50 %. Meine Damen und Herren, diese geringe Jugendarbeitslosigkeit in Baden-Württemberg spricht für den Erfolg unserer bisherigen Regierungsarbeit unter Schwarz-Gelb.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der CDU: Bravo!)

Ich hoffe, Sie setzen diese Arbeit fort.

Ein wichtiges Thema dabei ist, dass – Herr Minister Stoch ist gerade nach draußen gegangen – in Bezug auf das schulische Angebot keine weißen Flecken im ländlichen Raum entstehen. Deshalb wird es höchste Zeit, dass die regionale Schulentwicklung auf die Beine kommt.

(Zuruf von der SPD: Aha!)

Dass dies nach Aussage des Ministers erst für die Kabinettsitzung in der nächsten Woche vorgesehen ist, ist spät genug.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Ja! – Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Zweitens: Wie sieht es mit dem Angebot im Bereich der beruflichen Schulen im ländlichen Raum aus?

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Das Handwerk, die Betriebe im ländlichen Raum sind davon abhängig, dass wir auch im Bereich der beruflichen Schulen ein entsprechendes Angebot vorhalten. Wo gibt es dafür eine Schulentwicklungsplanung? Leider Fehlanzeige. Das gehört aber dazu, wenn gefordert ist, den ländlichen Raum entsprechend auszustatten.

Aber, meine Damen und Herren, lassen wir das Thema „Schule, Hochschule, schulische Bildung“ nun einmal beiseite und bewegen uns hin zum Thema „Ehrenamt der jungen Menschen im ländlichen Raum“. Da denken wir sicherlich quer durch alle Fraktionen in die gleiche Richtung: Ob bei der Landjugend, in der Vereinsjugendarbeit, in der kirchlichen Jugendarbeit, bei der Feuerwehr und den Hilfsdiensten, aber auch bei unseren demokratischen Parteien und Vereinigungen – das darf hier auch einmal gesagt werden –: Junge Menschen en-

(Paul Locherer)

gagieren sich bei uns in hervorragender Art und Weise und bereichern unsere Gesellschaft. Meine Damen und Herren, das verdient fraktionsübergreifend Anerkennung und Respekt.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen, der SPD und der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Bravo!)

Dieses Engagement ist natürlich auch ein Markenzeichen des ländlichen Raums. Nähe, Heimatgefühl und das Sich-Hineinbegeben in eine Gemeinschaft prägen diese Arbeit.

Welchen speziellen Herausforderungen stehen junge Menschen im ländlichen Raum gegenüber? Verdichtung der Jugendphase, wobei buchstäblich auch viel Zeit auf der Strecke bleibt, teilweise unzureichende Nahverkehrsangebote, nicht ausreichende Anbindung an die Datenautobahn und natürlich auch – wegen der demografischen Entwicklung – weniger Gleichaltrige. Glücklicherweise engagieren sich trotz dieser schwierigen Rahmenbedingungen junge Menschen in ihrer Freizeit und prägen auch das Leben auf dem Land. Ich möchte Ihnen drei Beispiele nennen.

Das erste Beispiel ist die Buden- und Bauwagenkultur in Oberschwaben. Diese wurde kürzlich sogar in der Landesvertretung in Berlin vorgestellt. Ich finde das gut. Dort nehmen die jungen Leute die Dinge selbst in die Hand, organisieren sich selbst und sind erfolgreich damit.

Zweites Beispiel: die 72-Stunden-Aktion des BDKJ. Meine Damen und Herren, das ist ein hervorragendes soziales Projekt, das, so denke ich, auch hier im Hohen Haus, im Parlament Anerkennung und Beifall verdient, wenn ich Sie darum bitten darf.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen, der SPD und der FDP/DVP)

Ein drittes Beispiel: die Hochwasserkatastrophe. So schlimm die Situation in Bayern und in Ostdeutschland war, so gut war es, dass sich gerade auch junge Menschen hier im Hilfseinsatz engagiert haben. Meine Damen und Herren, dies hat dem Wirgefühl in Deutschland gutgetan. Das wurde auch kürzlich entsprechend dokumentiert.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Denken Sie einmal an die Jugendfeuerwehren!)

– Das habe ich vorhin genannt. Ich habe die Jugendarbeit angesprochen.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Jugendfeuerwehr! Jugendfeuerwehr!)

– Der Hinweis auf die Jugendfeuerwehr, Herr Kollege Schwarz, ist absolut berechtigt. Die Jugendfeuerwehr, aber auch die Jugendarbeit in den anderen Rettungsdiensten ist anzuerkennen. Deshalb habe ich sie auch vorhin herausgehoben und speziell erwähnt. Ich möchte mich ausdrücklich dafür bedanken.

Meine Damen und Herren, die Jugendarbeit ist ein Standortfaktor für den ländlichen Raum. Deshalb nenne ich ein paar Beispiele unter der Fragestellung: Was ist zu tun?

Weiterführung und Ausbau des von uns eingeführten Jugendbegleiterprogramms: Durch die Verdichtung des Schulalltags in Ganztagschulen ist die Vernetzung von Schule und Verein sehr wichtig.

Stärkung des Miteinanders von Generationen durch Jung-und-Alt-Konzepte: Meine Damen und Herren, in der Stellungnahme zu unserem Antrag sind hierzu Beispiele aufgeführt. Aber dazu muss es ein landesweites Konzept geben. Ich bitte die Landesregierung, das entsprechend zu unterstützen.

Weitere Stärkung der Ehrenamtsstrukturen und Weiterentwicklung der Anerkennungskultur: Die Anerkennungskultur bei jungen Menschen sieht anders aus als diejenige bei älteren. Ich sage auch dem Herrn Kultusminister: Es wäre gut, wenn in den Zeugnissen neben den Bewertungen für die Fächer Deutsch, Mathe, Englisch usw. auch, wenn die jungen Menschen dies wollen, ein Zusatz aufgenommen wird, in dem festgehalten wird, dass sie sich ehrenamtlich in der Jugendarbeit, in den Vereinen oder anderweitig engagiert haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das gehört in ein Zeugnis hinein. Wir müssen die jungen Menschen auch nach ihrer sozialen Kompetenz bewerten und beurteilen.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sehr gut!)

Neben der Unterstützung der Vereine und Verbände ist auch die Unterstützung der Kommunen zur Bewältigung des demografischen Wandels nötig.

(Unruhe – Zuruf: Pst!)

Die CDU-Landtagsfraktion hat den Antrag gestellt, das Finanzausgleichsgesetz dergestalt zu ändern, dass ein Demografiefaktor bei der Ermittlung des Finanzausgleichs herangezogen wird, so wie es das benachbarte Bundesland Bayern praktiziert.

(Unruhe)

Erforderlich ist es auch, die Kommunen in der Frage, wie wir Zuwanderer und ihre Familien und damit auch die Kinder und Jugendlichen integrieren können, zu unterstützen.

Wir brauchen auch die verstärkte Förderung des Verbunds von haupt- und ehrenamtlichen Strukturen, z. B. auch in der freien Jugendarbeit. Hier lobe ich ausdrücklich die hervorragende Arbeit der Kreisjugendringe aus Ravensburg und Biberach, die genau dieses Thema angegangen sind, übrigens auch im interkommunalen Zusammenwirken von verschiedenen Gemeinden und den jeweiligen Kreisen.

(Unruhe – Zuruf: Pst!)

Wichtig sind auch Formen der Beteiligung der Jugend an demokratischen Entscheidungen durch neue Medien. Hier gibt es ein gutes Beispiel in der Stadt Biberach an der Riß.

Erforderlich ist auch die Unterstützung der Mobilität von jungen Menschen durch eine weitere Verbesserung des ÖPNV.

(Zuruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

(Paul Locherer)

Last, but not least – ich habe es vorhin bereits angesprochen – ist die regionale Schulentwicklung für den ländlichen Raum entscheidend. Wir brauchen eine regionale Schulentwicklung auch für die beruflichen Schulen und natürlich auch ein Entwicklungskonzept für die Hochschulinfrastruktur im ländlichen Raum. Denn es ist wichtig und notwendig, dass wir unsere Hochschulen im ländlichen Raum halten können und solche Infrastruktur nicht nur im Ballungsraum anbieten.

(Zuruf von der CDU: Genau!)

Meine Damen und Herren, Jungsein auf dem Land ist mehr als ein Lebensgefühl. Es ist ein unverzichtbarer Standortfaktor für unsere ländlichen Räume der Zukunft. Jugendarbeit braucht deshalb mehr Aufmerksamkeit. Die Politik steht in der Verantwortung, jetzt und nicht erst später die notwendigen Rahmenbedingungen dafür zu schaffen.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Herrn Abg. Lucha.

Abg. Manfred Lucha GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Paul Locherer, liebe CDU, herzlichen Dank für diesen Antrag.

(Abg. Paul Locherer und Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Es geht doch! – Gegenruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Warum nicht gleich so heute Morgen?
– Zuruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU)

– Was plagt euch?

(Heiterkeit)

Zum ländlichen Raum habe ich schon etwas zu sagen.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Na also!)

Sie haben die richtigen Fragen gestellt, nur haben wir schon Teile davon in den letzten zwei Jahren durch unser politisches Handeln beantwortet.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Durch falsche Antworten! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Aber ihr habt die falschen Antworten gegeben!)

Ich möchte jetzt ganz ernsthaft sein, denn der Antrag ist richtig gut. Ich zitiere den Kollegen Locherer in der „Schwäbischen Zeitung“:

Ich muss dem Ministerium für die ausführliche Beantwortung ein Lob aussprechen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Sehr gut! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Im Gegensatz zu euch loben wir euch ständig!
– Unruhe)

– Jungs, jetzt hört einmal zu.

(Heiterkeit – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Was heißt „Jungs“?)

– Das ist so in der Jugendarbeit: Die Jungs tun sich beim Zuhören immer schwerer als die Mädels. Auch das müssen wir lernen.

Aber jetzt ganz ernst, liebe Leute: Dieser Antrag „Jugend auf dem Land“ ist wirklich sehr facettenreich: Jugend generell – das zeigt die Soziologie der Jugend, unabhängig davon, ob auf dem Land oder in der Stadt – hat eigene Bedürfnisse, eigene Bedürfnisstrukturen, Autonomiestrukturen, Selbstverwirklichungsstrukturen. Es zeigt sich: Die Verdichtung der Jugend hat extrinsisch wie intrinsisch stattgefunden. Dem müssen wir Rechnung tragen. Wenn ihre Bedürfnisse in ländlichen Regionen nicht mehr abgebildet werden können, gehen junge Menschen schneller weg. Sie sollen auch einmal weggehen – das ist ja auch in dem Hearing in Biberach deutlich zum Ausdruck gekommen –, aber wir müssen Anreize dafür schaffen, dass sie gerade nach der Qualifizierungsphase wieder zurückkommen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Was wünschen sich die Jugendlichen? Die Jugendlichen wünschen sich echte Teilhabe. Deswegen haben wir das Wahlalter für Kommunalwahlen auf 16 Jahre gesenkt. Da haben Sie nicht mitgestimmt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Siehe Wahlbeteiligung in Biberach! Das war blamabel!)

Jugendliche brauchen in den Jugendgemeinderäten und in ihren Vor-Ort-Gremien in der Gemeindeordnung verbindliche, verbrieftete Beteiligungsrechte. Durch uns werden sie sie bekommen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wir werden sogar Kinderrechte – richtigerweise – mit aufnehmen. Es gibt auch die UN-Kinderrechtskonvention. Wir wollen das auch umsetzen. Partizipation, zu Deutsch Teilhabe, kann nicht früh genug beginnen.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Gut, dass Sie es gesagt haben!)

– Ja, manchmal ist das gut. Ich frage mich auch immer wieder selbst, ob ich die Wörter, die ich benutze, auch verstehe; denn das schadet keinem von uns.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das kann ich jetzt wieder verstehen! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Das kann ich verstehen! Ihr verteilt ja Kamellen!)

Nun möchte ich schon einmal sagen: Was haben wir gemacht? Wir haben 15 Millionen € für die Schulsozialarbeit bereitgestellt. Das kommt dem ländlichen Raum zugute.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Paul Locherer, da muss ich Sie einfach direkt ansprechen: Vorhin führten wir eine Schuldebatte. Wer hat die höchste Dichte an Gemeinschaftsschulen in seinem Wahlkreis? Paul Locherer: Amtzell, Eglofs-Argenbühl, Bergatreute.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

(Manfred Lucha)

Grüne Politik macht schwarze Bürgermeister glücklich. So ist es.

Warum haben wir das gemacht?

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Paul, warum haben wir das gemacht? Weil wir gewusst haben, dass wir mit diesen starken Schulen die Bindung und die Verbindung in den Gemeinden halten können. Darum haben wir es gemacht – und weil die Schulen mitmachen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Die haben das schon viele Jahre vor uns gefordert. Die sind bei all den Prozessionen gestanden und wurden von euch „abgeblättert“. Wir haben es umgesetzt.

Jetzt geht es weiter. Wir geben 1 Million € für die Berufsbildung in grünen Berufen. Jetzt sind wir beim zweiten Punkt: Landwirtschaft ist soziokulturell die wichtige Grundlage für die Identität und die Entwicklung des ländlichen Raums, sowohl für die Wertschöpfung als auch im Hinblick darauf, was die Klammer der Gesellschaft bildet.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Zuruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU)

Wir müssen doch darauf achten, dass durch eine zukunftsfähige kleinteilige Landwirtschaft, wie wir sie fördern, die Wertschöpfung und die Perspektiven der jungen Menschen im ländlichen Raum erhalten werden. Wir haben das gemacht.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Wir haben z. B. Umstiegs- und Wiedereinstiegshilfen für die Biolandwirtschaft gegeben. Die Jungen wollen das machen; die sehen das als Standortvorteil an. Ich war unlängst bei dir in Wolfegg. Da warst du verhindert; ich habe dich vertreten; das war okay.

(Heiterkeit – Beifall bei den Grünen)

Dort ging es um die Abschlussarbeit – mit einer Eins benotet – eines jungen Bauern, die die Umstellung auf Biolandwirtschaft bei uns im Allgäu als zukünftige Perspektive für das Land zum Thema hatte. Da sage ich: Dafür bieten wir mit unserer grünen, nachhaltigen Politik Perspektiven. Wir nehmen die jungen Leute ernst. Wir haben den Allgäu-Takt wieder auf eine Stunde verkürzt; das hat der grüne Minister Hermann veranlasst, der von euch so geschumpfen wird.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: „Wir sind die Besten!“
– Glocke der Präsidentin)

Ich sage euch etwas: Auf das, was ihr nachfragt, auf die richtigen Fragen, die ihr stellt, haben wir die richtigen Antworten. Gute Arbeitsteilung!

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Endlich sagt jemand etwas über das Allgäu!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Kollege Lucha.

Abg. Manfred Lucha GRÜNE: Machen wir weiter so!

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Darf ich noch antworten?

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Kollege Lucha, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage des Kollegen Locherer?

(Abg. Manfred Lucha GRÜNE stellt das Mikrofon höher.)

– Entschuldigung, Kollege Locherer. – Bevor man das Mikrofon herausreißt, kann man das Rednerpult ein bisschen höher stellen.

(Heiterkeit)

Abg. Manfred Lucha GRÜNE: Bei uns auf dem Land haben wir keine solchen modernen Anlagen.

(Lebhafte Heiterkeit)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Deshalb sage ich es.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Abg. Paul Locherer CDU: Frau Präsidentin, vielen Dank. – Lieber Kollege Manne Lucha, wir kennen uns auch schon seit vielen Jahren und tauschen uns im Thema aus.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Ich will zur angesprochenen landwirtschaftlichen Berufsausbildung doch zwei Fragen stellen. Das war schon zu viel des Lobes, das man der eigenen Regierung ausgesprochen hat.

(Zuruf von der SPD: Zu Recht!)

Dann frage ich erstens schon, warum wir seit einem Jahr keine ausreichende personelle Ausstattung bei den Berufsfachschulen der Landwirtschaft in Oberschwaben haben, und zweitens frage ich, warum wir keine Antworten für die Zukunft der Gartenbauschule in Hohenheim haben. Also: Nicht so viel Eigenlob, sondern schon ein bisschen kritisch zur Kenntnis nehmen, dass nicht alles so glänzt, wie es hier golden dargestellt worden ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU)

Abg. Manfred Lucha GRÜNE: Die Frage hinsichtlich Hohenheim kann vielleicht das Ministerium beantworten; das weiß ich nicht.

Was unsere Berufsschulen betrifft, so haben wir mit den Bauern geredet und haben gesagt: Im Moment bekommen wir es hin. Wir haben sogar noch die Kapazität erhöht; so schlecht war es ja nicht.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Es kommen immer noch Kollegen aus dem Bayerischen zu uns herüber. Wir füttern das also noch; wir erhalten es am Leben. Anderswo gibt es das gar nicht mehr.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Wahl.

Abg. Florian Wahl SPD: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor wir

(Florian Wahl)

auf die Idee kommen könnten, dass sich diese Debatte zwischen Oberschwaben und Oberbayern abspielt,

(Heiterkeit des Abg. Paul Locherer CDU)

möchte ich an erster Stelle stellvertretend auch für die Jugend auf dem Land dem BDKJ für die 72-Stunden-Aktion danken, in der sich ganz zentral – ob im Ballungsraum oder auf dem Land – Zehntausende junge Menschen engagiert haben. Ich denke, das zeigt, was für einen Schatz wir hier in Baden-Württemberg haben.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD – Zuruf des Abg. Klaus Herrmann CDU)

Dieser Schatz wird von dieser Landesregierung im Jugendbereich so gefördert, wie er noch nie gefördert worden ist. Wir haben im ersten Quartal dieses Jahres den Zukunftsplan Jugend unterzeichnet, der zusammen mit den Verbänden erstellt worden ist. Es gab eine Beteiligung in einer Breite, die es noch nie zuvor gegeben hat. Da haben sich nicht nur die „Berufsjugendlichen“ an den Spitzen der Verbände engagiert, sondern lokal vor Ort gab es da eine ganz breite Beteiligungskultur, wie es sie noch nicht gegeben hat. Das merkt man auch, wenn man sich an unser Sommerfest von gestern Abend erinnert: Da gab es Gespräche mit den Jugendvertretern vom BDKJ, von der Evangelischen Landjugend, in denen es hieß: So gut, wie es uns mit der jetzigen Mittelausstattung geht, ist es uns noch nie gegangen. Das ist wirklich einmal ein Zeichen.

(Beifall bei der SPD)

3 Millionen € haben wir hierzu in den Doppelhaushalt eingestellt. Wir werden die Förderpolitik gemeinsam mit den Verbänden anpassen, damit nicht so viel in den Dachverbänden hängen bleibt, sondern die Basisarbeit vor Ort unterstützt und gerade die Jugend auf dem Land finanziell gefördert wird. Wir müssen Kleinprojekte und Pilotprojekte an den Start bringen und die Partizipation – Kollege Lucha hat das gerade angesprochen – nach vorn bringen, indem wir die Jugendgemeinderäte und andere Beteiligungsmöglichkeiten fördern. Durch die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre wird die Identifikation mit der Kommune gesteigert. All das haben wir gerade in den letzten zwei Jahren auf den Weg gebracht. Letztendlich haben wir gerade für die Jugendarbeit eine gute Strukturpolitik geleistet.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Wichtig zu erwähnen ist die IREUS-Studie. Es gibt auch das Rauschenbach-Gutachten, das der alten Landesregierung ganz klar ins Stammbuch geschrieben hat, was an dieser Stelle falsch gelaufen ist. Das wissen Sie selbst. Dieses Gutachten haben wir unserer Arbeit zugrunde gelegt. Wir haben sogar Professor Rauschenbach, der das Gutachten erstellt hat, ins Team geholt. Er begleitet den Prozess, der noch weitergehen wird, wissenschaftlich.

Deswegen sind wir auch so dankbar für den Antrag, denn er gibt uns die Möglichkeit, deutlich zu machen, dass wir, von Ihrem Ausgangspunkt aus, sogar noch einen Schritt weiter gegangen sind, als gefordert worden ist. Darauf können wir stolz sein.

Es wurde auch angesprochen, dass wir für den ländlichen Raum eine sozialwissenschaftliche Studie brauchen. Wir haben aber bereits genug Material und Erfahrung, um zu wissen, wie die Sache aussieht. Jetzt ist der Zeitpunkt, zu handeln und die Umsetzung in Angriff zu nehmen, anstatt noch weiter zu untersuchen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Dr. Bullinger das Wort.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Der Landjugendbeauftragte!)

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Kollege meint gerade, ich sei der Landjugendbeauftragte. Ich darf Ihnen sagen, ich bin mit 15 Jahren der Landjugend beigetreten und war bis zu meinem Ausscheiden altershalber bei der Landjugend. Ich weiß, was ländlicher Raum bedeutet; ich wohne mit meiner Familie in einem 150-Seelen-Dorf. Wir fühlen uns dort wohl.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Intuitiv habe ich das richtig geraten!)

Wir kennen sehr wohl die Vor- und Nachteile des ländlichen Raums, und vor allem wissen wir, was die jungen Leute brauchen, damit sie wiederkommen, damit sie dableiben, damit sie eine Umgebung vorfinden, in der sie gern leben. Es ist wichtig, dass junge Familien sehen, welche Vorteile der ländliche Raum bietet.

Es ist fast alles von allen gesagt worden, nur nicht von mir.

(Zuruf des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU)

Deswegen werde ich mich auf das „fast“ beschränken und in die Richtung gehen, die wir bisher noch nicht so richtig berücksichtigt haben.

Im ländlichen Raum – auch das sollte man an einem solchen Tag anmerken – geht es um Jugendliche, aber es geht auch um Landwirtschaft und um die Menschen, die von der Landwirtschaft leben und durch sie ihren Lebensunterhalt erwirtschaften müssen, also um die jungen Bäuerinnen und Bauern. Auch diese brauchen ein Umfeld – gemeinsam mit den anderen im ländlichen Raum. Lieber Kollege Rösler, die Landjugend ist nicht die Bauernjugend,

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Das habe ich aber nicht gesagt! – Gegenruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Aber das würde zu Ihnen passen!)

sondern es sind die Jugendlichen auf dem Lande – alle miteinander.

Ich möchte noch einen Punkt klarstellen: Ganz entscheidend, um die ländlichen Räume attraktiv zu halten, sind die Schulstruktur, die Vereinsstruktur und die Verkehrsinfrastruktur – ein äußerst wichtiger Punkt. Denn gerade im ländlichen Raum müssen junge Menschen mobil sein, um auch abends noch von der Kreisstadt nach Hause zu kommen. Dort gibt es keine S- oder U-Bahn, sondern man muss die Räte im Kreistag

(Dr. Friedrich Bullinger)

ermuntern, den Geldbeutel für ein Ruf taxi oder einen Ruf bus aufzumachen. Wir im Landkreis Schwäbisch Hall machen das. Ein Ruf bus – damit die jungen Leute auch am Samstag und am Wochenende mobil sind – ist uns beispielsweise über 400 000 € wert. Das ist ein äußerst wichtiger Punkt.

Ein weiterer Punkt sind die Berufsschulen. Bei den Berufsschulen vor Ort ist zwar die Ausstattung hervorragend, aber wichtig ist auch die Versorgung mit Lehrern. Da sehe ich auch das Problem, dass zu viele junge Lehrer, denen gesagt wurde: „Studierte in Freiburg oder in einer anderen Universitätsstadt“, dort bleiben wollen und auch nicht bereit sind, für das Referendariat in ländliche Regionen zu gehen. Wenn sie aber einmal im ländlichen Raum waren und dessen Vorteile kennengelernt haben, sind sie oft ihr Leben lang dort geblieben. Das ist ein Punkt. Auch hierfür muss man, glaube ich, werben.

Ein weiterer Punkt ist: Wir müssen auch differenzieren. Wenn wir mit offenen Augen durch das Land fahren, sehen wir in ländlichen Räumen in immer mehr Weilern und kleinen Dörfern leer stehende Häuser und sehr viele alte Menschen. Die Tendenz zur Urbanisierung – vom Weiler zum Hauptort – besteht deshalb, weil dort die Infrastruktur besser ist, weil die Daseinsvorsorge gewährleistet ist – ob das das Internet, der Bus oder die Bahn ist.

Auch die Bahn ist ein Punkt. Es ist ganz wichtig, dass man z. B. die Möglichkeit hat, von Crailsheim oder Schwäbisch Hall in einer Stunde nach Nürnberg oder nach Stuttgart zu kommen, aber auch noch abends nach Hause zu kommen. Das ist ganz entscheidend.

Deshalb ist es wichtig, dass wir die Verkehrsinfrastruktur auch im ländlichen Raum stärken. Wir können machen, was wir wollen: Wir brauchen den Individualverkehr, das heißt auch den Straßenbau. Wir brauchen nicht neue Straßen, sondern die Straßen, die wir haben, in ordentlichem Zustand. Bis auf ein paar Umgehungsstraßen, die gebaut werden müssen, brauchen wir keine neuen, sondern vor allem ordentliche Straßen. Da müssen wir noch mehr tun, meine Damen und Herren.

(Zuruf des Abg. Manfred Lucha GRÜNE)

Ich darf fortfahren: Wichtig ist vor allem auch, dass wir die Hochschuleinrichtungen im ländlichen Raum stärken. Da hat die mit unserer Beteiligung geführte Landesregierung in den letzten 15 Jahren mit der Dualen Hochschule, mit den Außenstellen der Hochschulen für angewandte Wissenschaften sehr viel erreicht. Genau das ist wichtig.

Ich gebe Ihnen recht: Natürlich sollen die jungen Leute auch einmal im Ausland studieren. Aber sie kommen gern zurück, wenn das Umfeld stimmt und wenn vor Ort zusammen mit Betrieben eine Spitzenausbildung möglich ist. Der Arbeitsplatz muss attraktiv sein.

Wir sehen doch: Gerade Baden-Württemberg ist eigentlich das Musterland für flächendeckend gleiche Bedingungen. Darum ist die Wirtschaft in unserem Land so stabil. Das heißt, wenn es irgendwo eine Wirtschaftskrise gibt, sind die ländlichen Räume das Rückgrat der Wirtschaft in Baden-Württemberg. Schauen Sie auf Biberach, schauen Sie ins Hohenlohische. Dort haben wir die niedrigsten Arbeitslosenzahlen.

Auch bei den Hochschulabschlüssen stellt sich der ländliche Raum gar nicht viel schlechter als z. B. Heidelberg. Wenn man

junge Leute zwischen 28 und 30 Jahren aus dem ländlichen Raum fragt, wie viele von ihnen einen Hochschulabschluss haben, dann stellt man fest, dass diese Zahl in etwa gleich hoch ist wie die in Ballungsräumen – z. B. durch das Bildungssystem der beruflichen Gymnasien. Auch das ist ein Punkt, bei dem wir sagen müssen: Wir müssen diese ganzen Infrastrukturmaßnahmen verstärken.

Es gilt also: Rahmenbedingungen für junge Familien attraktiv gestalten, Infrastruktureinrichtungen, wirtschaftliche Einrichtungen, Daseinsvorsorge, Fort- und Weiterbildung, aber auch Kultur. Das heißt für mich eben auch, das Dorftheater, die Laienspielgruppe und nicht nur die Staatstheater in Stuttgart als Leuchtturm zu unterstützen. Wir brauchen beides, meine Damen und Herren. Da sind Sie in der Landesregierung gefordert.

Als Vorsitzender eines Turngaus mit 138 Vereinen spreche ich auch das Vereinswesen an. Das richtet sich an die Bürgermeister und die Kommunalpolitiker: Wenn dort Geld in das Ehrenamt investiert wird, führt das zu Bindungen. Dort gehen die jungen Leute gern hin und finden eine sinnvolle Beschäftigung. Dort lernen sie Tugenden und pflegen auch die Verbindung zur Heimat. Das führt zu dem, was man erreichen will, nämlich dass sie gern dort bleiben und eine Familie gründen.

Ich glaube, wir hier im Haus sind uns alle einig, dass wir in diesem Bereich die erfolgreiche Politik der letzten 20 Jahre mit den betreffenden Programmen weiterführen müssen. Herr Minister Bonde, ich glaube, auch in diesem Bereich hat man, wie es Paul Locherer gesagt hat, bei Ihnen entdeckt, dass man das, was es dort bisher alles an Gutem gab, entsprechend weiterführen kann.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Landesregierung erteile ich Frau Ministerin Altpeter das Wort.

Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Katrin Altpeter: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich denke, der Verlauf der Debatte zum Thema „Jugend auf dem Land“ hat deutlich gemacht, dass dieses Thema vielfältig ist, dass es facettenreich ist und sich dabei nicht alles nur um Schule und Schulstruktur dreht.

Ich denke, in dieser Debatte sind schon viele wertvolle Hinweise gefallen. Ich möchte noch ergänzen, was Professor Rauschenbach 2010 in seinem Gutachten festgestellt hat:

Insbesondere Kinder und Jugendliche auf dem Land nehmen in weit größerem Ausmaß als Heranwachsende in den Städten an Angeboten der verbandlichen Jugendarbeit teil. So sind auch die Mitgliederzahlen der Landjugendverbände in Baden-Württemberg in den letzten Jahren stabil geblieben, und

– was noch erfreulicher ist –

das schon immer stark ausgeprägte ehrenamtliche Engagement in ländlichen Gebieten ist noch weiter gewachsen.

(Ministerin Katrin Altpeter)

Ich denke, das ist auch gut so; denn die demokratisch und auf freiwilliger Basis organisierten Gruppen der Jugendverbände, aber auch die von Ihnen, Herr Locherer, erwähnten offenen Angebote in den Bauwagen können Jugendliche nur stärken, können ihren Wunsch nach Gemeinschaft befriedigen und die soziale Zusammengehörigkeit stärken.

So entsteht ein Netzwerk für die Heranwachsenden, das zur Lebensbewältigung genutzt werden kann. So kann auch ein Netzwerk – es ist mir wichtig, dies an dieser Stelle auch zu erwähnen – gegen extremistische Vereinigungen entstehen, die sich verstärkt auf den ländlichen Raum konzentrieren. Auch das muss man sagen, wenn man vom ländlichen Raum spricht.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD sowie des Abg. Paul Locherer CDU)

Für die Landesregierung ist es ein wichtiges Anliegen, die Kinder- und Jugendarbeit zu stärken und sie zukunftsfest zu machen. Wir haben uns mit dem „Zukunftsplan Jugend“ auf den Weg gemacht. Wir wissen um die Herausforderungen. Es gibt eine immer geringere Zahl von Jugendlichen. Für diese gilt es attraktive Angebote zu machen. Deshalb haben wir uns mit dem „Zukunftsplan Jugend“ auf den Weg gemacht, vorhandene Angebote zu überprüfen und diese an die Herausforderungen anzupassen.

Außerdem sind wir dabei, die Kinder- und Jugendarbeit insgesamt weiterzuentwickeln. Ein wichtiges Thema wird die Kooperation zwischen Schule einerseits und Kinder- und Jugendarbeit andererseits sein. Vor allem im ländlichen Bereich muss ein attraktives Angebot vorgehalten werden. Das – ich glaube, dabei sind wir uns einig – geht nur gemeinsam. Das geht nur, wenn sich Kinder- und Jugendarbeit und Schule gemeinsam auf den Weg machen. Das ist eine wichtige Herausforderung.

Eine weitere wichtige Herausforderung der Kinder- und Jugendarbeit auf dem Lande ist die Erschließung neuer Ziel-

gruppen. Dies betrifft vor allem Migrantinnen und Migranten, die sich von den bestehenden Angeboten wenig angesprochen fühlen. Aber auch Kinder und Jugendliche mit Behinderungen finden oftmals nicht den Weg in die Kinder- und Jugendarbeit. Auch in diesem Zusammenhang müssen wir uns auf den Weg machen hin zu einer inklusiven Gesellschaft.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich denke, ich muss nicht die Punkte wiederholen, die heute bereits angesprochen wurden. Eines ist aber klar: Nur wenn wir gemeinsam die Herausforderungen angehen, wird es uns gelingen, die Kinder- und Jugendarbeit auf dem Land weiterzuentwickeln und sie nachhaltig zu stärken.

Ich lade die Damen und Herren von der Opposition herzlich ein, beim „Zukunftsplan Jugend“ mitzumachen. Reden Sie mit Ihren Jugendverbänden vor Ort. Das ist ein ganz großes Beteiligungsprojekt, auf das wir meines Erachtens gemeinsam stolz sein können.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen somit zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags Drucksache 15/2928 (geänderte Fassung). Der Antrag ist ein reiner Berichts Antrag und kann deshalb für erledigt erklärt werden. – Sie stimmen zu.

Damit ist Punkt 8 der Tagesordnung erledigt.

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Die nächste Sitzung findet morgen um 9:30 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss: 16:59 Uhr

Vorschlag

der Fraktion der FDP/DVP

Umbesetzungen im Präsidium und in verschiedenen Ausschüssen

Gremium/Ausschuss	Funktion	scheidet aus	tritt ein
Präsidium	stellvertretendes Mitglied	Dr. Bullinger	Dr. Timm Kern
Ständiger Ausschuss	stellvertretendes Mitglied	Dr. Bullinger	Dr. Timm Kern
Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft	stellvertretendes Mitglied	Dr. Bullinger	Glück
Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst	ordentliches Mitglied stellvertretendes Mitglied	Dr. Timm Kern Dr. Bullinger	Dr. Bullinger Dr. Timm Kern
Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren	stellvertretendes Mitglied	Dr. Bullinger	Dr. Timm Kern
Ausschuss für Integration	stellvertretendes Mitglied	Dr. Bullinger	Dr. Timm Kern

17. 07. 2013

Dr. Hans-Ulrich Rülke und Fraktion